

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Illringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckerschrift: Gopelhaus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartaalstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. Februar 1930

Die Lawine rollt.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. "Die Kulaken sind als Klasse zu liquidieren." Dieser Wahnsinnschrei  
läuft weiterhin durch das grosse russische Reich.

Am 2. Februar hat die Sowjetregierung ein Gesetz erlassen, durch welches  
die bisher statthafte Verpachtung von Land an die individualen Bauernwirtschaften  
aufgehoben wird. Das Gesetz ermächtigt die Rayonexekutiven alle Massnahmen  
gegen die Kulaken anzuwenden, sogar die vollständige Einziehung des Eigentums  
und Ausweisung aus den Rayons. In Russland wurden bisher rund 20 Millionen Bauernwirtschaften mit rund 120 Millionen Köpfen und davon wiederum 40 Millionen Kulaken gezählt. Das Gesetz der Sowjetregierung vom 2. Februar bedeutet also in der Praxis, dass mit einem Federstrich 40 Millionen Menschen für vogelfrei erklärt, ausserhalb der Gesetze gestellt, von Haus und Hof vertrieben und ihrer Habe beraubt werden. Als vor einigen Wochen der landwirtschaftliche Beirat der deutschen Botschaft in Moskau die unmenschlich grausamen Methoden des Sowjetregimes anprangerte und schrieb, dass die Kulaken hoffnungslos dem Tode ausgeliefert seien, man sie des Nachts in die Steppe treibe und so den Wölfen zum Frass anbiete, da ging ein Schrei der Empörung über "diese Verleumdung" durch die bolschewistische Presse. Was zeigt sie heute? Es zeigt sich, dass die Zustände noch tausendmal schlimmer sind als vor Wochen noch angenommen wurde. Die Wirkung des Gesetzes der Sowjetregierung vom 2. Februar hat alles in den Schatten gestellt, was die Welt bisher an Verbrechen und Grausamkeiten gesehen hat. Noch lasten die Erinnerungen an die Armeniergreuel auf jeden noch nicht vertierten Menschen und die Erinnerungen an die Kriegsgreuel der Jahre 1914-18, an die Millionen Kriegsoffer stehen noch lebendig vor unseren Augen. Aber schon rollt vor unseren Augen ein neues furchtbares Drama ab. Eine mit Begeisterung aufgenommene Revolution ist entehrt, Millionen Menschen werden in den Tod getrieben. Eine neue Welle der Empörung gegen dieses System der Verbrechen, der Mörder und Plünderer ist in der ganzen Welt im Anzug.

Die Moskauer "Ekonomitscheskaja Shishnj" schrieb am 2. Februar: "Das bourgeoise Deutschland macht durch seine Agenten Propaganda für die Auswanderung aus der U.d.S.S.R. Das ist eine direkte Einmischung in unsere Angelegenheiten. Wir verlangen von der Sowjetregierung, dass sie mit aller Energie die sich vergessenden bourgeoisen Politiker auf die Finger schlägt!" Gibt es ein gemeineres und verlogeneres Spiel mit Menschenschicksalen? Durch Gesetz vertrieben und geächtet, gezwungen Haus und Hof zu verlassen, sind Millionen Menschen genötigt sich irgendwo eine neue Heimat zu suchen. Deutschland erbarnt sich dieser Menschen, die krank und halb verhungert das Russland von heute fast fluchtartig verlassen haben und dennoch bringen es die Väter des neuesten bolschewistischen Verbrechens in Moskau fertig, die Auswanderungsbewegung als eine Aktion der deutschen Republik hinzustellen. Soviel Worte soviel Gemeinheit. Und dieses Gesindel, das mit seinen blutbefleckten Händen unentwegt in der ganzen Welt die Arbeiterschaft gegeneinander aufzuhetzen versucht, das Blut und Tote braucht

um leben zu können, will uns auf die Finger schlagen? Auch für das bolschewistische Russland gilt, dass der Krug solange zu Wasser geht bis er bricht. Schon horcht die Welt auf ob der tagtäglichen Gewalttätigkeiten der bolschewistischen Regierung, schon werden hier und da Abwehrmassnahme moralischer Art gegen das verbrecherische Treiben der Moskauer Gewalthaber erörtert. Glaubt Moskau dennoch alles das mit unverschämten und verlogenen Redensarten ihrer Presse aus der Welt schaffen oder gar unmöglich machen zu können?

In dem Russland von heute herrschen Gewalt und Verbrechen, herrschen Hunger und Entbehrung. Angesichts dieser Zustände ist es nicht nur ein Recht, nein es ist eine Pflicht aller Kulturvölker sich um das zu kümmern, was heute im bolschewistischen "Paradies" vorgeht. Die Welt muss wissen, dass das bolschewistische Regime nichts anderes ist als ein Regime brutalster Gewalt, dem ein Menschenleben nichts bedeutet, das täglich willkürlich Hängen und Erschiessen, seine Untertanen von amtswegen bestehlen und berauben lässt, ja dem nur das Leben der eigenen Mächthaber und das ihrer Trabanten heilig ist.

SPD. Dresden, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Neubildung der sächsischen Regierung dürfte sehr erhebliche Schwierigkeiten bereiten, obwohl im Lager der bisherigen sächsischen Regierungsparteien grosse Sehnsucht nach der Wiederaufrichtung eines Bürgerblocks besteht. Zur Wahl eines Ministerpräsidenten ist nach der sächsischen Verfassung jedoch die Mehrheit aller im Landtag abgegebenen Stimmen notwendig. Bürger wurde seinerzeit nur gewählt, weil die Kommunisten weisse Zettel abgaben und ihre Stimmen deshalb nicht mit gezählt wurden. Begehen sie jetzt nicht wieder den gleichen Narrenstreich, dann müssen alle bürgerlichen Parteien einschliesslich der bisher abseits stehenden Demokraten und Aufwertler für den Ministerpräsidentenkandidaten des Bürgerblocks stimmen, wenn die zur Wahl notwendigen 49 von insgesamt 96 Stimmen aufgebracht werden sollen. Dass es aber gelingt, Demokraten und Nazis unter einen Hut zu bringen, ist unwahrscheinlich.

Der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages stösst im bürgerlichen Lager z. Zt. auf wenig Gegenliebe. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass die Entwicklung schliesslich zu einer Landtagsauflösung führt. Freilich dürfte auch eine Landtagsauflösung an der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landtages kaum allzu viel ändern.

SPD. Die Sozialdemokratie hat zur Behebung der Finanzschwierigkeiten des Reichs in den Parteiführerverhandlungen den Vorschlag gemacht, ein Notopfer der Einkommensteuerpflichtigen zu erheben. Von der Rechtspresse, aber auch von den Blättern der Deutschen Volkspartei und der Demokraten werden deshalb starke Vorwürfe gegen sie erhoben. Der Vorschlag wird als politisch und wirtschaftlich unerträglich bezeichnet. Demgegenüber muss darauf hingewiesen werden, dass auch im Zentrum ähnliche Gedankengänge wie von der Sozialdemokratie vertreten werden, wenn auch das Zentrum bisher offiziell einen solchen Vorschlag nicht gemacht hat. Das ist aber lediglich darauf zurückzuführen, dass die Meinung im Zentrum nicht ganz einhellig ist.

Umso wichtiger ist, dass auch unter den Ministern des Zentrums der Gedanke eines Notopfers für durchaus richtig gehalten wird. Insbesondere der Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald vertritt die Auffassung, dass die Neuregelung der Reparationsverpflichtungen dazu benutzt werden müsse, um eine Wirtschaftspolitik auf längere Sicht zu treiben. Im Gegensatz zu der Meinung der Unternehmer verweist er darauf, dass ein erheblicher Teil der jetzigen Wirtschaftsschwierigkeiten zurückgeführt werden muss auf die dauernden Preissteigerungen, die immer wieder von Lohnbewegungen begleitet sein müssten. Kartelle und Kon-

ventionen haben in Verbindung mit der deutschen Steuerpolitik die durch Rationalisierung erzielte verbilligte Produktion den Konsumenten nicht im ausreichenden Masse zugute kommen lassen. Würde man jetzt den Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte lediglich durch Massensteuern zu decken suchen, so müsste bei den Arbeitern und Angestellten zwangsweise die Stimmung ausgelöst werden: Was man den Massen an neuen Steuern auferlegt, muss von den Gewerkschaften wieder mehrfach an Lohnerhöhungen herausgeholt werden. Damit aber würden die Wirtschaftsschwierigkeiten nur noch vergrössert werden. Stegerwald wendet sich deshalb in einer Denkschrift gegen alle einseitigen Sanierungspläne. Diese Denkschrift enthält folgende positiven Vorschläge :

Da bereits im verflorbenen Dezember die deutsche Wirtschaft durch Agrarzölle und Tabaksteuern mit mindestens 350 Millionen Mark neubelastet ist, sei es unmöglich den ganzen Fehlbetrag des Etats von 700 Millionen mittels neuer Steuern aufzubringen.

Der Vorschlag der Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung durch eine Anleihe bei der Sozialversicherung dürfte deshalb kaum zu umgehen sein. Die dagegen sprechenden wohnungspolitischen Bedenken seien zwar stark, dürften aber im ganzen nicht so schwer zu bewerten sein, als wenn auch diese 250 Millionen durch Steuern aufgebracht werden müssten.

Allerdings erscheine es dann steuerpolitisch und fiskalisch zwar einfach, politisch aber nicht vertretbar, daneben und gleichzeitig auch noch die Umsatzsteuer um 1/4 Prozent zu erhöhen. Jede andere Steuerkombination sei gegenwärtig vertretbarer als die Umsatzsteuer. Da sie nicht befristet eingeführt werden könne, sei sie eine dauernde Belastung der Konsumenten und wirtschaftshemmend.

Im Hinblick auf die Gesamtlage müsse man deswegen entweder die mittleren und höheren Einkommen zu einem einmaligen Notopfer heranziehen oder aber die Festbesoldeten mit 1 1/2 bis 2 Prozent des Gehaltes.

Wir hoffen, dass diese Stellung von Stegerwald die Billigung des Zentrums findet, sodass Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam dafür eintreten, dass die kommenden finanzpolitischen Entscheidungen keine einseitige Massenbelastung enthalten werden, durch die eine dauernde Wirtschaftsgesundung erschwert oder gar verhindert wird.

-----  
SPD. Leipzig, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Auftrage des politischen Amtes der Universität Leipzig sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Crispien über "Die Aussenpolitik der Sozialdemokratie" vor der Leipziger Studentenschaft. Als Crispian über den militärischen Zusammenbruch, den Friedensschluss, Überfall auf Belgien und auf Dawes- und Young-Plan sprach, tobten die nationalistischen Studenten in wüster Weise. "Judenknecht" und "Landesverräter" waren noch verhältnismässig milde Zurufe. Als Crispian von sozialistischen Studenten beschützt die Universität verliess, wurde er von dem nationalistischen Mob beschimpft.

Die sozialdemokratische "Leipziger Volkszeitung" schreibt zu dem Vorfall: "Das also sind die jungen Leute, die in den letzten Jahren als Erziehungsprodukt deutschnationaler Oberlehrer die "höheren" Schulen verliessen. Ihr Wissensbestand ist geringer, als der eines durchschnittlichen Arbeiterjugend-Mitgliedes. Ihre geschichtlichen, geographischen und politischen Kenntnisse beschränken sich auf das zwangshafte Wiederholen einiger einfältiger Schlagworte. Es regiert das grosse Maul, dirigiert von einem trocken gelegten Gehirn. Noch vor fünf Jahren gab es diese akademische Lumpenbourgeoisie, die mit dem Nationalsozialismus heranreife kaum, und in zehn Jahren werden diese Vollidioten unsere Richter, Staatsanwälte, Verwaltungsbeamte, Ärzte, Seelsorger und "Erzieher" der kommenden Jugend zu einem intoleranten Götzendienst des National-Eitischmus geworden sein."

SPD. Reichspräsident von Hindenburg hat an die Witwe des Gesandten Köster folgendes Beileidstelegramm gesandt :

"In aufrichtiger Trauer spreche ich Ihnen zu dem schweren Verlust, der sie und ihre Kinder durch das Hinscheiden ihres Herrn Gemals betroffen hat, zugleich im Namen der Reichsregierung innige Teilnahme aus. Ein unerbittliches Schicksal hat Deutschland eines seiner besten Söhne beraubt. Seit der Staatsumwälzung ist er für die deutsche Republik bis zu seinem Tode in verschiedenen hohen Staatsstellungen mit seiner ganzen Kraft und seinem reichen Wissen und Können erfolgreich tätig gewesen. Der Tod hat seinem Wirken viel zu früh ein Ziel gesetzt. Deutschland steht trauernd an der Bahre dieses Mannes, dessen Andenken in Ehren fortleben wird."

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion richtete an die Gattin Dr. Kösters folgendes Beileidstelegramm: "Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nimmt tief erschüttert herzlichsten Anteil an der Trauer um den Tod Ihres Gatten. Sie wird das Andenken des treuen Kampfgenossen und lieben Freundes in hohen Ehren halten. Breitscheid."

In der Direktorenbesprechung des Auswärtigen Amtes ehrte Staatssekretär von Schubert den verstorbenen Gesandten u.a. mit folgenden Worten : "Als Chef des Auswärtigen Amtes im Jahre 1920 wie auch als Kollege habe Köster sich viele Freunde erworben, die den Tod dieses lebensfrohen und lebensbejahenden Menschen tief betrauern. Als Gesandter in Riga und Belgrad habe er sich sehr verdient gemacht und sei auch besonders in den auslandsdeutschen Kreisen sehr beliebt gewesen, da er für deren Interessen stets sehr warm eingetreten sei. Der Gattin und den Kindern des Verstorbenen bringe das Auswärtige Amt herzlichste Anteilnahme entgegen."

+ + +  
Der Reichskanzler, die sozialdemokratischen Reichs- und Staatsminister, der Hamburger Senat und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei richteten ebenfalls herzlich gehaltene Beileidskundgebungen an Frau Dr. Köster. Zahlreich sind vor allem auch die Beileidskundgebungen aus dem früheren lettischen Wirkungskreis des Verstorbenen.

+ + +  
SPD. Belgrad, 19. Februar (Eig. Drahtb.)  
Die Belgrader Presse widmet dem verstorbenen Gesandten Dr. Köster herzlich gehaltene Nachrufe.

Die Leiche Dr. Kösters wurde am Mittwoch-Vormittag in der Deutschen Gesandtschaft aufgebahrt. Am Donnerstag-Vormittag um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr nehmen das Belgrader diplomatische Korps, die Spitze der Belgrader Behörden und Vertreter der deutschen Kolonie von dem Verstorbenen Abschied. Mittags um 12 Uhr setzt sich dann der Trauerzug zum Bahnhof in Bewegung, von wo die Leiche Dr. Kösters mit dem fahrplanmässigen Zug über Berlin nach Hamburg übergeführt wird. Die Beisetzung in Blankenese bei Hamburg wird am Sonnabend-Mittag stattfinden.

+ + +  
In Berlin werden Vertreter der Ministerien dem toten Gesandten bei der Ankunft auf dem Anhalter Bahnhof die letzte Ehre erweisen.

SPD. München, 19. Februar (Eig. Drahtb.)  
Der Münchener katholische Stadtpfarrer Wackerl, dessen Verhaftung wegen Betrugs und Unterschlagung im Sommer vorigen Jahres grosses Aufsehen erregte, wurde am Mittwoch zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wackerl hatte den Erfinder einer Neuheit auf dem Gebiete des Tonfilms kennen gelernt und die Finanzierung dieser Erfindung in die Hand genommen. Er gründete eine Gesellschaft, sammelte Darlehen im Gesamtbetrag von 138 000 Mark und versprach den Geldgebern goldene Berge. Die erwarteten Erfolge blieben aber aus. Einzelne Gläubiger drängten und Wackerl speiste sie zunächst mit Wechseln



ab. Als dann die Fälligkeitstermine herankamen waren die Kassen leer. Wackerl griff nun in seiner Not zu den ihm anvertrauten Kirchen- und Stiftungsgeldern, um die Wechsel einlösen zu können. Auf diese Weise verursachte er nach und nach einen Schaden von rund 60 000 Mark.

Das Gericht hütete sich ängstlich, allzu tief in die Geheimnisse der Wackerl'schen Finanzkünste hineinzuleuchten. So blieb beispielsweise auch die Frage unerörtert, warum Wackerl viele Monate lang unkontrolliert und unbehelligt von seiner vorgesetzten Behörde seine gewagten Transaktionen durchführen konnte.

---

SPD. Der Auswärtige Ausschuss und der Haushaltsausschuss des Reichstages setzten am Mittwoch in gemeinsamer Sitzung die Beratung der Younggesetze fort. Nachdem Abg. Hergt (Dnat) erklärt hatte, dass die Deutschnationalen in Hinblick auf ihre Opposition gegen die Youngregelung auch gegen das Reichsbankgesetz stimmen werden, wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Christlich-Nationalen und der Kommunisten angenommen. Der § 21 des Gesetzes wird zurückgestellt.

Die Beratung wandte sich dann dem Reichsbahngesetz zu. Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald erklärte, dass es sich bei dem Gesetz darum handle, die Reichsbahn wieder näher an das Reich zu bringen. Nur in finanziellen, wirtschaftlichen und Personalangelegenheiten solle die Reichsbahn eine unabhängige Gesellschaft bleiben. - Abg. Scheffel (Soz) weist darauf hin, dass der bekannte Brief des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht es mitverschuldet zu haben scheine, dass die Reichsbahn nicht wieder vollständig in den Organismus des Reiches eingegliedert worden sei. Dr. Schacht habe bei den Pariser Verhandlungen die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums geflissentlich ferngehalten. Gegen den Willen der Reichsregierung und des Generaldirektors der Reichsbahn sei der Grossindustrielle von Siemens, der Vorsitzende des Verwaltungsrats, nach Paris zu den Verhandlungen gefahren, aber gegen die Beteiligung von zwei Gewerkschaftsvertretern habe der Reichsverband der Deutschen Industrie protestiert. Das neue Gesetz könne nicht in allen Teilen befriedigen. Immerhin bringe es wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand. Es wäre weiter interessant zu erfahren, welche Bezüge die 287 leitenden Beamten der Reichsbahn erhalten. Der Charakter "leitender Beamten" wäre bei der Reichsbahngesellschaft sehr freigiebig verliehen worden. Das Personal der Reichsbahn müsste besser bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates berücksichtigt werden. - Weiterberatung Donnerstag.

---

SPD. Paris, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der französischen Republik wird am Donnerstag-Vormittag um 9,30 Uhr den Vorsitzenden der radikalen Kammerfraktion und früheren Innenminister im Kabinett Herriot, Camille Chautemps, empfangen, um ihn formell mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen.

Die grosse Mehrheit in der radikalen Fraktion und in den zahlenmässig wichtigen Gruppen des Linkszentrums verlangt nach einem Kabinett der Konzentration, in dem die Radikale Partei die Führung und die Linke den überragenden Einfluss haben soll. Die Konzentration soll aber bis zu Maginot einschliesslich gehen. Ihre praktische Verwirklichung wird auch heute, trotzdem sie zur Tagesparole geworden ist, nicht leicht sein. Man braucht nur daran zu denken, dass an ihr Männer wie Tardieu und sogar Briand gescheitert sind. Tardieu selbst lässt durch seine Vertrauensleute eine ähnliche Koalitionsidee lancieren, doch will er das Schwergewicht seiner Mehrheitsbildung mehr nach dem rechten Zentrum verlegen und die radikale Fraktion sozusagen nur als Lückenbüsser dulden.

SPD. Wien, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Der frühere Obmann der kommunistischen Partei Österreichs, Alfred Ziegler ist mit einer Gruppe ehemaliger kommunistischer Funktionäre zur Sozialdemokratie übergetreten. Sie begründen ihren Schritt damit, dass die Osterreichische Kommunistische Partei eine einflusslose Sekte sei, die nur künstlich von Moskau vor dem Verschwinden bewahrt werde. Sie zähle kaum 1000 Mitglieder, die wiederum in mehrere Gruppen gespalten seien.

SPD. Genf, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch stellten sich auf der Zollkonferenz in den Reden des italienischen faschistischen Ministers Bottai und des sozialdemokratischen dänischen Handelsministers Bramsnaes die beiden Gegenpole der Wirtschaftskonferenz für eine Völkerbundsverständigung ungewöhnlich deutlich heraus. Auf der faschistischen Seite eine glatte Ablehnung der internationalen Wirtschafts-Zusammenarbeit und des freien Warenverkehrs, auf der sozialdemokratischen die Forderung weitest gehender Handelsfreiheit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Bottai's Stellungnahme gipfelte in den Sätzen: "Eine Stabilisierung durch einen Zollfrieden würde den Ländern schaden, die dabei sind, ihre wirtschaftliche Struktur ihren nationalen Bedürfnissen anzupassen. Wir Italiener meinen daher, dass die gegenwärtige Situation kollektiven Abkommen wirtschaftlichen Charakters und besonders einem Zollfrieden wenig günstig ist. Der Zollfriedensgedanke ist verfrüht und praktisch nicht durchführbar. Es gilt zu warten, bis es in der Welt eine grössere Annäherung der nationalen Wirtschaftsprobleme gibt, nur eine solche Basis kann die Plattform für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeben. Bis dahin muss jedes Land seine eigenen Massnahmen ergreifen."

Bramsnaes betonte, dass landwirtschaftliche und industrielle Kreise und die Arbeitslosigkeit auf die Dauer nicht mit protektionistischen Mitteln und nicht mit Massnahmen der nationalen Wirtschaft allein bekämpft werden können. Er schloss: "Heute Morgen hörten wir die Ausführungen des italienischen Ministers, die wenig ermutigend für die Zukunft unserer Arbeiten waren. Trotzdem hoffe ich im Interesse der Völker auf ein Ergebnis. Der Weg zu einer besseren Wirtschaft ist nicht die Isolation der Staaten, sondern die Zusammenarbeit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt."

Lettland äusserte sich in zustimmendem, der dänischen Auffassung ähnlichen Sinne, der polnische Handelsminister gab eine sehr interessante Vorlesung über die Wirtschaftspolitik der neuen Staaten, die trotz grundsätzlicher Zustimmung zu dem Versuch eines Zollfriedens doch darauf hinauslief, dass den neuen Staaten die Möglichkeit gegeben werden müsse, ihre Industrie durch Erziehungszölle hochzubringen bzw. ihren Absatz in Agrarprodukten zu sichern. Das Zollfriedensabkommen, das der Pole aufgrund dieses Standpunktes entwickelte, soll im Gegensatz zur dänischen Auffassung so weitherzig und wenig einschneidend wie möglich aussehen. Mit dem Rumänen stimmte er überein in der Forderung, die Möglichkeit regionaler Wirtschaftsabkommen ebenfalls zu prüfen, wobei die Rumänen einige Anspielungen auf die Stockungen der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen machten und gegenüber der Zollfriedensidee sehr skeptisch war.

Die italienische Absage hat naturgemäss nicht dazu beigetragen, die Hoffnungen der Konferenz zu heben. Dazu kommt, dass Frankreich erklärt hat, es könne nicht Stellung nehmen, ehe die neue Regierung gebildet sei. Der belgische Aussenminister und der Holländer Collijn, der als Präsident der Konferenzen für die Ein- und Ausfuhrverbote schon immer eine grosse Wolle in den Wirtschaftsverhandlungen des Völkerbundes spielte, bemühten sich, eine gemeinsame Linie zwischen den Freihandelsländern herzustellen, um wenigstens im kleineren Umfange doch noch eine praktische Zollsenkungsaktion zustande zu bringen. Es verlautet jedoch, dass England privatim erklärt habe, ohne die Teilnahme

Italiens und Frankreichs habe eine Zollsenkungsaktion keinerlei Wert für England, und England müsse, wenn Italien und Frankreich ablehnen, die Konsequenz eigener nationaler Schutzmassnahmen ziehen.

Am Mittwoch abend fanden zwischen Reichswirtschaftsminister Schmidt, Ernährungsminister Dietrich und dem rumänischen Finanzminister Madearn Verhandlungen über den deutsch-rumänischen Handelsvertrag statt.

SPD. Am Mittwoch kam es im Reichstag während der Beratung der Younggesetze zu einem Zwischenfall, über den ein offiziöser Bericht folgendes mitteilt:

"Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses die Sitzung bereits geschlossen hatte, beklagte sich Reichsminister Dr. Wirth namentlich darüber, dass in den Berichten der Rechtspresse behauptet worden sei, aus dem Ausschuss sei ihm zugerufen worden, er benehme sich wie ein Primaner. Das sei eine gemeine Lüge, da ein derartiger Zuruf garnicht erfolgt sei. Abg. v. Freytagh-Loringhoven bemerkte: Angesichts Ihres augenblicklichen Benehmens ist dieser Vergleich noch viel zu höflich. Darauf trat Minister Dr. Wirth dicht auf den Abgeordneten zu mit den Worten: "Wagen Sie das noch einmal zu wiederholen? Abg. v. Freytagh-Loringhoven erwiderte, dass er sich nicht einschüchtern lasse, worauf Dr. Wirth antwortete: Und sie wollen ein Universitätsprofessor sein? Pfui, schämen Sie sich! Nach weiterem heftigen Wortwechsel verliessen die Ausschussmitglieder in grosser Erregung den Saal."

SPD. Die Besprechungen der finanzpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien mit dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sind am Mittwoch zu einem vorläufigen Abschluss gebracht worden. Die Besprechungen bezweckten lediglich, die Regierung über die Auffassungen der Parteien zu unterrichten, um ihr damit die Möglichkeit zu geben, den Etat für das Jahr 1930 fertigzustellen. Irgendwelche Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

Die Reichsregierung sieht sich jetzt vor einer schwierigen Aufgabe. Die Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien über die Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt sind ausserordentlich gross. Auch wenn die Angestelltenversicherung, wie jetzt festzustehen scheint, bereit ist, freiwillig etwa 100 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn zu erwerben und die Invalidenversicherung einen ebenfalls, wenn auch wesentlich kleineren Betrag übernehmen wird, so kann doch auf diesem Wege der Fehlbetrag für die Arbeitslosenversicherung des nächsten Jahres nicht voll gedeckt werden. Auch wenn deshalb im Etat 1930 statt 600 Millionen nur 450 Millionen kurzfristige Schulden getilgt werden, bleibt ein Fehlbetrag durch Steuererhöhungen zu decken, der wesentlich höher ist als der ursprünglich angenommene Betrag von 220 Millionen und einschliesslich des verbleibenden Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung zwischen 400 und 500 Millionen betragen dürfte.

Neben der Höhe des Fehlbetrages ist es aber vor allen Dingen die Art der Steuererhöhungen, die zwischen den Parteien strittig ist. Wenn auch einzelne Parteien wie z.B. das Zentrum sich zu den positiven Vorschlägen nur andeutungsweise geäussert haben, weil sie dem Kabinett dabei die Führung überlassen wollen, so sind dennoch die grossen Streitfragen deutlich erkennbar. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die durch möglichst starke Erhöhungen der Verbrauchssteuern, die dauernden Charakter tragen, nicht nur das einmalige Defizit durch Massenbelastung decken wollen, sondern auch dadurch zu erreichen suchen, dass im Jahre 1931 beträchtliche Ermässigungen der Besitzsteuern vorgenommen werden können. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die wegen des Charakters des Fehlbetrages als einer einmaligen Erscheinung dauernde Steuererhöhungen, insbesondere der Verbrauchssteuern, für wirtschaftsschädlich halten, die Festle-

gung auf künftige Steuersenkungen für unmöglich erklären und deshalb wünschen, dass der Fehlbetrag im wesentlichen durch ein einmaliges Notopfer zur Einkommensteuer aufgebracht werde.

Die letztere Auffassung ist die der Sozialdemokratie. Es ist jedoch bemerkenswert, dass auch die Bayerische Volkspartei einen einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer für wesentlich zweckmäßiger ansieht als dauernde Verbrauchsteuererhöhungen. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hält jedoch eine, wenn auch einmalige Erhöhung der Einkommensteuer für in höchstem Grade gefährlich und scheint diesem Ausweg deshalb sehr abgeneigt zu sein. Unter diesen Umständen ist eine Entscheidung des Kabinetts wohl kaum sehr schnell zu erwarten. Eine Sitzung des Kabinetts, die sich mit den Deckungsvorschlägen beschäftigen soll, ist erst Anfang nächster Woche zu erwarten.

-----  
SPD. Paris, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Die "Liberté" und die um sie gescharten reaktionären Kreise haben für Freitag abend eine zweite Massenversammlung einberufen, die gegen die "Entführung" Kutiepoffs protestieren und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland fordern soll. Wie nun die "Liberté" am Mittwoch zu berichten weiss, sollen die französischen Kommunisten unter der Führung der Botenschaft eine Gegenaktion planen. Sie sollen sich mit der Absicht tragen, das Lokal, in dem die Versammlung stattfinden soll - ein Riesensaal an der Peripherie von Paris - eine halbe Stunde vor Beginn der Kundgebung zu besetzen und es dabei auf Tötlichkeiten ankommen zu lassen. Die "Liberté" ruft daher zu den Waffen und gibt ihre näheren Schlachtopfer für Freitag aus.

Die Untersuchung in der Kutiepoff-Affäre selbst ist bisher noch immer nicht über das Stadium der blossen Vermutungen hinausgekommen.

-----  
SPD. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: "Es ist bekannt, dass in der letzten Kabinettsitzung eine Einigung dahin zustandegekommen ist, dass eine Räte für das Panzerschiff B in den Etat für 1930 nicht eingesetzt wird. Die Gründe sind in Finanznot zu erblicken, die es dieses Jahr unmöglich macht, eine Pösten für Panzerschiff B in Ansatz zu bringen. Ebenso ist es deshalb nicht möglich, schon jetzt einem Beschluss des Reichstages nachzukommen, wonach umgehend ein langfristiges Programm für die Ersatzbauten der Flotte aufgestellt werden soll. Dieses wird mit dem Etatvoranschlag für 1931 vorgelegt werden und, auf eine Reihe von Jahren verteilt, die Ersatzbauten festlegen, wobei auch der Ersatz für Linienschiffe vorgesehen wird."

-----  
SPD. Leipzig, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich bereitete der deutschnationalen Fraktion des Landtages von Mecklenburg-Schwerin am Mittwoch eine empfindliche Niederlage. Die deutschnationale Fraktion beantragte vor dem Staatsgerichtshof, festzustellen, dass die Bestellung von Landtagsabgeordneten zu Staatsräten den Grundsätzen der Landesverfassung widerspreche. Die Aktion richtete sich insbesondere gegen einen volksparteilichen und wirtschaftsparteilichen Staatsrat.

Der Staatsgerichtshof lehnte den Antrag der deutschnationalen Fraktion ab und bestätigte die Auffassung des sozialdemokratischen Staatsministers in Mecklenburg-Strelitz von Reibnitz als zu Recht bestehend.

SPD. Wien, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Aus absolut zuverlässiger Quelle verlautet hier, dass das Bombenattentat gegen die faschistische Zeitungsredaktion vor einigen Tagen von Faschisten aus persönlichen Motiven organisiert und durchgeführt worden ist. Die am Tatort aufgefundenen antifaschistischen Flugblätter sind in der Druckerei des Faschistenblattes hergestellt worden. Sie sollen den Verdacht auf die Buckdrucker lenken, die übrigens in dem faschistischen Parteiblatt auch Faschisten sind.

SPD. Amsterdam, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

In der bereits vor einiger Zeit von einem Brand schwer heimgesuchten Hauptstadt von Seeland Middelburg wütete am Mittwoch abermals ein grosser Brand, der wiederum ein altes historisches Gebäude, das als Vereinshaus diente, völlig vernichtete. An eine Rettung war bei dem vielen Holzwerk nicht zu denken. Auch ein angrenzendes Lichtspieltheater sowie das Speicherhaus einer Kornhandlung wurden von dem Feuer heimgesucht. Der Sachschaden ist durch Versicherung gedeckt.

SPD. London, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Hauptdelegierten der Flottenkonferenz haben am Mittwoch beschlossen, die Konferenz angesichts der französischen Regierungskrise auf eine Woche zu vertagen. Man vermutet, dass sich der italienische Delegierte Grandi auf die Dauer der Vertagung nach Rom begeben wird. Die Konferenz soll am kommenden Mittwoch wieder zusammentreten, falls sich bis dahin die Teilnahme Frankreichs wieder ermöglichen lässt.

Vor der Vertagung der Konferenz wurde das Memorandum der italienischen Delegation der Öffentlichkeit übergeben. Das umfangreiche Dokument betont eingangs, dass Rüstungen ausschliesslich defensiven Charakter haben dürften und deshalb auf das Mindestmass herabgesetzt werden müssten. Die italienische Delegation wiederholt dann, sie sei bereit, von vornherein jeder noch so niedrigen Rüstung zur See ihre Zustimmung zu erteilen, sofern dieses Minimum von keiner anderen kontinentalen Macht überschritten werde. Italien trete mit Nachdruck für eine Herabsetzung der Rüstungen zur See ein, weil es als Mitglied des Völkerbundes und eines der Länder, die den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben, eine derartige Abrüstung als die natürliche Folge dieser Verträge betrachte. Insbesondere sei Italien bereit auf den Bau von 105 000 Tonnen zu verzichten, trotzdem ihm in Washington 175 000 Tonnen in der Kategorie der Schlachtschiffe zugestanden worden seien. Es sei schliesslich mit der Abschaffung der U-Bott-Waffe einverstanden, falls eine wesentliche Gesamtherabsetzung der Rüstungen zur See und eine Abschaffung der Schlachtschiffe erfolgt.

SPD. Athen, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch mittag explodierte in der Nähe von Athen bei der Verladung von Handgranaten in einem griechischen Munitionslager das 8. Handgranaten-Magazin. Das Magazin flog unter einer weithin hörbaren Detonation in die Luft. In Athen selbst waren ausserordentlich starke Erschütterungen zu verspüren. Die Katastrophe forderte bisher 14 Todesopfer und annähernd 30 Verwundete. Insgesamt explodierten 1000 Handgranaten.



SPD. London, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Die von der Regierung zum Studium der Todesstrafe einberufene parlamentarische Kommission hat beschlossen, im Rahmen der zu veranstaltenden Enquête auch einen Scharfrichter zu berufen und ihn über seine Erfahrungen bei den Hinrichtungen zu befragen.

---

SPD. Der Stadt Berlin ist am Mittwoch von einem Berliner Konsortium ein Kredit in Höhe von 45 Millionen zugesagt worden. Der Kredit soll zur Fertigstellung der dringlichsten Bauten und zur Aufbringung der Kosten verschiedener zwangsläufiger Vertragsleistungen dienen.

---

An die Redaktionen!

---

Wir liefern ab heute im Rahmen des SPD mehrere spannende Artikel eines Mannes, der unter dem Titel "Memoiren eines Kellners" seine bunten Erinnerungen erzählt. Der Verfasser Gaston la Fouche - Helmut Frenzel ist in Paris geboren, hat dort in den grössten Hotels gelernt, war zwei Jahre lang Croupier in Monte Carlo, Chefkellner im Blitzzug Paris - Livano - Rom und nach dem Krieg in einer Berliner Bar tätig, in der er beispielsweise mit dem Brüsseler Bankier Löwenstein in Verbindung kam.

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Adolf Köster und Südslawien.

Von Hermann Wendel.

SPD. Nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, nicht nur die deutsche Literatur, nicht nur die deutsche Diplomatie erleidet mit dem grausam frühen Tode Dr. Adolf Kösters einen sehr schmerzlichen Verlust, sondern auch die Bestrebungen, zwischen Deutschen und Südslawen eine Brücke des Verständnisses und der Verständigung zu schlagen, büssen ihren tatkräftigsten Wegbahner und Förderer ein. Wie sah es mit der deutschen Vorkriegsdiplomatie auf dem Balkan aus? In Belgrad sassen feudale Herren, denen im besten Fall das Land, bei dem Berlin sie beglaubigt hatte, das Gleichgültigste vom Gleichgültigen war; es genügte ihnen, balkanische Dinge durch die gehässig verzerrende Brille der habsburgischen Politik zu betrachten und entsprechend gefärbte Berichte ans Auswärtige Amt zu schicken. Verirrte sich doch einmal ein weisser Rabe in diese Gesellschaft, wie der Konsul Dr. Schlieben, der die serbische Sprache verstand, das serbische Volk kannte und die serbischen Verhältnisse richtig beurteilte, so wurde er von den anderen weggebissen. Diese feierlichen Diplomaten, die zum Eiszapfen erstarrten, sobald ein Serbe in ihre Nähe kam, weckten weder für sich noch für Deutschland Sympathien; es lag auch gar nicht in ihrer Absicht.

Da sich an der serbischen Frage der Weltkrieg entzündete, sah auch die wilhelminische Diplomatie ein, dass man den aufstrebenden Balkanstaat zu Unrecht hatte links liegen lassen, und nach Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen schickte die Deutsche Republik nach Belgrad, jetzt Hauptstadt des grösseren Königreiches Jugoslawien, Gesandte, die mit den Unterlassungssünden ihrer kaiserlichen Vorgänger entschlossen aufräumten. Dr. von Keller und Dr. Olshausen haben das Verdienst, sich vorurteilslos klaren Blickes in ihrer Belgrader Umwelt bewegt zu haben, und mit ihrem Namen verbindet sich noch heute für die Südslawen eine freundliche Erinnerung, aber Köster kam schon mit ganz anderen Voraussetzungen. Als Kriegsberichterstatte hatte er 1915 Serbien und die Serben aus der Nähe beobachtet und rasch die Verleumdungen dieses Volkes durch die schwarzgelbe Hetzpresse in ihrem wahren Wert durchschaut; als Eindruck aller Unbefangenen stellte er damals fest: "Es ist merkwürdig mit diesem Lande. Vom General bis zum Trainkutscher - alles ist überrascht. Dieses "Lauseland" ist reich an Vieh, an fruchtbarem Boden. Die Dörfer machen einen geordneten Eindruck man findet Schulen von einer Grösse, wie nicht immer in Westeuropa. Und die Menschen sind das Ueberraschendste. Entgegenkommend, freundlich, zu jeder Hilfe bereit, wo man es erwarten kann, zurückhaltend und kühl, wo der nationale Takt es gebietet." Diese Sätze, die in Serbien berühmt wurden, waren das beste Beglaubigungsschreiben für Köster, als er mehr als zwölf Jahre später die Deutsche Republik in Belgrad zu vertreten hatte. Man erwartete einen Diplomaten mit Verständnis für die Seele des südslawischen Volkes und wurde nicht enttäuscht.

Die offene, künstlerisch freie, warmherzige Art Kösters, die das Vorurteil widerlegte, dass der Norddeutsche kalt und zugeknöpft sei, kam der südslawischen Lebensart sehr entgegen, und sein ausgeprägter Sinn für Humor stiess bei einem Volk, das gerne lacht und tanzt, auf viel Gegenliebe. Im Mai langte er in Belgrad an, im Juni zählte er schon einen erlesenen einheimischen Freundeskreis; namentlich künstlerisch Schaffende jeder Gattung zog sein gastfreundliches Haus an. Aber sein Ehrgeiz erschöpfte sich nicht damit, ein gesellschaftlich ungemein beliebter Diplomat zu sein; ihn drängte es nach positiven Leistungen. Als 1921 mit dem Sitz in Frankfurt am Main die Deutsch-Südslawische Gesellschaft gegründet wurde, um die Beziehungen zwischen beiden Nachbarvölkern zu befestigen und zu vertiefen, war unter ihren Gründern auch Dr. Köster. Sein Belgrader Posten gab ihm reichlich Gelegenheit, im Sinne dieser stets von ihm mit Rat und Tat unterstützten Gesellschaft zu wirken. Unmöglich, alles aufzuzählen, was er auf diesem Felde getan hat. Auf seine Anregung sprachen zu verschiedenen Malen deutsche Vortragende von Rang zu stets sehr aufnahmebereiten Belgrader Hörern, im Vorjahr Dr. Hausenstein über moderne Kunst und Max Geisenheyner über seinen Zeppelinflug um die Erde, und vor wenigen Tagen erst Theodor Däubler über Goethe

und die Antike. Köster plante, südslawischen Stücken den Weg auf die deutsche Bühne zu bahnen, südslawische Volkslieder von südslawischen Chören in Deutschland singen zu lassen - Ach! Er hatte noch soviel Pläne, die jetzt der Tod unerbittlich zerschlagen hat.

Zu Lebzeiten hatte Köster wenigstens die eine Genugtuung, dass Anerkennung seinem Wirken nicht ausblieb. Ueber die Diktatur in Südslawien dachte er, wie jeder Sozialdemokrat darüber denkt. Aber in der Erkenntnis, dass Regierungsformen wechseln und die Völker bleiben, liess er sich auch durch die Diktatur nicht in seiner kulturellen Annäherungsarbeit zwischen Südslawen und Deutschen stören. Darum flogen ihm die Herzen zu. Nachrufe übertreiben manchmal. Aber am letzten Sonntag, als noch nicht einmal der engste Familienkreis über die Gefährlichkeit seiner Krankheit unterrichtet war, sprach bei Eröffnung einer Ausstellung von Gemälden seiner Gattin, Käthe Mahr-Köster, ein namhafter Belgrader Schriftsteller von dem deutschen Gesandten als von einem Lebenden und Gesunden und hob rühmend hervor, dass für die kulturelle Verknüpfung von Deutschen und Südslawen niemand mehr, herzlicher und erfolgreicher gearbeitet habe als Dr. Köster. Damit hat er, ein guter Deutscher, für Deutschland geworben, ein guter Europäer, für Europa gewirkt.

Wann war seit Menschengedenken um den Gesandten eines Staates, der eben noch zu den Kriegsgegnern gehörte, die Trauer so allgemein wie die Belgrader um Köster. Ein Gesandter starb; die Fahnen zweier Länder sinken auf Halbmast. Und das ist der rechte Gesandte, an dessen Bahre nicht nur die Heimat trauert, sondern auch das Volk, bei dem er die Heimat würdig vertrat.

-----

SPD. Reichsaussenminister Dr. Curtius richtete an Frau Dr. Köster folgendes Beileidstelegramm:

"Die schmerzliche Nachricht von dem Ableben Ihres Herrn Gemahls, der sich so hohe Verdienste um unser Vaterland erwarb, hat mich tief ergriffen. Ich spreche Ihnen, hochverehrte gnädige Frau, zu dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat, mein aufrichtigstes Beileid aus. Das Auswärtige Amt wird dem Verstorbenen in dankbarer Erinnerung an seine wertvolle Mitarbeit stets ein treues und ehrendes Andenken bewahren. Curtius."

-----

SPD. warschau, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von warschau bei Wilanow rannte das Auto des mexikanischen Konsuls in warschau gegen eine Barriere. Der Wagen stand bald in hellen Flammen, denen der Chauffeur nicht mehr entweichen konnte. Er verbrannte bei lebendigem Leibe. Der mexikanische Konsul und die vier übrigen Insassen des Wagens wurden schwer verletzt.

-----

SPD. Wien, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Der österreichische Bundeskanzler erklärte am Mittwoch in einer Besprechung mit Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitskammer, dass sich die Regierung das sozialpolitische Abbauprogramm der Handelskammern nicht zu eigen mache. Die Regierung plane, bereits zum 28. Februar eine Wirtschaftskonferenz einzuberufen, auf der u.a. die Möglichkeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit besprochen werden sollen. Das Finanzministerium bereite Massnahmen vor, die einigen tausend Arbeitslosen bald Arbeit verschaffen würden.

-----

Der 20. Februar 1890.

## Eine Wendung der deutschen Politik.

SPD. Aus der Reichstagswahl des 20. Februar 1890 ging die deutsche Sozialdemokratie als grösste politische Partei Deutschlands hervor. Zwölf Jahre sozialistengesetzlicher Brutalitäten, zwölf Jahre verbrecherischer Lockspitzeltätigkeit, zwölf Jahre einer rücksichtslosen Klassenjustiz hatte nicht vermocht, die deutsche Sozialdemokratie zu zertrümmern. Mit jeder Reichstagswahl war diese Partei gewachsen und gewachsen. Der enge Ehebund zwischen dem Verbrechen und der Politischen Partei Deutschlands war durch amtliche Erklärungen schweizerischer Beamten erwiesen worden. Kameraden und Duzbrüder von Raubmördern, ehemalige Diebe und Betrüger, Kuppelmütter und Prostituierte waren die Werkzeuge der Politischen Polizei gewesen.

In einem stinkenden Korruptionssumpf steckt die Polizei. Fortgesetzt füllen sich die Zeitungen mit Polizeiskandalen, und so wird sie in ihrer Eigenschaft als Bekämpferin der Sozialdemokratie total entwertet. Die öffentliche Meinung, früher eine starke Stütze der Bismarckschen Polizei, wird zu ihrer schärfsten Anklägerin. Nach dem Elberfelder Geheimbundprozess erhoben selbst ganz sanfte liberale Blätter den Ruf: Genug der Schande. In diesem Prozess wurde nämlich die beschämende Tatsache festgestellt, dass ein Polizeiagent Röllinghof zur Sprengung von Kirchen und Kasinos aufgefordert hatte.

In den liberalen Kreisen hatte das Verbot der liberal-demokratischen Berliner "Volkszeitung" auf Grund des Sozialistengesetzes eine ungeheure Empörung erzeugt. Aber an diesem Verbot tat sich der Berliner Polizeipräsident von Richthofen noch nicht genug: er betrieb die Ausweisung des leitenden Redakteurs dieser Zeitung, Dr. Franz Mehrings aus Berlin. Mit Mühe und Not verhinderte der preussische Minister des Innern, Herrfurth, diesen neuen Polizeiskandal. Er wurde seitdem wohl von Bismarck zu den "weichen" Charakteren gezählt, die unbrauchbare Werkzeuge für seine Staatsstreichpläne waren.

Ein neues Moment der Empörung trug dann der Bergarbeiterstreik im Rheinland und in Westfalen in die öffentliche Meinung hinein. Wilhelm II., noch im Banne seines Kanzlers, denunzierte die Sozialdemokratie als "Reichs- und Vaterlandsfeinde" und drohte alles über den Haufen schiessen zu lassen, was sich den Behörden widersetze. Man muss diese der Reichstagswahl vorausgehenden historischen Ereignisse klar und fest ins Auge fassen, wenn man den beispiellosen Bankrott verstehen will, den die Bismarcksche Gewaltpolitik am 20. Februar 1890 erfuhr. Die grössten Optimisten der sozialdemokratischen Partei hatten nämlich "nur" mit einer Million sozialistischer Stimmen gerechnet. Der 20. Februar 1890 überbot aber die "kühnsten Erwartungen" mit über 400 000 Stimmen, sodass an diesem Tage 1 427 298 sozialdemokratische Stimmen gezählt wurden.

Die sogenannten "belagerten Gebiete", in denen das "Standgesetz" Bismarcks oft mit launenhafter Willkür gehandhabt worden war, warfen die höchsten sozialdemokratischen Stimmenzahlen ab. Berlin sandte 2 Sozialdemokraten in den Reichstag, Liebknecht und Singer. Jeder erhielt über 40 000 Stimmen. Im "belagerten" Hamburg wurden alle drei Wahlkreise von der Sozialdemokratie besetzt, Frankfurt a/Main wählte den Lithographen Schmidt, Leipzig-Land den Zigarrenmacher Geyer, Offenbach den sturmerprobten Karl Ulrich, den nachmaligen Staatspräsidenten. Dem Sozialistengesetz - das bewies die Februarwahl 1890: schlagend - war die scharfe, vernichtende Kraft, die ihm anfänglich beigegeben werden musste, durch die offene und geheime Tätigkeit der Sozialdemokratie genommen worden.

Ein Netz sozialdemokratischer Geheimorganisationen breitete sich über Deutschland aus. Den verbotenen "Sozialdemokrat", das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, konnte man ohne grosse Schwierigkeiten in allen grösseren Städten erhalten. Ich selbst überzeugte mich schon 1884 persönlich von

dieser Tatsache. Ganze Wagenladungen von sozialdemokratischen Broschüren wurden entweder nach Deutschland hinübergeschmuggelt, oder dort selbst gedruckt. So wurde selbst der "Sozialdemokrat" von Grillenberger einige Zeit in Nürnberg geheim gedruckt und später einige Jahre hindurch in Mitweida.

In den letzten Jahren des Sozialistengesetzes stand der deutschen Sozialdemokratie eine in Deutschland erscheinende lokale Arbeiterpresse zur Verfügung: so in Berlin das "Berliner Volksblatt" und die Berliner "Volkstribüne", in Hamburg-Altona das "Hamburger Echo", in Dresden die "Sächsische Arbeiterzeitung", in Nürnberg die "Fränkische Tagespost", in München die "Süddeutsche Post", die nachher in die "Münchener Post" umgetauft wurde. Diese sogenannte "legale" sozialdemokratische Presse gab - sie gebot beim Fall des Sozialistengesetzes über 60 Organe - ganz hervorragende Proben einer starken propagandistischen und organisatorischen Kraft gerade bei der Februarwahl 1890 ab.

Treffliche Wahlhelfer fand die Sozialdemokratie dann am 20. Februar in den Gewerkschaftsführern, die sich fast alle zur Sozialdemokratie bekannten.

Inzwischen war Wilhelm II. selbst an der Gewaltpolitik Bismarcks irre geworden. Er bezeichnete in der Sitzung des preussischen Staatsministeriums vom 30. April 1889 die Gesetze und Verordnungen als blosser Palliative, die wohl äusserere Ausschreitungen der Sozialdemokratie eindämmen könnten, sie aber niemals an der Wurzel treffen würden. Wilhelm wollte die Sozialdemokratie durch Schule und Kirche bekämpfen.

Schon an diesem Tage trat Bismarck in einen ausgesprochenen Gegensatz zu Wilhelm II. Bismarck schwebte schon damals die "militärische Lösung" der sozialdemokratischen Frage vor. Er dachte bei der Unterweisung der Jugend an die ländliche Jugend, die stärker an Zahl und an Kraft sei, wenn es sich schliesslich im Kampf zwischen Staatsordnung und Sozialdemokratie um Gewalt handeln werde. Hier entscheide alle Schulbildung nicht. Und Bismarck setzte sich dann in einen grundsätzlichen Gegensatz zur Arbeiterschutzgesetzgebung selbst. Er griff die Reichsgesetzgebung an, weil sie die Beschäftigung der jungen Leute von 14 bis 16 Jahren beschränkt habe. Er hielt dies für einen Fehler, gerade wie die zwangsweise Beschränkung aller Arbeit - selbst am Sonntag.

Der Gegensatz zwischen Wilhelm II. und Bismarck verschärfte sich bedeutend, als der Kaiser seine Arbeiterschutzergänzung herausgab. Trotz dieser Ergänzung, die mit grossem Geschrei wenige Wochen vor der Wahl angekündigt worden waren, strömten die proletarischen Massen der roten Fahne des demokratischen Sozialismus zu, und das "soziale Kaisertum" der Hohenzollern verfiel dem Gelächter der aufstrebenden Arbeiterschaft.

Der ungeheure Wahlerfolg der Sozialdemokratie liess den teuflischen Plan Bismarcks, die Sozialdemokratie in eine Strassenschlacht zu verwickeln, völlig ausreifen, und er trat mit brutaler Offenheit mit diesem Plane hervor. Da stützte Wilhelm II., er wollte als junger Kaiser nicht "durch Blut waten". Der Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler spitzte sich ständig zu, und zwischen dem 18. und 20. März wurde Bismarck von Wilhelm II. ungnädig entlassen. Bismarck war selbst über seinem Gewaltsystem, als es zu einer verbrecherischen Tat ausholen wollte, gestürzt.

Am 20. Februar 1890 hatte also die Sozialdemokratie das ganze System Bismarck besiegt - und dieser zählte selbst zu den Gefallenen des Schlachtfeldes.

-----



## Memoiren eines Kellners.

Von Gaston la Fouche / Helmut Frenzel.

### Jugend in Not.

SPD. In einer der dunklen Nebenstrassen des Pariser Scheunenviertels, das sich von der Notre Dame-Kirche bis zum Palais de Justice hinzieht, wurde ich geboren. Mein Vater, ein Gelegenheitsarbeiter, der ständig nur soviel verdiente, dass er sich die Gurgel ausspülen konnte, behandelte mich und meine Mutter sehr brutal. Prügel und Hunger waren unser ständiger Gast. Ich glaube, ich wäre verhungert, wenn meine Mutter nicht arbeiten gegangen wäre. Meine Mutter hatte eine Hausreinigung in der Nähe unserer Wohnung. Mit 12 Jahren suchte ich eine Beschäftigung. Ich wurde Eilbote bei einer grossen Pariser Zeitung. Das Blatt war sehr aktuell. Mein Dienst bestand in erster Linie darin, Photographien mit Interviews, die von unseren Reportern von hohen ankommenden Persönlichkeiten gemacht wurden, zur Druckerei zu bringen. Dadurch bekam ich den ersten Einblick in das Leben eines grossen Luxushotels. Alles imponierte mir so, dass ich den Entschluss fasste, Kellner zu werden.

Ich war kaum 14 Jahre alt, da wurde ich

### Page im Grand-Hotel

in Paris. Ich bekam eine mit Goldtressen und Knöpfen besetzte Livree, die mich sehr stolz machte. Das Grand-Hotel war zu meiner Zeit das grösste Hotel in Frankreich. Es verfügte über 700 Betten, hatte eigene Gesundheitsbäder und eine eigene Druckerei, welche die Grand-Zeitung herausgab. Sie brachte die neuesten Sportberichte, Premierenergebnisse und kleine pikante Geschichten, ausserdem war ihr eine ausführliche Fremdenliste beigelegt. Mein Chef war seine Hoheit der Portier. In den grössten Luxushotels ist die Stellung des Portiers wichtiger als die des Direktors. Der I. Portier muss die Gäste empfangen, er muss ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, er muss Bekanntschaften arrangieren, er muss wissen ob Gospodin Dimitroff reich ist, oder ob die Lady Wallace einen Brautgarn hat, und ob die junge elegante mondäne Dame mit den auffallend vielen Brillanten wirklich die Frau des Marquis von G... ist. Zu allen Fragen muss er immer genügende Antworten wissen, die ihm dann mit horrenden Trinkgeldern gelohnt werden. Über sehr viel Sprachkenntnisse muss er auch verfügen: unser Portier beherrschte 7 Sprachen.

Mein erster Dienst war im Zeitungskiosk, ich wurde dort einem älteren Page als Aushilfe zugeteilt. Mein Anfangsgehalt betrug 2 Frs., ich hatte aber mindestens 20 Frs. durchschnittlich die Woche Trinkgeld. Mein Kollege, ein ausgekochter Junge, weihte mich in die ersten Geschäftskniffe ein. Liegengebliebene Zeitungen, die uns von unsern Kellnern und Zimmermädels zurückgebracht wurden, kauften wir für die Hälfte des Verkaufspreises auf.

Unser Dienst begann früh 7 Uhr. Wir hatten abwechselnd den sogenannten Zimmerdienst. Man kam dadurch oft in die heikelsten Situationen, trotzdem ich immer, bevor ich die Zeitung in ein Zimmer legte, anklopfte. Ganz genau kann ich mich noch erinnern, es war an einem schönen Maienmorgen, als ich

die "Times" für Zimmer 198,

das eine Amerikanerin inne hatte, abgeben wollte. Ich klopfte vorschriftsmässig an und hörte "Herein!". Ich öffnete und sah Mrs. Burkens, so hiess unsere Amerikanerin, im Evakostüm; sie trieb Gymnastik. Zunächst war ich ganz verlegen, Mrs. Burkens sagte: "Nun, mein Kleiner, hab ich nicht einen schönen Körper? Wie schön wäre es, wenn auch Du Deinen Körper so pflegen würdest". Mit diesen Worten war Mrs. Burkens auf mich näher zugegetreten. "Na, komm, wir wol-

len beide baden". Ich erwiderte: "Pardon Madame, ich habe leider keine Zeit!" und entfernte mich schleunigst. Ich hörte noch die Worte: "Na, dann nicht, du Dummkopf".

Mein Kollege, dem ich mein Erlebnis nachher erzählte, sagte zu mir: "Mensch, Du bist ein grosses Rindvieh, so einer interessanten Frau kann man doch so etwas nicht abschlagen; mit der habe ich schon viermal gebadet und dann hat sie mir immer noch einen Zehndollarschein in die Hand gedrückt." Jetzt wusste ich auch, wo der die ganze Zeit blieb, wenn er Zimmerdienst hatte; er brauchte fast 4 Stunden. Ich hatte genau denselben Zimmerdienst und brauchte nur 1½ Stunden. Na, dachte ich mir, was der kann, kann ich auch. Ich kam später noch verschiedene Male in ähnliche Situationen und nutzte sie aus.

### Die Silberwanne des Königs von Ägypten.

Im Anfang der Wintersaison hatten wir königlichen Besuch. Der ägyptische König mit 72 Personen Gefolge nahm bei uns Wohnung. Die ganze Gesellschaft beanspruchte 110 Appartements. Verschiedene Tage vorher gab uns einer unserer Direktoren Instruktionsstunden. Es galt uns die ägyptischen Ehrenbezeugungen beizubringen. An einem Sonnabend nachmittag traf der König im Sonderzug von Marseille ein. Nach dem üblichen Ansturm der Presse-Photographen und der neugierigen Masse kam S.M. erschöpft im Hotel an. Er nahm zunächst ein erfrischendes Bad in seiner silbernen Badewanne, die er stets auf seinen Reisen mit sich führte. Später gab der damalige Ministerpräsident dem König ein Festessen, an dem die ausländische Diplomatie und die prominentesten Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Militär teilnahmen. Das Gedeck kostete an diesem Abend 100 Frs. (80.-- Mark).

Am nächsten Tage glich unser Hotel einem grossen Pressepalast. Gegen 200 Reporter bewarben sich um die Gunst eines Interviews. 5 Reporter hatten das "Glück" mit dem Adjutanten S.M. sprechen zu dürfen, wurden aber sehr kurz abgefertigt. Abends gab dann der Generalintendant der Pariser Oper dem König eine Galavorstellung. Der König, der ein gewiegter Frauenkenner zu sein schien, lud nachher das ganze Ballet zu einem lustigen Abend, der im Casino de Paris gefeiert wurde, ein. Er engagierte schliesslich 5 Damen, die für eine fürstliche Gage in sein Hofballet eintraten.

### Die "wie Gott in Frankreich" leben.

Sylvester wurde ich zur Aushilfe ans kalte Büfett im blauen Saal beordert. Alles war auf Verschwendung hergerichtet. In dem durch Spiegelscheiben hineinflutenden Kerzenlicht glühte die blaue Seide, brannte das Violett des gewaltigen Smyrnateppich, flackerte das auf Anrichten aufgehäufte Silber, funkelte das scharfgeschliffene Kristall, leuchteten die über alle Tische verschwenderisch gestreuten Blumen, blitzten die runden blanken Serviertische, strahlten die blauen Livreen der 80 Kellner. In vier gleichen Abständen waren zwischen den weit geöffneten Balkontüren die Riesen-Büfetts aufgestellt, von denen, amphitheatralisch aufgebaut, alle Delikatessen der Erde lockten.

In grossen Fässern grauer und in grossen Dosen weisser Kaviar, indische, mit Artischocken gefüllte Vogelnester, Spargel aus Argenteuil, glasierte Rehbrücken und gebratene Wachteln, Schnee- und Rebhühner, in Champagner gekochter Chorker Schinken, Trüffel, Trauben aus Malage, auf Watte gebettete Pfirsiche und Schnepfen-Püree, Hummern von Helgoland und Austern aus Ostende. Sterlet und kalte Forellen, Pariser Patisserie und englischer Plumpudding, Salate und Majonaisen, geeignet, dem Konsumenten zu einem lebenslänglichen Magenkatarrh zu verhelfen.

Fortsetzung folgt.

# Aus aller Welt

## Die Frau im Männerkostüm.

Eine seltsame Entweibungsoperation in Paris.

SPD. Die Französin Violette Moriss hat sich ihre Brüste von einem Pariser Chirurgen operativ wegnehmen lassen und zwar, wie sie begründet, um dem Autorensport bequemer huldigen zu können. Im Club du Faubourg, dem Pariser Forum, vor dem in aller Öffentlichkeit jede Woche einmal die aktuellsten Pariser Probleme diskutiert werden, sollte sich Madame Moriss, "die Frau ohne Busen" wie sie die Presse nennt, als Sachverständige auf dem Gebiet der Sportchirurgie äussern. Das Diskussionsthema des Abends hiess "Die Frau un der Sport".

Joe Bridge redete zuerst. Er sprach so lange, bis das Auditorium zu pfeifen und zu protestieren begann. "Violette Moriss! Violette Moriss!" Alles wollte die weibliche Sportskanone, die entmannte Frau, die nur in Männerkleidern geht, sehen und hören.

Violette erscheint in blauer Jacke, mit breiten Schultern, mit sonnengebräuntem, scharf gekantetem, männlichen Gesicht, das Haar im Herrenschnitt. Wenn man ihr irgendwo begegnet wäre, man hätte sie für einen gleichgültigen jungen Mann gehalten.

Violette spricht. -- Das Publikum fragt. -- "Was denkt Mademoiselle Moriss über die Fortpflanzung der Menschen? Glaubt sie, dass sie noch eine Frau ist?" Plötzlich Wortmeldung einer Frau, die mit rauher Stimme Violette Moriss in Erregung zuruft: "Ich bin kein Sittenapostel, keine Funktionärin der Kirche, aber ich möchte Ihnen doch etwas sagen. Es gibt Frauen, die als Folge des Stillens ihrer Kinder Brustkrebs bekommen. Das hätte ich Ihnen gewünscht, Mademoiselle! Dann hätten sie wenigstens eine Entschuldigung für das gehabt, was Sie getan haben! Und dann, wozu den Männern nachäffen? Ich frage: Wird Frau Moriss nicht eines Tages entdecken, dass ihr etwas fehlt?"

Alles ist verduzt. Minutenlang hört man den Atem der Masse, die auf Antwort wartet. Joe Bridge bricht das Schweigen: "Es wird ihr immer etwas fehlen? -- Was wissen Sie davon? --" Ein Mann interveniert: "Für mich ist Violette Moriss jetzt, nachdem sie ihren Busen hat wegnehmen lassen, keine Frau mehr. Sie hat auf die Schönheit der Frau verzichtet. Sie hat Dreiviertel ihres Parfums verloren."

Doktor Cazalis steigt auf die Tribüne. Er ist der Chirurg, der die Operation vorgenommen hat. Er rechtfertigt sein Vorgehen. "Violette Moriss hat sich bereits früher bei mir einer Operation unterziehen lassen müssen, die sie für die Mutterschaft ungeeignet machte. Ihre Brust hatte nur noch einen ästhetischen Wert. Vom chirurgischen Standpunkt konnte der Busen also weggenommen werden, wie jeder andere Auswuchs am Körper."

Das Publikum war aber nicht zufrieden. Und die Diskussion darüber, ob Violette recht oder unrecht hat, ist in Paris in vollem Gange.

+ + +  
Ein Rohling. Ein 27jähriger Arbeiter in Köln, der von seiner Frau getrennt lebt, hat seine Haushälterin nach einer Auseinandersetzung aus dem Fenster des dritten Stockes auf den Hof geworfen. Die Frau blieb mit schweren Verletzungen liegen und musste ins Krankenhaus gebracht werden. Der Mann stellte sich der Polizei.

+ + +

In der Jauche ertrunken. In Alt Kosenow (Mecklenburg) fiel das fünfjährige Töchterchen des Arbeiters Eggebrecht in einem unbewachten Augenblick in eine mit dünnem Eise bedeckte Jauchegrube. Die schwer krank daniederliegende Frau des Eggebrecht ist durch den Tod ihres Kindes derart erschüttert worden, dass an ihrem Wiederaufkommen gezweifelt werden muss.

+ + +  
Feuersbrunst im Hessendorf. In Sand bei Kassel brach am Mittwoch morgen auf dem Gehöft der Witwe Gries ein Feuer aus, das bald auf einen Teil des Dorfes übergriff und ihn in Asche legte. Bei der Bekämpfung des Feuers halfen von auswärts herbeigeholte Motorspritzen.

+ + +  
120 Halsentzündungen. 120 Mann der Marineabteilung in Pillau sind an epidemischer Halsentzündung, die von Fieber begleitet wird, erkrankt. Ausserden Aerzten beschäftigt sich das bakteriologische Institut in Königsberg mit der merkwürdigen Angelegenheit.

+ + +  
Schlechte Zeiten für Einbrecher. Einbrecher brachen in das Kölner Schauspielhaus ein, um die Kasse zu rauben. Sie hatten wahrscheinlich nicht damit gerechnet, dass die Theaterkassen zur Zeit meist leer sind: sie mussten unverrichteter Dinge abziehen. Aehnliches Pech hatten zwei andere Einbrecher, die in einem Kölner Vorort in einem Delikatessengeschäft 26 Flaschen Likör erbeutet hatten. Als sie die erste Flasche versuchten, stellte sich heraus, dass sie Flaschen mit gefärbtem Wasser erwischt hatten.

+ + +  
Glückslos 20 873. Am Mittwoch gegen 11 Uhr wurde der 300 000 Mark-Gewinn der 5. Klasse der 34. Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie auf das Los Nummer 20 873 gezogen. Während bei den bisherigen Ziehungen dieser Lotterie besonders Berliner Spieler vom Glück begünstigt waren, ist das Los diesmal Glücksbringer der Provinz: in der ersten Abteilung wird es in Breslau, in der zweiten in München gespielt und zwar in beiden Fällen in ganzen Losen, sodass jeder Besitzer 240 000 Mark ausgezahlt erhält. Die Gewinner sind Kaufleute, die schon seit längerer Zeit spielen.

+ + +  
Der Gendarm als Mörder. Im französischen Departement Aube liegt die kleine Stadt Coussegrey, in der ein Gendarm namens René Deher schon seit über 20 Jahren tätig und beliebt ist - jetzt aber steht er unter Mordanklage. Deher wurde schuldig befunden und zu 15 Jahren Zwangsarbeit in Guayana verurteilt.

Deher kam gewissenhaft seiner Pflicht nach, nie wurden Klagen über ihn bekannt. Nur für das schönere Geschlecht hatte der heute über Fünfzigjährige immer eine Schwäche. Eines Tages stellte seine Frau, eine tüchtige und fleissige Bauerntochter, den Mann zur Rede und versetzte ihm ein paar kräftige Maulschellen. Der Gendarm, der sonst die Verletzung seiner Autorität auf das strengste zu ahnden pflegte, steckte die Zurechtweisung ohne weiteres ein - aber vom gleichen Tage an vollzog sich eine Aenderung mit ihm. Er wurde mürrisch und finster, erwies sich in der Ausübung seines Dienstes immer rücksichtsloser, verschloss sich völlig vor der Welt und sprach selbst mit seiner Frau jahrelang kaum noch ein Wort. Endlich beschloss er Rache: wegen eines geringfügigen Anlasses erschoss er eines Abends seine Frau und stellte sich am anderen Tage der Polizei.

Nun hatte sich dieser Mann, äusserlich um Jahre gealtert, innerlich völlig gebrochen, vor dem Obersten Pariser Militärgericht wegen Mordes zu verantworten (Schutzleute und Gendarmen unterstehen in Frankreich nicht den bürgerlichen Gerichten). Zwei hervorragende Verteidiger, die sich dem Angeklagten kostenlos zur Verfügung stellten, suchten den Nachweis seiner geistigen Unzurechnungsfähigkeit zu erbringen. Das Gericht schloss sich diesen Ausführungen zum Teil an, verwarf den Antrag des Staatsanwaltes auf Todesstrafe und verurteilte den früheren Gendarmen unter Zubilligung mildernder Umstände. Der Angeklagte, der der Verhandlung völlig teilnahmslos beiwohnte, brach bei der Urteilsverkündung zusammen,

er musste aus dem Saal getragen werden. Die Verteidiger haben ein Gnadengesuch an den Präsidenten der französischen Republik eingereicht.

+ + +  
Mit Stühlen gegen seinen Richter. Ein junger Mann, der sich für dem Beuthener Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten hatte und gegen den der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis beantragte, schleuderte plötzlich mehrere Stühle gegen den Gerichtshof, der seinerseits mit dem Werfen abgebrochener Stuhlbeine erwiderte. Durch Abführung des Angeklagten fand der öffentliche Teil dieser Stuhlschlacht sein Ende, während der aufgeregte junge Mann auch noch das Mobiliar seiner Zelle zertrümmerte und ganze Mauerstücke herausbrach.

+ + +  
Ein Riesenstadion an der Ostsee. Das Seebad Travemünde bei Lübeck wird ein Autodrom und Stadion von derart riesigen Ausmassen erhalten, dass mit seiner Fertigstellung sämtliche bestehenden deutschen Sportanlagen übertroffen werden. Eine ovale Betonrennbahn von 2000 Meter Länge mit 20 bis 30 Meter Bahnbreite, auf der bis zu 200 Kilometer und mehr gefahren werden können, soll das Stadion einfassen. An den Tribünen ist Platz für 100 000 Zuschauer vorgesehen. Im 600 Meter breiten Innenraum sollen Bahnen für Galopp-, Flach- und Hindernisrennen, Polo, Dyrt-Track, Schrittmacher- und Radrennen, für Fussball- und leichtathletische Kämpfe gebaut werden. Für 12 000 Autos und ebenso viel Motorräder ist Parkungsmöglichkeit vorgesehen. Nach den vorliegenden Berechnungen soll die Rentabilität bereits bei 300 000 Besuchern pro Jahr gesichert sein. Zu den Sachverständigen, die sich mit positiven Gutachten äusserten, gehört in erster Linie der ADAC.

+ + +  
Ein 45-jähriges Zellenjubiläum. Der französische katholische Priester, Pater Jean haust seit nunmehr 45 Jahren auf Grund eines freiwilligen Schwures in einer kleinen Zelle des Kellergeschosses der katholischen St. Antoniuskirche in Konstantinopel. Niemals erblickte der seltsame Einsiedler die Flugzeuge und Automobile, deren Lärm wie jedes andere Strassengeräusch stets und ständig in seine Einsamkeit dringt. Kleidung, Nahrung und Bücher werden täglich durch die Zellentür geschoben.

+ + +  
Der Türkenglaube und das Hutgesetz. Auf Grund des türkischen Hutgesetzes wagen die Leute in Stambul nicht, mit einem Fes auszugehen, weil ihnen das langjährige Zuchthausstrafen eintragen würde. Aber Tausende tragen doch entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen des Hutgesetzes Hüte ohne Krempe oder Mützen, die sie verkehrt aufgesetzt haben. Der Mohammedaner muss nämlich nach der religiösen Ueberlieferung beim Gebet, das fünf Mal am Tage zu sprechen ist, etliche Male den Erdboden mit der Stirn berühren und dabei die Kopfbedeckung aufbehalten, was bei einem Hut mit Krempe unmöglich ist. Die Polizei macht nun in den nicht türkischen Vierteln systematisch Jagd auf Leute, die gegen das Hutgesetz verstossen, und nimmt deshalb täglich Dutzende von Verhaftungen vor; in den rein türkischen Vierteln dagegen hält sie sich vorsichtig zurück. So lässt der Fastenmonat Ramasan die Scheidung zwischen den schon europäisierten und den rein türkischen Vierteln Stambuls sehr deutlich hervortreten. In Pera und Galat fastet ausser den Geistlichen kaum jemand, in den östlichen Vierteln Stambuls sieht man schon in den Höfen aller Moscheen Dutzende hungriger Fastender den ganzen Nachmittag sehnsüchtig auf den Untergang der Sonne und das Ende des Fastens anzeigenden Kanonenschuss warten; in den rein türkischen Vierteln Fatih und Karagömrük aber wird das Fasten noch von allen gehalten; die Bevölkerung schläft bis in den Mittag, hungert dann am Nachmittag und stürzt sich sofort nach Sonnenuntergang nach alter Sitte hingrig und durstig in alle Kaffeehäuser, Bäckereien und Restaurants, um nun die ganze Nacht zu essen und lustig zu sein, bis am anderen Morgen bei Sonnenaufgang wieder das Fasten beginnt.



# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 19. Februar (Eig. Ber.)

Auf der Tagesordnung stand als einziger Gegenstand die mit allgemeiner Spannung erwartete Besprechung der von den Deutschnationalen und Wirtschaftspartei eingebrachten Misstrauensanträge gegen den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun.

Der deutschnationale Misstrauensantrag wird damit begründet, dass der Vertreter des Staatsministeriums im Reichsrat unter Missachtung eines gegenteiligen Beschlusses des Landtages dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen zugestimmt habe. Der Misstrauensantrag der Wirtschaftspartei, der auch von Abgeordneten der Deutschen Fraktion unterstützt wird, bezieht sich auf die Umbesetzung des preussischen Kultusministeriums, in der eine Gefährdung der christlichen Belange erblickt wird.

Abg. Badendorff (Wirtschpt.) nannte in Begründung des Misstrauensantrages seiner Fraktion die Ernennung des Sozialdemokraten Grimme zum Kultusminister einen Angriff gegen das christliche deutsche Volk. Wenn der neue Kultusminister sich auch als "religiöser Sozialist" bezeichne, so bleibe doch die alte antireligiöse Einstellung der Sozialdemokratie bestehen. Da die katholischen Interessen durch den katholischen Staatssekretär im Kultusministerium gewahrt seien, so bedeute die Ernennung Grimmes geradezu eine Illoyalität gegenüber dem evangelischen Volksteil. (Unruhe links). Man könne es nicht verstehen, dass das christliche Zentrum seine Hand hierzu geboten habe.

Abg. Dr. Von Winterfeld (Dnat.) erklärte, auch seine Fraktion missbillige die Ernennung eines sozialdemokratischen Kultusministers. Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen nannte der Redner eine Ungeheuerlichkeit. Das verarmte Deutschland solle darin hohe Summen preisgeben gegen leere Versprechungen. Dem Versprechen Polens, deutschen Grundbesitz nicht weiter zu liquidieren, ständen seine Freunde misstrauisch gegenüber. Der Vertrag werde im Auslande als Anerkennung des Korridors gewertet. (Widerspruch links). Polen werde sich durch dieses Abkommen nicht an seinen imperialistischen Zielen hindern lassen.

## Ministerpräsident Dr. Braun

wandte sich zunächst gegen die Behauptung, dass er sich bei der Umbesetzung im Kultusministerium als Werkzeug der Koalitionsparteien habe benutzen lassen. Er habe als Ministerpräsident das Recht, die Staatsminister zu ernennen. Dass er dabei den parlamentarischen Machtverhältnissen Rechnung tragen müsse, sei selbstverständlich. Minister Becker, der sich bei der Niederlegung seines Amtes den politischen Notwendigkeiten fügte (Gelächter rechts), habe ihm selbst Grimme als Nachfolger vorgeschlagen, da er nach Beckers Ansicht der Einzige war, den er als geeignet betrachtete, seinen Posten zu ersetzen und seine Politik fortzuführen. Zu einer Erregung der christlichen Bevölkerung liege auch nicht der geringste Anlass vor. (Lebh. Zurufe rechts). Die Rechte der Konfessionen seien in der Verfassung, in Verträgen und Verordnungen gewährleistet. Nach ihnen habe sich Minister Grimme zu richten. Der augenblickliche preussische Kultusminister sei ein Beweis dafür, dass man ein guter Sozialist und ein guter Christ zugleich sein könne. (Anhaltende Rufe bei den Dnat.: "Exponent der S.P.D.!") Die Zeiten, in denen nur ein Konservativer eine Staatsstellung erhalten konnte, seien eben endgültig vorbei. (Unruhe rechts). Der vom Kultusminister Grimme gebrauchte Ausdruck von dem Exponenten einer Machtgruppe sei, richtig verstanden, durchaus am Platze. Nach der republikanischen Verfassung gehe alle Staatsgewalt vom Volke aus. Der Wille des Volkes komme in den politischen Machtgruppen zum Ausdruck. Natürlich könnten die Exponenten dieser Machtgruppen, die als Staatsminister selbstverständlich im Sinne der Verfassung ihr Amt zu führen hätten, ihre

politische Ueberzeugung mit der Ernennung zum Minister nicht auf einmal ablegen sondern sie würden im Rahmen der Gesamtpolitik, die durch die Zusammensetzung des Parlaments vorgeschrieben sei, unter Beachtung seiner Auffassung die Geschäfte zu führen haben.

Gegenüber dem Abgeordneten der Wirtschaftspartei erklärte der Ministerpräsident, dass es auch eine Zeit gegeben habe, in der er auch die Vertreter der Wirtschaftspartei zu sich gebeten habe. Diese hätten ihm damals in aller Offenheit erklärt, sie könnten in keine Regierung eintreten, denn damit würden sie sich der wirksamsten Agitationswaffen berauben. (Hört, hört!) Und gerade diese Wirtschaftspartei glaube jetzt, gegen die Ernennung eines Sozialdemokraten zum Kultusminister Stellung nehmen zu müssen. Davon, dass es unter dem neuen Kultusminister zu einem Stillstand der Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen komme, könne keine Rede sein. Wenn darüber geklagt werde, dass die Verhandlungen noch zu keinem Abschluss gekommen seien, so erinnere er daran, dass die Verhandlungen mit der katholischen Kirche vier Jahre gedauert hätten. Die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen würden zweifellos nicht so lange dauern; sie würden mit Ernst und Nachdruck fortgesetzt.

Zu dem von den Deutschnationalen eingebrachten Misstrauensantrag wolle er sich im jetzigen Stadium der aussenpolitischen Verhandlungen nicht äussern. Bei der Stellungnahme zu aussenpolitischen Dingen habe er sich stets von der Reichsverfassung leiten lassen, die vorschreibt, dass die Pflege der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ausschliesslich Sache des Reiches sei. Preussen sei bei den Verhandlungen über das Liquidationsabkommen mit Polen nicht beteiligt gewesen. (Rufe b.d. Deutschnationalen: "Schlimm genug!") Es könne daher im einzelnen auch die leitenden Gesichtspunkte für dieses Abkommen nicht. Es sei aber anzunehmen, dass die Reichsregierung sich von dem Bestreben leiten liess, zu einer allgemeinen Befriedung zu kommen, die die unerlässliche Voraussetzung für ein fruchtbares wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit unseren Nachbarn sei. Die jetzigen deutschen Ostgrenzen halte auch er für unnatürlich, unwirtschaftlich und ungerecht. Man müsse aber doch mit den gegebenen politischen Machtverhältnissen rechnen. (Rufe b.d. Deutschnationalen: "Das muss sich ändern!") Die ewige Zwietracht gereiche auf die Dauer nur beiden Ländern zum Schaden. Die Preussische Staatsregierung habe erhebliche Bedenken gegen den Inhalt des politischen Liquidationsabkommens gehabt und sei geneigt gewesen, sich gegenüber diesem Abkommen völlig ablehnend zu verhalten. Eingehende gemeinsame Beratungen mit dem Reichskabinet hätten die Staatsregierung aber davon überzeugt, dass es im Interesse des Reiches und vor allem auch der Deutschen jenseits der Grenzen besser wäre, wenn man diesem Abkommen zustimme. (Widerspruch b.d. Deutschnat.) Die Reichsregierung habe eine Regelung für die Abgeltung des Preussen entgangenen Staatsvermögens in Aussicht gestellt. Nach diesen Zusicherungen glaubten wir dem Vertrage zustimmen zu sollen, auch entgegen dem Landtagsbeschluss, da der Landtag bei Annahme dieses Beschlusses diese Tatsachen nicht kannte. Das gesamte preussische Kabinet sei bereit, mit seiner Verantwortung für seine Haltung einzustehen. (Beif. b.d. Reg.-Part.)

Abg. Stauer (Dn.) bezeichnete die Ausführungen des Ministerpräsidenten als recht schwach. Bei der Beurteilung des neuen Kultusministers dürfe man doch nicht verkennen, dass die Sozialdemokraten grundsätzlich antireligiös seien. Jedenfalls sei es überaus bedenklich, für die christliche Kirche, dass ein Sozialdemokrat Kultusminister sei. Das Zentrum trage hierfür die volle politische Verantwortung. Was die Haltung der Staatsregierung zu dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen angehe, so erinnere er den Ministerpräsidenten daran, dass er früher das Schacht'sche Angebot als das äusserste bezeichnet habe, was Deutschland tragen könne. Unerhört sei, dass die Reichsregierung nicht von vornherein das preussische Staatsministerium zu den Verhandlungen über das Polenabkommen hinzugezogen habe.

Abg. Dr. Hess (Ztr.) wies den Versuch des deutschnationalen Vorredners zurück, dem Zentrum die politische Verantwortung für die Ernennung des sozialdemokratischen Kultusministers zuzuschreiben. Man müsse doch bedenken, dass das Zentrum nicht allein die Politik des Staatsministeriums mache. Tollen und Vollbringen seien im politischen Leben zweierlei Dinge. Es sei nur darauf hinzuweisen, dass auch deutschnational beeinflusste Reichsregierungen das Reichsschuldgesetz nicht zustandegebracht hätten. Dem sozialdemokratischen Kultusminister stehe das Zentrum mit derselben Wachsamkeit gegenüber wie jedem Minister einer anderen Partei. Im übrigen lasse es sich von den Deutschnationalen auch auf dem Gebiete der Kulturpolitik keine Vorschriften machen. Seine Freunde würden gegen den Antrag der Wirtschaftspartei stimmen unter der Voraussetzung, dass sich auch der neue Kultusminister praktische politische Weisheit zu eigen machen wird. (Beifall im Tr. - Wiederholte stürmische Zurufe bei den Dnat.: "Ist das alles, Herr Hess?")

Abg. Kerff (Komm.) stimmte dem Misstrauensantrag der Wirtschaftspartei zu, ohne sich dessen Begründung zu eigen zu machen. Die Befürchtung der Wirtschaftspartei, der neue Kultusminister werde die Belange der christlichen Bevölkerung nicht genügend wahren, beruhe auf einer völligen Verkennung der kapitalistischen Grundeinstellung der Sozialdemokratie. Die Kommunisten sprächen dem Ministerium deshalb ihr Misstrauen aus, weil es alles getan habe, um den Kapitalismus wieder zu beleben und zu stärken. Die Kulturpolitik des Ministeriums sei völlig reaktionär.

Abg. Heilmann (Soz.):

Ich habe zu der Debatte ausserordentlich wenig zu sagen. Der preussische Ministerpräsident ist nach Artikel 45 der Verfassung in Sachen der Ministerernennung allein entscheidend, und Ministerpräsident Braun wird auf dieses Recht gewiss nicht verzichten. Die Behauptung des Herrn Ladendorff, die Sozialdemokratie sei eine antireligiöse oder antichristliche Partei, ist eine absolute Unwahrheit. (Sehr wahr, bei den Soz.) Die Sozialdemokratie ist vielmehr programmatisch auf vollständige religiöse Toleranz festgelegt. Sie fragt kein Mitglied nach seiner Weltanschauung und wertet ihre Mitglieder nach der Leistung im Befreiungskampf der Arbeiterschaft, aber nicht nach der religiösen Einstellung. Einzelne Verstösse gegen diese Grundsätze, die vorkommen mögen, ändern nichts daran, dass dies das klare und unverrückbare Prinzip der Sozialdemokratie ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) (Zuruf des Abg. Beuermann: Aber die weltliche Schule!) Die weltliche Schule überlässt die religiöse Erziehung der Kinder den Eltern. Das ist ein Grundsatz, über den wir uns sogar mit sehr frommen Leuten verständigen können. Es wäre ja denkbar, dass der Ministerpräsident einen evangelisch-sozialistischen Geistlichen zum preussischen Kultusminister berufen hätte. Würde dann die Wirtschaftspartei auch noch behaupten, dass ein sozialdemokratischer Kultusminister mit dem Christentum unvereinbar ist. Der Widerspruch gegen die Kandidatur König ist nicht vom Zentrum, sondern von anderer Seite ausgegangen. (Hört, hört! bei der Wirtsch. Part. und rechts). Womit man Sie alles überraschen und erfreuen kann! Ich dachte, das hätten Sie alle ein paar Dutzend Mal in den Zeitungen gelesen. Ich hoffe, dass das Zentrum die Kandidatur König geschluckt hätte (Stürmisches Hört, hört! rechts) genau so wie das Zentrum sich den Kultusminister Grimme gefallen lässt. (Zuruf des Grafen Garnier: König ist katholischer Dissident!) Für den Unterschied zwischen katholischen und evangelischen Dissidenten bin ich wirklich nicht sachverständig. (Lachen und Händeklatschen rechts). Ich hatte Herrn Ladendorff so verstanden, dass er jeden Sozialdemokraten für einen Feind der christlichen Religion erklärt. Und ich habe Herrn Dr. Hess dahin verstanden, dass für das Zentrum Sozialdemokrat Sozialdemokrat ist. Aber ich stelle gern den Parteien anheim, ihrerseits die feineren Unterschiede aufzufinden. Herr Abg. Steuer ist es persönlich gewesen, der vor wenigen Monaten auf dieser Tribüne gesagt hat, man müsse Herrn

Dr. Becker schon aus charakterlichen Gründen beseitigen. (Sehr wahr! bei der Dtschn. Volkspt.) Umsoweniger begreife ich, dass ausgerechnet er sich jetzt Herrn Theodor Wollff in die Arme wirft. (Widerspruch rechts). Was ich im Kriege geschrieben habe, diene der Bewilligung der Kriegskredite und hat für die gegenwärtige total andere Situation gar keine Bedeutung. Aber ich will Ihnen gern zugestehen, dass der völlige Bankerott des alten Beamtenstaats im Weltkrieg mein Urteil über seine Vorzüge sehr kräftig dementiert hat. Die Sozialdemokratische Partei hat seit Jahr und Tag den Kultusminister gefordert. Einmal auf Grund ihrer Stärke Die Deutschnationale Partei, die bei der Bildung der Bürgerblockregierung selbst von der Gewährung von vier Ministersitzen ihre Beteiligung abhängig gemacht hat, handelt nicht ehrlich, wenn sie ein solches Verlangen als etwas Unsauberes oder Unwürdiges hinstellt. Wir haben jedenfalls nicht wie die Deutschnationalen in Herrn Gräf (Thüringen) einen Minister gewählt, der nachher nicht ernannt worden ist. Die Deutschnationalen haben in diesem Hause den Demokraten immer vorgehalten, sie hätten mit 21 Mandaten keinen Anspruch auf drei Minister. Wir wollten gerade den Deutschnationalen dafür danken, dass sie uns die Durchsetzung unseres gerechten Anspruchs erleichtert haben, auf einmal finden wir Herrn Steuer im Lager des "Berliner Tageblatts". (Widerspruch des Abg. Steuer). Unsere Kritik an Herrn Dr. Becker konnten wir nicht öffentlich plakatieren. Wir hatten Rücksicht zu nehmen auf den Minister im Kabinett Braun. Aber es war ein offenes Geheimnis, dass wir mit dem Wachsen des Berechtigungsunfugs und mit vielen anderen Erscheinungen im preussischen Kultusministerium ausserordentlich unzufrieden waren. Wir haben gar keine Ursache, irgend einen unserer Schritte im Kampf um das Kultusministerium zu verleugnen oder zu dauern. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Misstrauensantrag der Deutschnationalen stützt sich auf die angebliche Verletzung eines Landtagsbeschlusses. Formal ist es richtig, dass eine Landtagsmehrheit beim Domänenetat beschlossen hat, die preussische Regierung aufzufordern, gegen das Abkommen mit Polen zu stimmen. Aber verfassungsmässig wird dadurch die Entscheidungsfreiheit der Regierung nicht beschränkt, und jede Partei im Hause hätte es der Regierung überlassen, wenn sie nicht nach sachlichen Erwägungen, sondern nach einem Zufallsbeschluss gehandelt hätte.

Wir lehnen beide Misstrauensanträge selbstverständlich ab. Der kommunistische Redner hat gemeint, sie seien nicht ernsthaft. Wenn die Kommunisten gleichwohl dafür stimmen, so haben Sie recht. Denn ihre ganze Politik ist nicht ernsthaft. (Heiterkeit bei den Soz.) Uns aber mögen die Herren Antragsteller verzeihen, dass wir ihre Misstrauensvoten wirklich nicht ganz ernst nehmen können. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Stendel (DVP): Die Entscheidung über das Misstrauensvotum in der Polenfrage will sich meine Fraktion bis zum Freitag vorbehalten. Ein überzeugter Anhänger des sozialistischen Schulideals kann die von uns vertretenen kirchlichen Interessen nicht objektiv wahren. Deshalb stimmen wir diesem Misstrauensvotum zu.

Abg. Riedel (Dem.) Keine Partei hat das Recht, in die Entscheidungsfreiheit des Ministerpräsidenten bezüglich der Ministerernennung einzugreifen. Als er uns aber gefragt hat, haben wir ihm unsere Bedenken gegen die Kandidatur König vorgetragen. Sie haben sich niemals gegen den ehemaligen Volksschullehrer gerichtet, sondern stammten lediglich aus dem soziologischen Grunde, dass eben Zweidrittel der preussischen Bevölkerung Protestanten sind. Mit dem Dank an den Minister Dr. Becker verbinden wir die Hoffnung, dass der neue Kultusminister sich in seinem Geiste als Minister des Staates führen wird. Die Wirtschaftspartei hat mit der Religion nichts zu tun, es sei denn mit der Bergpredigt, nach der selig sind die geistig Armen (Heiterkeit). Die Kritik des Abkommens mit Polen beruht überwiegend auf Demagogie. Die Deutschen in Polen wünschen dieses Abkommen. (Bravo! bei den Dem.)

Landtag, Blatt 5.

Abg. Kube (Nat. Soz.) Der alte Kultusminister hatte Metternich zum Vorbild der neue ist die akademische Ausgabe des Herrn Grzesinski. Er kann weder die christlichen noch die nationalen Belange genügend wahren. Durch das Abkommen mit Polen wird das schaffende Volk der Ostmark preisgegeben. (Lachen bei den Soz.) - Abg. Lindner (Deutschn. Arbeitsgemeinschaft): Wir weinen Herrn Becker keine Träne nach. Aber wir bleiben dabei, dass die Sozialdemokratie antireligiös ist.

Nach Reden der Abgeordneten Jendrosch (Komm.) und Leonhard (Wirtsch. Pt.) gegen das Abkommen mit Polen und einem Schlusswort des Abg. Becker (Dnt.) zum gleichen Gegenstand schliesst die Debatte. Die Abstimmung findet am Freitag Nachmittag um 2 Uhr statt. - Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Landwirtschaftsetats.

---

Landtags=Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 19. Februar (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag wurden am Mittwoch zwei Misstrauenvoten gegen den Ministerpräsidenten Otto Braun beraten, das eine von der Wirtschaftspartei wegen der Ernennung des sozialdemokratischen Kultusministers Grimme, das andere von den Deutschnationalen wegen der Zustimmung Preussens zum Polenvertrag.

Auf die Begründungsreden des Herrn Ladendorff von der Wirtschaftspartei und des Herrn von Winterfeld von den Deutschnationalen erwiderte Ministerpräsident Braun, dass Grimme ihm von dem jetzt nachträglich so sehr gelobten Dr. Becker selbst als sein Nachfolger vorgeschlagen worden sei. Er vermöge nicht einzusehen, inwiefern durch Grimme's Ernennung Interessen des Christentums verletzt seien. Man könne ein sehr guter Christ und zugleich ein sehr guter Sozialdemokrat sein. Mindestens sei die sozialistische Ethik der christlichen näher verwandt, als etwa die Ethik der Hausbesitzer-Partei des Herrn Ladendorff. Im Übrigen habe er um Zustimmung zur Ernennung Grimme's keine Partei gefragt; denn die Ministerernennung sei in Preussen ausschliessliches Recht des Ministerpräsidenten. Gegen das Polenabkommen habe Preussen starke Bedenken gehabt, aber diese seien in langen gemeinsamen Beratungen mit dem Reichskabinettt ausgeräumt worden. Im Übrigen sei für die Entscheidung der aussenpolitischen Fragen der Reichstag zuständig und gerade damit beschäftigt.

Die Debatte über die Misstrauenvoten war herzlich unerheblich. Bemerkenswert waren vielleicht die Erklärungen der beiden bürgerlichen Koalitionsparteien. Für das Zentrum erinnerte Dr. Hess an die Verfolgungen der Katholischen Kirche in der Zeit, in der in Preussen die Konserverativen allein regierten. Jetzt in der Republik sei das Zentrum zu seiner Freude stark genug, um die Interessen der katholischen Kirche allein wahrzunehmen. Es stehe jedem Kultusminister mit gleicher Wachsamkeit, aber ohne jede Voreingenommenheit und Aengstlichkeit gegenüber. Dem Zentrum sei es gleichgültig, wie der Kultusminister heisse. Jeder Kultusminister in Preussen werde mit den politischen Realitäten rechnen müssen.

Der Demokrat Riedel verteidigte die Haltung der Demokraten im Streit um das Kultusministerium und versicherte nochmals, sie hätten sich nicht deshalb gegen König gewandt, weil er früher Volksschullehrer war. Im Übrigen rückte Riedel von der aufgeregten Rederei einiger Demokratenblätter recht deutlich ab und sprach dem Ministerpräsidenten und dem neuen Kultusminister ein unzweideutiges Vertrauen aus.

Sämtliche übrigen Parteien wetteiferten, Scheingründe zu finden, um ihre Zustimmung zu dem Misstrauensvotum zu rechtfertigen. Die Wirtschaftspartei schützte das Christliche, die Nazis das Nationale und die Kommunisten das Revolutionäre.



näre vor. Und auch die Deutsche Volkspartei glaubt wieder einmal charakterfeste Opposition markieren zu müssen. Ein buntes Gemisch, das sich über den sozialdemokratischen Kultusminister aufregt. Charakteristisch ist, dass die Kommunisten beim letzten Misstrauensvotum gegen den bürgerlichen Minister Dr. Becker sich der Stimme enthalten haben, aber dem Vorschussmisstrauen gegen den Sozialisten Grimme begeistert zustimmen.

Abg. Heilmann (Soz.) legte noch einmal in kurzen Worten dar, dass die Sozialdemokratie vollauf berechtigt war, Kritik an Becker zu üben und den Kultusministerposten für sich zu beanspruchen. Er meinte, dass man die beiden Misstrauensvoten schwerlich ernst nehmen könne. Die Abstimmung am Freitag wird hoffentlich beweisen, dass er damit recht gehabt hat.

Am Donnerstag wird die Beratung des Landwirtschaftsetats fortgesetzt.

---

# Gewerkschaftliche Bündschau ✖

Entschliessungen - Entschlüsse - Taten!

SPD. Der Bundesausschuss des ADGB hat durch seine soeben abgeschlossene Tagung vor der Entscheidung der Reichsregierung über die Gestaltung der Finanzlasten, über das Schicksal des Arbeitslosenschutzes und des Sozialertrags noch einmal warnend seine Stimme erhoben. In zwei Entschliessungen hat er seine Ratschläge zur Lösung der Probleme der Oeffentlichkeit und den massgebenden Stellen vorgelegt. Wird die Stimme der freien Gewerkschaften bei der Reichsregierung genügend Beachtung finden? Wird vor allem ihr Protest gegen die Pläne, die auf eine Verkrüppelung der Sozialversicherung hinauslaufen, bei den bisher massgebenden Stellen respektiert werden? An Entschliessungen und Protesten gegen die Antastung der Versicherungs-Spargroschen der Massen hat es nicht gefehlt. Den Entschliessungen müssen jetzt endlich auch die entsprechenden Entschlüsse bei der Reichsregierung folgen. Taten sind fällig - befreiende Taten, denn kostbare Zeit ist bereits verstrichen und immer höher steigt die Not.

Der Arbeitsmarkt zeigt noch immer keine Ansätze einer Entlastung, obwohl wir bereits in der zweiten Hälfte des Februar stehen. Das Frühjahr rückt näher, und noch immer weiss kein Mensch, was aus dem Baumarkt werden soll. Wir sehen schwarz, wenn dem zur Zeit hinter den Kulissen neu sich geltend machen den Druck der Banken gegen Hereinnahme von Auslandskapital die massgebenden Stellen erliegen. Umgekehrt geht der Weg zur Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Baumarktes: Wir brauchen Auslandsgelder für den Wohnungsbau und wir brauchen diese Gelder bald. Jede neue Verschleppung der Lösung der Auslandskredite ist eine Brutalität gegenüber den hungernden Bauarbeitern. Wochen sind bereits vergangen, seitdem der Baugewerksbund die grauenvollen Ziffern über den Umfang der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, die ohne Unterstützung dastehen, der Oeffentlichkeit bekanntgegeben hat. Selbst die Polizei, die das Elend, mit dem sie tagtäglich in Berührung kommt, nicht mehr ansehen kann, hat sich veranlasst gesehen, an die Oeffentlichkeit mit einem Appell um Hilfe für die Arbeitslosen heranzutreten. Die Not ist gross. Unterdessen wird aber bei der Reichsregierung noch immer beraten, beraten, beraten, weil der Reichsfinanzminister von seinen Gefahrengemeinschaftsplänen nicht lassen will. Nach seinem Rezept sollen die Groschen der Sozialversicherung das Defizit der Arbeitslosenversicherung decken, sollen die Armen den Armen helfen. Was eine Verkümmerung der Sozialversicherung für die breiten Volksmassen bedeuten muss, hat dieser Tage der französische Arbeitsminister Loucheur in der Kammer bei der Debatte über die Inkraftsetzung der französischen Sozialversicherung durch folgende Feststellung klargemacht: "Im Jahre 1880 war Frankreich in Europa das Land mit der kleinsten Sterblichkeitszahl: sie war 20% gering als in Deutschland. Bis zum Jahre 1930 ist die Sterblichkeitsziffer in Frankreich so gestiegen, dass sie nun 25% über der deutschen Zahl steht. Warum? Deutschland hat die Sozialversicherung eingeführt!" Ein Aderlass der Sozialversicherung wäre ein Attentat auf die Volks Gesundheit. Nicht die Spargroschen der Sozialversicherten, sondern nur ein allgemeines Notopfer auf der Basis der Einkommenssteuer darf als Finanzhilfe für die Arbeitslosenversicherung in Frage kommen. Die, die nicht Not leiden, müssen die Notsteuer, das Notopfer aufbringen. Der Reichsfinanzminister dagegen will in erster Linie bei den Notleidenden und armen Teufeln sparen. Unter seinem Druck sind bereits böse Entscheidungen im Kabinett gegen den entschie-

denen Widerstand des sozialdemokratischen Arbeitsministers getroffen worden: Kürzung der Wöchnerinnenhilfe von 29 auf 15 Millionen, Kürzung der für die Gesundheitsförderung durch die Invalidenversicherung vorgesehenen Mittel aus Zollerträgen von 40 auf 20 Millionen usw. alles Unbegreiflichkeiten. Dem Etat des Reichswehrministeriums und der Marine, der die Ausgabensätze vom Vorjahr um rund 30 Millionen überschreitet, rückt man dagegen keineswegs energisch zuleibe. Die hier vorgenommenen Streichungen machen wirklich den Kohl nicht fett. Wir wissen sehr gut, dass Streichungen am Reichswehretat unter Umständen auch eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit herbeiführen können. Trotzdem sind wir der Meinung, dass man bei den Kürzungen nach allen Seiten hin mindestens fair und loyal vorgehen muss. So krasse Einseitigkeiten, wie sie bis jetzt in Erscheinung traten, sind unerträglich. Bei der Stützung des Roggenpreises verfährt man sehr generös, bei der Stützung der Existenz der Aermsten, die vom Sozialetat betreut werden, vermisst man Generösität.

An die Zeit der grossen Massenarbeitslosigkeit werden manche Kreise später einmal noch mit sehr gemischten Gefühlen zurückdenken - später, wenn die Drachensaat, die jetzt gesät wird, aufgeht. Man will die Arbeiterschaft heute unter dem Druck der Not vergewaltigen. Statt auf ihre schwierige Lage, die einen Ausgleich ihrer Einbussen im Wege von Tarifbewegungen erschwert, Rücksicht zu nehmen, beutet man die Notlage der Proleten schamlos aus. Umsomehr sollten im Reichstag alle die Parteien fest zusammenstehen, denen an der Erhaltung der Sozialversicherung und an einer ausreichenden Finanzierung der Sozialaufgaben etwas gelegen ist. Das gilt vor allem für das Zentrum. Sein Bedürfnis, der Sozialdemokratie unter Hinweis auf die Schwierigkeiten des Reichsarbeitsministers am Zeug zu flicken, muss, wenn ihm etwas an dem Schicksal der deutschen Sozialreform liegt, zurücktreten hinter der Notwendigkeit einer Einheitsfront gegenüber dem sozialreaktionären Angriff. Wir brauchen jetzt keine verfrühten Wahlartikel, sondern Taten zur Linderung der Not.

---

SPD. Der Abschluss der Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes brachte in der Debatte über die Finanz- und Arbeitslosenfrage kritische Einwände gegen die Bier- und Tabaksteuer, scharfe Ablehnung der sozialen "Terrassenpolitik", d.h. der unterschiedlichen sozialpolitischen Behandlung der Beamten, Arbeiter und Angestellten, energische Zurückweisung der Pläne zur Kürzung des Sozialetats sowie der Angriffe der Christen auf den Reichsarbeitsminister und die sozialpolitische Haltung der Sozialdemokratie. Gefordert wurde in der Aussprache ein allgemeines Notopfer, das auf der Basis der Einkommensteuer möglichst weiten Kreisen auferlegt werden muss und auch den Arbeitern in der Form, dass die sogenannten Lohnsteuersenkungen aufgehoben werden. Der Einzelne habe diese Senkung kaum als Erleichterung empfunden, dem Reich dagegen habe sie 120 Millionen gekostet.

Spliedt erklärte in seinem Schlusswort: Der Versuch, die Sozialversicherung abzubauen, wirkt umso grotesker, als auf der andern Seite verstärkte Aufwendungen zur Unterstützung anderer Erwerbsgruppen gemacht werden, z.B. die Massnahmen zur Stützung des Roggenpreises, Düngerkredite usw. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muss ausgebaut werden. Der Plan, diese auf Auslandskredite zu verweisen, ist gefährlich. Vermehrte Einnahmen in der Arbeitslosenversicherung lassen sich erzielen durch Erfassen der tatsächlichen Löhne bei der Beitragsberechnung und durch schnelles Beitreiben der von den Betrieben übertrieben lange zurückgehaltenen Beiträge. Die Einbeziehung der Beamten als Beitragszahler würde den Versicherungscharakter vernichten und starken Widerwillen auslösen. Gerechter und zweckmässiger ist das Erheben eines allgemeinen Notopfers bei allen höheren Einkommen. Dieses würde dann auch die entsprechenden Schichten des Beamtentums erfassen.

Dr. Arons wies in seinem Schlusswort darauf hin, dass selbstverständlich eine erhöhte Steuer für die Tabak- wie Brauindustrie eine Belastung bedeuten würden. Indessen gehe es beiden Industrien doch besser als die Aussprache erkennen lasse. Der Verbrauch von Bier pro Kopf sei dauernd gestiegen, ebenso der Verbrauch von Rohtabak. Es wäre also durchaus möglich, diesen Industrien eine neue Belastung zuzumuten. Im Augenblick komme aber nur die Biersteuer in Frage.

SPD. Die Berliner Fachgruppenkonferenz der im Internationalen Bund der Privatangestellten organisierten Techniker, Werkmeister, Kauf- und Büroleute ging am Mittwoch zu Ende. Sie nahm zur Frage der Konkurrenzklausel, gestützt auf ein Referat Dr. Pfirrmanns, eine Reihe von Leitsätzen an, die folgende grundsätzliche Forderung enthalten:

Versuche, die Tätigkeit des Dienstnehmers nach Beendigung des Dienstverhältnisses durch entsprechende Fassung der Bestimmungen über den unlauteren Wettbewerb strafrechtlich einzuschränken, sind ein Ausnahmerecht zu Gunsten des Profitinteresses und auf Kosten des Rechts der Arbeitskraft. Sie sind aufs schärfste zurückzuweisen. Wo sie bereits gesetzgeberischen Niederschlag gefunden haben, sind sie mit allen gebotenen Mitteln wieder rückgängig zu machen. Geheime Konkurrenzklauseln, das sind Verabredungen von Unternehmern, ihre Dienstnehmer gegenseitig nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen einzustellen, sind für strafbar und nichtig zu erklären. Es ist eine internationale Regelung anzustreben, die diesen Bestimmungen Weltgeltung verschafft. Soweit dies noch nicht durchgesetzt werden kann, ist eine gesetzliche Zwangsregelung anzustreben.

SPD. Der neue Rechnungsabschluss der Unfallversicherung beweist wieder einmal, dass die Landarbeiter weit schlechter als die gewerblichen Arbeiter gestellt sind. In den gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1928 an 381 083 Verletzte 122 492 984 Mark, im Durchschnitt 321.- Mark gezahlt. An 121 614 Hinterbliebene wurden 50 595 219 Mark oder 416.- Mark im Durchschnitt gezahlt. Dagegen erhielten in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 361 812 Personen insgesamt 42 097 788 Mark. Auf die einzelne Person entfällt dabei ein Betrag von 116.- Mark. An 42 617 Hinterbliebene wurden 7 735 925 Mark oder 182 Mark im Durchschnitt gezahlt. Danach zahlen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an die Verletzten über 200 Mark und an die Hinterbliebenen 234 Mark weniger als die gewerblichen Berufsgenossenschaften.

Braucht man sich da noch zu wundern, wenn die Landarbeiter lieber heute als morgen den ländlichen Verhältnissen entfliehen?

SPD. Von den Gegnern der verkürzten Arbeitszeit im Bergbau war in der niederländischen Presse behauptet worden, dass der von der niederländischen Delegation in Genf mit verteidigte 7 3/4 Stunden Arbeitstag mit einer erhöhten Ausfuhr niederländischer Kohlen nach Deutschland nicht vereinbart sei. Seitens der Haager Regierung wird demgegenüber erklärt, dass eine verkürzte Arbeitszeit keine Beschränkung der Produktionsmöglichkeit zu bedeuten brauche.

# Wirtschaft Technik Handel

## Reichswirtschaftsministerium und Textilzölle.

(Eine oberflächliche Untersuchung.)

SPD. Während das Reichskabinett die Forderungen der Textilindustriellen nach höheren Zöllen ablehnt, hat sich das Reichswirtschaftsministerium (noch unter Leitung des jetzigen Aussenministers Dr. Curtius) dafür eingesetzt. Das Wirtschaftsministerium ist auch der Auffassung, dass die Zollerhöhungen durch einen Druck auf die Löhne und Sozialfürsorge ergänzt werden müssen. Zu dieser Auffassung kommt das Reichswirtschaftsministerium auf Grund einer Untersuchung, von der seinerzeit sehr viel Wesens gemacht worden ist. Mit dieser Untersuchung beschäftigt sich nun in der letzten Nummer des "Textilarbeiters" der Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Deutschen Textilarbeiterverbandes Hugo Rödel. Wir erfahren eigenartiges über den Gang der Untersuchung, für die man sich eigens einen bereits pensionierten Ministerialdirektor, einen Herrn Bail, engagierte, der nach Angaben der Baumwollspinnerverbände 4 bis 5 Monate mit einem Stab von Buchprüfern herumgereist ist - und prompt feststellte, dass die Forderungen der Baumwollspinner nach höheren Zöllen im allgemeinen berechtigt seien. Der "Textilarbeiter" bemerkt zu dieser Untersuchung folgendes !

"Uns deutet, die Untersuchung war unnötig. Man hätte Herrn Bail in seinem Ruhestand belassen können. Wenn Herr Geheimrat Hagemann, der Leiter der Textilabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, irgendeinen Schreiber beauftragt hätte, aus der Unmasse der Publikationen der Baumwollindustriellen einen entsprechenden Auszug zu machen, so wäre dasselbe herausgekommen. Ein hoher Beamter eines anderen Ministeriums stellt vor kurzem die Frage: "Wie entsteht eine herrschende Meinung?" Und beantwortet sie: "Indem einer vom anderen abschreibt!" Es ist z.B. herrschende Meinung geworden, auch beim Reichswirtschaftsministerium, dass die Absatzpreise "vielfach bis zu 10 % und mehr unter den Selbstkosten liegen." Herrn Bail erscheint die Angabe der Spitzenverbände, dass seit Jahresfrist dies der Fall ist, glaubhaft. Man braucht es ja nur abzuschreiben. Versteht Herr Bail mit seinen Buchprüfern etwas von der Kalkulation in der Weberei, in der Spinnerei? Wurden die Selbstkosten in der Spinnerei ermittelt für Ringspinnmaschinen oder beim Selfaktor? Welche Spindelzahl pro Arbeiter wurde zugrunde gelegt? Wurde in der Weberei das Zwei-, Drei-, Vier- oder Zwanzigstuhlsystem als Grundlage genommen? Das ist notwendig, zu wissen. Hat man nicht dabei entdeckt, dass in der Kalkulation überhaupt kein System vorhanden ist? Man wird wohl auch darauf gestossen sein, dass z.B. immer noch als allgemeine Unkosten etwa 150 oder 250 % der Arbeitslöhne eingesetzt werden, obwohl der Satz rein willkürlich angenommen wird. Es wäre schon notwendig, hierüber etwas zu erzählen, zumal nicht nur der Unkostensatz, sondern auch der Arbeitslohn selbst in den einzelnen Betrieben grundverschieden ist. Als sicher nehmen wir an, dass das Reichswirtschaftsministerium sich die Gelegenheit nicht entgehen liess, gleich mit nachzuprüfen, in welchem Masse sich die Gehälter der Herren Direktoren und Generaldirektoren bei den Unkosten auswirken. Und nun wieder die "herrschende Meinung": Herr Bail behauptet, dass nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts der Stand der tarifmässigen Stundenlöhne um 40 % höher war als 1925 und fast 20 % höher als 1927. Das

soll also heissen, dass umsoviel die wirklichen Löhne gestiegen sind. Merkwürdig, dass Herr Bail mit seinen berufsmässigen Buchprüfern in vier bis fünf Monaten nicht entdeckt hat, dass nicht mehr als etwa 15 % Stundenlöhner vorhande sind und alle übrigen Arbeiter im Akkord arbeiten, dass er nicht festgestellt hat, um wieviel die Akkordlöhne gestiegen sind oder vielmehr nicht gestiegen sind. Er hat natürlich keine Ahnung von den tariflichen Verhältnissen, was man ihm nicht verübeln kann. Aber auch im Reichswirtschaftsministerium muss es sich doch schon herumgesprochen haben, dass es auch in der Baumwollindustrie eine Einrichtung gibt, die man Betriebsräte nennt. Diese wären sicher bereit gewesen, die "Untersuchung" nach dieser Richtung kräftig zu fördern, wenn man sie zugezogen hätte. Ebenso gutgläubig haben die Beamten es als Tatsache hingehommen, dass z.B. im Elsass die Steuern nur etwa 40 %, die Zinsen etwa 33 % und die Löhne nur 55 bis 65 % der deutschen betragen. Herrschende Meinung! "An der Richtigkeit dieser Angaben zu zweifeln, liegt kein Anlass vor", sagt der Bericht. Wir glauben beinahe, dass genug Anlass vorliegt, noch an etwas ganz anderem zu zweifeln."

Wenn die Angaben Rödels zutreffen - und wir haben gar keinen Anlass, daran zu zweifeln -, dann ist die Untersuchung ungemein oberflächlich durchgeführt worden. Nach allem, was wir von Herrn Hagemann wissen, kann es uns aber auch nicht wundern, dass sein Beauftragter Bail die Betriebsräte zu den Untersuchungen nicht hinzugezogen hat.

SPD. Die sogenannten Spitzenverbände der Wirtschaft (die Banken und Bankiers, die Industrie- und Handelskammern, der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Grosshandel, der Handwerks- und Gewerbekammertag, der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband für Privatversicherung, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und schliesslich der Reichsverband des deutschen Handwerks) haben die bevorstehende Verlängerung des Mieterschutzgesetzes zum Anlass genommen, dem Reichstag ihre Auffassung über die Lage in der Wohnungswirtschaft zu unterbreiten.

Es wird die sofortige Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft, die Begrenzung des Mieterschutzes und die Beseitigung der Zwangsmiete vorgeschlagen. Wie die Unternehmer allerdings über die notwendige Lohnerhöhung denken, damit die Proleten die erhöhte Miete zahlen können, darüber wird leider nichts gesagt. Dafür wird jedoch gegen die von den Angestelltengewerkschaften erhobene Forderung, die privaten Versicherungsgesellschaften zu zwingen, Kapital für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, protestiert; dadurch würde - eine feine soziale Auffassung und ein wirklich tiefes patriotisches Empfinden! - das Geld der deutschen Versicherungsnehmer ausländischen Versicherungsgesellschaften zugeführt. Ein weiterer famoser Vorschlag der von den Spitzenverbänden dem Reichstag übergebenen Denkschrift geht dahin, den Wohnungsbau nicht wie bisher durch Gewährung von Kapital, sondern unter Einschaltung des privaten Bankgewerbes durch Zinszuschüsse zu fördern, was allerdings ein Geschenk an die Privatbanken sein würde, das in die Milliarden geht. Auch sind die Spitzenverbände der Meinung, dass man mehr Kleinstwohnungen bauen sollte. Das Proletariat könne immer noch enger aneinanderrücken.

Besonderes Interesse verdient, dass die Verfasser der Denkschrift die Möglichkeit zugeben, "bei einer vernünftigen Regelung der Wohnungswirtschaft" im Ausland bereitstehendes Kapital für den deutschen Wohnungsbau heranzuziehen. "Der Eingriff des Staates in den freien Wohnungsmarkt, der die Bildung einer vernünftigen Rente hindert, sei das stärkste Hemmnis für eine Betätigung ausländischen Kapitals". Wir nehmen die Auffassung über die Notwendigkeit einer Heranziehung von Auslandskapital für den Wohnungsbau, gegen die die Wirtschaft noch vor einiger Zeit stark opponierte, zur Kenntnis und sind der Meinung, dass die Heranziehung ausländischen Kapitals für den Wohnungsbau auch möglich ist,



ohne dass die deutsche Privatwirtschaft noch entsprechend dabei verdient.  
 Im übrigen wollen wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass zahlreiche und grosse Wirtschaftsvereinigungen, besonders Vereinigungen des industriellen und händlerischen Mittelstandes heute darüber klagen, dass sich die Auflockerung und Einschränkung der Wohnungszwangswirtschaft äusserst ungünstig ausgewirkt hat und die Rückgängigmachung der Auflockerungsmassnahmen verlangen.

SPD. Die deutsche Wareneinfuhr wird im reinen Warenverkehr für den Monat Januar 1930 mit 1294,9 Millionen Mark angegeben. Die Ausfuhr macht 1092,3 Millionen aus. Darin stecken jedoch 58,8 Millionen Mark Reparationslieferungen. Zugleich einer Einfuhr von Gold und Silber in Höhe von 24,8 Millionen und einer Ausfuhr von 2,7 Millionen Mark ergibt sich eine Gesamteinfuhr von 1319,6 Millionen Mark und eine Ausfuhr von 1095 Millionen Mark. Für die Hauptposten der Bilanz liegt folgende Entwicklung vor:

	Januar 1930	Dezember 1929	Januar 1929	Monatsdurchschnitt 2
	( in Millionen Mark )			
Einfuhr Reiner Warenverkehr	1295	1013	1319	1120
Ausfuhr ohne Reparationslieferungen	1034	1005	1036	1057
Einfuhrüberschuss	261	8	283	63
Lebensmitteleinfuhr	481	311	404	318
Rohstoffeinfuhr	624	528	688	600
Fertigwarenausfuhr	762	743	761	755

In der Entwicklung fällt die starke Zunahme der Einfuhr auf, die rund 1295 Millionen Mark ausmacht. Wie das Statistische Reichsamts feststellt, ist diese Zahl von den Zollabrechnungen am Ende des Jahres beeinflusst. Diese Zollabrechnungen umfassen die Mengen, die während des vorausgegangenen Halbjahres aus den Zollabrechnungslägern in den Verbrauch durchgeführt worden sind. In Frage kommen Einfuhren in Höhe von 223 Millionen Mark. Mithin verbleibt als Monatseinfuhr für Januar ein Betrag von 1071,9 Millionen Mark. Auch wenn man den zahlungsmässig noch nicht bekannten Zollabrechnungsverkehr für Januar 1930 berücksichtigt, kann man sagen, dass die Handelsbilanz im Januar fast ausgeglichen war. Das ist umsomehr der Fall, als im Januar Voreindeckungen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen stattfanden, um den bevorstehenden Zollerhöhungen zuvor zu kommen.

Die Voreindeckung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen kommt u.a. darin zum Ausdruck, dass sich die Einfuhr von Gerste um fast 73 Millionen Mark steigerte. Auch die Einfuhr von Weizen wird mit 24 Millionen Mark erhöht ausgewiesen.

SPD. Die fast restlos im Besitz des preussischen Staates befindliche Preussische Landespfandbriefanstalt, die neben der staatlichen Förderung des Kleinwohnungsbaus auch Sonderaufgaben der Beamtensiedlung und einer Beamtenbausparkasse durchzuführen hat, konnte auch im vergangenen Jahr trotz der Drückung des Kapitalmarktes dem Wohnungsneubau im erheblichen Umfang Hypothekendarlehen und Zwischenkredite zuführen. Der Hypothekenbestand stieg von 128,9 auf 164,1, der Bestand an ebenfalls nur für den Wohnungsbau bestimmten Kommunaldarlehen erhöhte sich von 19,3 auf 26,5 Millionen. Entsprechend stieg der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen von 132,5 auf 181,2 Millionen. Ende 1929 waren an Zwischenkrediten zur Durchführung der Bauten 41,9 Millionen ausgeliehen gegen nur 34,7 Millionen Ende 1928. Die Bilanzsumme stieg von 212,7 auf 258,5 Millionen. Der ausgewiesene Reingewinn ohne Vortrag beträgt nach Absetzung von nicht unerheblichen stillen und offenen Reserven 2,31 Millionen gegen 2,01 Millionen im vorhergehenden Jahr. Der preussische Staat erhielt als entscheidender

Hauptaktionär die gesetzlich für gemeinnützige Institute festgelegte Dividende von 5 Prozent.

Das bisher ausgezeichnet sich entwickelnde Staatsinstitut ist auch originell und wertvoll in dem Textteil des Geschäftsberichtes. In kleineren Gemeinden besteht nach den Erfahrungen des Institutes ein Bedürfnis nach verstärkter Neubautätigkeit nicht mehr, ebenso scheint in den mittleren Städten der dringendste Bedarf befriedigt zu sein, während in den Grosstädten, besonders in den Industrie-gemeinden kein entscheidender Rückgang der Wohnungsnot zu verzeichnen ist. Eine besondere Erhebung in Sachsen hat gezeigt, dass die Neubautätigkeit bei der jetzigen Höhe der neuen Mieten bald auf einen toten Punkt kommen müsse, denn bei der heutigen Gehalts- und Lohnhöhe bestehe für steigende Mietlasten, die von immer grösseren Volksteilen bezahlt werden müssen, kein Spielraum. An eine Aufhebung der Wohnungsmangel- und Mieterschutzbestimmungen könne noch nicht gedacht werden. Ebenso könne der Wohnungsneubau auf die Zufuhr langfristigen ausländischer Kapitals noch nicht verzichten.

Dass dieses staatliche Finanzinstitut für den Kleinwohnungsbau wirklich den breiten Massen dient, zeigen folgende Ziffern: Bis zum Ende des Jahres 1929 hat die Preussische Landespfandbriefanstalt insgesamt 48 205 Wohnungen beliehen. Davon hatten 25 166 Wohnungen oder 54 Prozent der Gesamtzahl (ausser der Küche) 1 und 2 Zimmer und 41 310 Wohnungen bzw. 86 Prozent der Gesamtzahl 1 bis 3 Zimmer. Ob wohl durch private Hypothekenbanken ebenfalls eine derartig starke Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der breiten Massen möglich gewesen wäre, wie es durch diese staatliche Anstalt geschah, die genau so wie andere öffentliche Banken vom Hass des Privatkapitals verfolgt wird?

---

SPD. Die Mittelständler haben sich abermals gegen die Konsumgenossenschaften auf den Kriegspfad begeben. Dabei wird ihnen von den sogenannten Wirtschaftverbänden Hilfe geleistet. Bekanntlich sind die Konsumgenossenschaften von der Körperschaftssteuer befreit, weil sie ihre Ueberschüsse an die Genossenschaftsmitglieder ausschütten bzw. zum Ausbau der genossenschaftlichen Einrichtung verwendeten. Dabei ist Voraussetzung, dass die Konsumgenossenschaften nur an Mitglieder verkaufen; dem Verkaufspersonal ist auch bei Strafe der Entlassung untersagt, Ware an Nichtmitglieder abzugeben. Nun ist immer wieder versucht worden, das Personal zu täuschen und dazu zu verleiten, Waren auch an Nichtmitglieder abzugeben. Hinterher wurde dann die Warenabgabe an Nichtmitglieder zur Kenntnis der Behörden gebracht und gefordert, dass die Konsumgenossenschaften auch Körperschaftssteuer zahlen.

Mit diesem Denunzianten- und Spitzelwesen hat der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding endgültig aufgeräumt. Er erliess eindeutige Anweisungen an die Finanzämter, dass alle Anzeigen ohne konkretes Beweismaterial völlig unbeachtet bleiben und dass Beschuldigungen mit Nachweis vereinzelter Warenabgabe an Nichtmitglieder nicht weiter verfolgt werden, falls die Genossenschaft den Nachweis erbringt, dass sie alles zur Verhinderung der Warenabgabe an Nichtmitglieder getan hat oder dass der Wareneinkauf von dritten Personen absichtlich veranlasst worden ist. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels verlan-  
nun in einer Eingabe, die auch von den wirtschaftlichen Spitzenverbänden mitunterzeichnet ist, die Aufhebung der jetzigen Handhabung der Finanzbehörden.

Wir können nicht gut verstehen, dass sich die Wirtschaftsorganisationen dafür hergeben, das Denunzianten- und Anreisserwesen in der Wirtschaft durch Unterstützung einer solchen Eingabe zu fördern. Vom Finanzministerium nehmen wir aber mit Sicherheit an, dass es der Eingabe der Einzelhändler keine Beachtung schenkt und die jetzige Handhabung in der Körperschaftssteuerfrage der Konsumgenossenschaften aufrechterhält.

---

## Freundlicher.

(Berliner Getreidebörse vom 19. Februar 1930.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch beeinflusst durch die schlechteren Auslandsmeldungen und die teilweise erhöhten Forderungen für amerikanischen Weizen, erheblich freundlicher. Gleichwohl blieben die Preisgewinne für inländischen Weizen am prompter Ware verhältnismässig bescheiden, da die Kauflust der Mühlen sich infolge des unzufriedenenden Mehlabsatzes in Grenzen hielt. Am Loka- und am Markte der Zeitgeschäfte konnte Weizen etwa 1 - 1½ Mark gewinnen. Dagegen belief sich die Preissteigerung für Roggen am Markte der Zeitgeschäfte auf ca. 3 - 4 Mark. Das recht umfangreiche Angebot an promptem Roggen fand grossenteils zu unveränderten Preisen Aufnahme. Der Mehlmarkt verkehrte in vollkommen lustloser Haltung bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Hafer hatte gut stetige Tendenz.

	<u>18. Februar</u>	<u>19. Februar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	231 - 234	231 - 234
Roggen	159 - 163	159 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industrierogerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	124 - 134	124 - 134
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	27,50 - 34,75	27,50 - 34,75
Roggenmehl	20,75 - 24,25	21,00 - 24,50
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,25 - 7,75	7,25 - 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 245½-246-245½ (Vortag 244½), Mai 256½ plus Geld (255), Juli 264½-265 Geld (263). Roggen März 169 (165½), Mai 176 (172½), Juli 178½-179 (174). Hafer März 140 plus Brief (138), Mai 146½ (144), Juli 151½-151 Brief (149).

SPD. Nach dem Monatsbericht der Reichsbahngesellschaft hat sich die rückläufige Bewegung im Güterverkehr während des Monats Januar fortgesetzt, was jedoch in der Hauptsache durch jahreszeitliche Einflüsse (Geschäftsabschlüsse usw) bedingt sein dürfte. Der Personenverkehr wurde durch die Ausdehnung der Kurzarbeit, die Arbeitslosigkeit und den schlechteren Geschäftsgang im Handel, Gewerbe und Industrie ungünstig beeinflusst. Immerhin macht die Zahl der geleisteten Wagennachsenkilometer 2,267 Milliarden aus gegenüber 2,373 Milliarden im Dezember 1929.

Die Einnahmen für Dezember werden mit 417,6 Millionen Mark angegeben. Die Ausgabenseite steht noch nicht fest. Dazu wird im Bericht bemerkt, dass die nach dem Voranschlag für das Geschäftsjahr 1929 erwartete Gesamteinnahme nach dem gegenwärtigen Stande der Einnahmefeststellungen voraussichtlich nicht voll erreicht werden wird."

SPD. Die Zahl der Konkurse hat sich von 881 im Monat Dezember 1929 auf 1106 im Januar 1930 erhöht.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 19. Februar 1930.

## Vergessener Ruhm.<sup>x</sup>

SPD. Alle Jahre wieder, wenn der Herbst durchs Land zieht und das grosse Sterben in der Natur einsetzt, denke ich daran, wie auch in der Literatur ein Kommen und Gehen ist. Wie einstmals übermächtig gefeierte und für "unsterblich" angesehene Namen schon nach wenigen Jahrzehnten ins Land ewiger Vergessenheit hinabgesunken sind. Dutzende von dicken Büchern haben manche von ihren Trägern geschrieben; geblieben aber ist sehr häufig nichts oder schliesslich irgend ein Zwei- oder Vierzeiler, von dem sein Dichter zu Lebzeiten selbst nicht allzu viel gehalten hat. Der aber andererseits so viel Volksseele in sich barg, dass er durch die verschiedensten Perioden hindurch sich herüberrettete in eine ganz andere Zeit.

Wer weiss beispielsweise heute noch etwas von Friedrich Halm, der eigentlich Freiherr von Münch-Bellinghausen hiess! Seine Dramen, seine Dutzende von Geschichten, von denen einstmals so viel Wesens gemacht wurde, fast alles ist so gut wie vergessen; nur zwei Zeilen kennt die gefühlvolle Jungfrau von heute noch:

Zwei Seelen und ein Gedanke,  
Zwei Herzen und ein Schlag.

Diese zwei Zeilen, die uns immer wieder irgendwo auf der Postkarte begegnen und ins Poesiealbum hineinhuschen, sind alles, was von dem berühmten Dichter des "Fechter von Ravenna" und des "Sohn der Wildnis" blieb, ohne dass man heute überhaupt weiss, von wem diese Verse sind. Der Name des Dichters, der sie schrieb ist verschollen, aber die beiden Zeilen sind geblieben.

Das gleiche Schicksal traf einen Landsmann Halms. Wer kennt nicht seine Allerseelen=Verse:

Stell' auf den Tisch die duftenden Reseden,  
Die letzten roten Aestern trag' herbei,  
Und lass uns wieder von der Liebe reden  
Wie einst im Mai.....

Hunderte von Gedichten hat Hermann von Gilm geschrieben; geblieben sind diese vier beschwingten Zeilen. Vor anderthalb Jahrhunderten lebte in Deutschland ein Dichter, dessen "Urania" das meistgelesene Buch war. Goethe und Schiller kamen da an Auflagenziffer und Beliebtheit auch nicht im entferntesten mit. Christoph Tiedge hiess der Mann. Tiedge? Wer ausserhalb der engsten Zunft hat heute schon einmal diesen Namen gehört? Es sei denn, man denkt an einen bekannten Schauspieler. Name und Werk sind einfach fortgeblasen. Und doch vier Zeilen sind uns allen nicht so fremd. Wie lauten sie doch?

Sei hoch beseligt oder leide:  
Das Herz bedarf ein zweites Herz,  
Geteilte Freud' ist doppelt Freude,  
Geteilter Schmerz ist halber Schmerz.

Genau hundertfünfundzwanzig Jahre sind vergangen, da erschien ein heute längst verschollenes Gedicht "Die Gesänge". Es wurde nicht allzu viel beachtet zumal der der "grosse Spaziergänger nach Syrakus" ja auch noch mancherlei anderes geschrieben hatte. Und dennoch, neben der Kanadierzeile von Europas übertürter Höflichkeit und dem "seitwärts in die Büsche schlagen" ist uns aus Gott-

Fried Seumes Werk lediglich das folgende Vierzeilerlein geblieben:

Wo man singet, lass dich ruhig nieder,  
Ohne Furcht, was man im Lande glaubt;  
Wo man singet, wird man nicht beraubt,  
Bösewichter haben keine Lieder.

Hier und dort dürfte es nicht unbekannt sein, dass ein Berliner Possendichter, David Kalisch, die Seumeschen Verse so parodiert hat: "Wo man raucht, da kannst du ruhig harren, böse Menschen haben nie Zigarren". Mit der Parodie ist es überhaupt so eine Sache. Beispiel Schiller: "Ehret die Frauen, sie weben und flechten, falsche Zöpfe zwischen die echten". - Ein Ding, das heute freilich keine Berechtigung mehr hat. Die Bubikopf-Frau hat dergleichen nicht mehr nötig. =

Vor Jahren las ich einmal in einem Tiroler Batzenhäusl im Gästebuch die erste Notenzeile des schönen Schmachtlieses "Es muss ein Wunderbares sein ums Lieben zweier Seelen". Bis dahin hatte ich den Namen des Musikers nicht gewusst. Er war ein Wiener, hiess Robert Hisch und hatte sich auf Wunsch des Wirts in diesem Buch verewigt. Mit jener Zeile, die noch lange besinnliche Menschen entzücken wird. Eine Zeile! Oder auch zwei. Etwa wie bei dem Wiener Ferdinand Raimund, dessen romantische Stücke zwar noch vereinzelt aufgeführt werden, von dem man jedoch so landläufig in der Hauptsache nur den Zweizeiler kennt:

Das Schicksal setzte den Hobel an  
Und hobelt alles glatt.

Zwei Zeilen auch von einem andern. Von dem grossen Kotzebue, der viele Dutzend Theaterstücke schrieb, der zu Goethes Zeit die deutschen Bühnen beherrschte, und der ein so jähes Ende unter dem Dolch des Schwärmers Sand nahm. Wie heissen die beiden Zeilen? Nun, ganz nüchtern, ganz einfach: "Wir sitzen so fröhlich beisammen und haben einander so lieb." Volksmund, Volksmelodie, Volkswort wird immer ganz einfach sein müssen, soll es sich in ferne Zeiten hinüberretten. Ein schöner Gedanke, glücklich geformt, das ist es, worauf es ankommt.

Zum Schluss noch ein kleines Kuriosum. Es gibt ein altes, übermütiges Studentenlied. Wie vor Jahrzehnten wird es auch heute gesungen.

Grad' aus dem Wirtshaus komm' ich heraus.  
Strasse, wie wunderbar siehst du mir aus!

Heinrich von Mühlner hat es gedichtet. Vor etwa achtzig Jahren. Derselbe Mühlner, der in späterer Zeit preussischer Kultusminister wurde. Und was für einer! Ein Mucker ganz und gar. Junge H..., alte Betschwester, sagten die Studenten. Als Herr Mühlner sich im Abgeordnetenhaus einmal gar zu frömmelnd gebärdete, machte ein Parlamentarier sich einen Scherz und fragte den Minister, wie er eigentlich heute zu seinem grossen Säuerlied stehe, das er vor dreissig Jahren neben einer Reihe anderer Trink- und Liebeslieder gedichtet, und mit denen er die deutsche Literatur bereichert habe. Der Hieb sass. Das Parlament lachte und lachte. Ueberhaupt das ganze Land lachte über diesen späten Mucker, der in seiner Jugend so seltsam lustig geschwärmt hatte, und der nun gar so grimmig gegen seine eigene Vergangenheit wütete. Wie ein Witz mutete diese Entwicklung an. Herr von Mühlner, der muckerische preussische Kultusminister, hatte sich "unsterblich" lächerlich gemacht. Er hielt es für das Beste, den Abschied zu nehmen. Längst ist er vergessen. Sein Lied aber lebt und wird noch lange leben.

Josef Kliche.

---

SPD. Hereingefallen!<sup>X</sup> "Wieviel Beine hat ein Schaf, wenn man den Schwanz als Bein zählt?" so fragte der amerikanische Präsident Lincoln, der solchen Scherzen nie abgeneigt war, einen Bürgermeister. "Fünf", erwiderte der Bürgermeister sofort. "Fehlgeschossen", lachte Lincoln, "Sie können den Schwanz so viel mal als Bein zählen, wie Sie wollen, er wird doch nie zum Bein...."

---

## Die Lappalie.<sup>x</sup>

Von Demjan Bjedny.

SPD. Es war wirklich ein Jammer, wie der Tagelöhner Loka sich quälte. Nacht konnte er nicht schlafen, und tags fand er auch keine Ruhe. Er fiennte und klagte und schimpfte auf sein braves Weib, das aber nichts dafür konnte - alle Heiligen und Loka selbst wussten das sehr gut. Ja - was war denn eigentlich mit Loka? Der arme Loka hatte furchtbares Reissen und Ziehen in seiner Hand. Er empfand sogar schon bohrende, heftige Schmerzen im Arm. Es war ein Elend! Er klägte und jammerte, fluchte und spuckte Gift und Galle. Seine Hand brannte vor Schmerz - brannte - brannte, sodass sein braves Weib zu den Nachbarn eilte und jammerte: "Seine Hand schwillt und schwillt und wird ganz schwarz. Sie brennt wie Feuer, und sein Gesicht ist aschgrau und schmerzverzerrt - oh, Herr, Du mein Gott - was daraus noch werden mag - huhuhu...."

Als nun Lokas Herr, Prov Kusmitsj, von dem Unglück hörte, ging er zu dem gepeinigten Knecht, pflanzte sich breitbeinig vor ihm hin, bohrte seine Hände in die Taschen, grunzte, spuckte verächtlich aus, wiegte sich hin und her - mal auf den Fusspitzen, mal auf den Hacken stehend, und schliesslich breitmäulig und zähnefletschend zu fauchen: "Du Sohn des Teufels! Du tust nichts? Du elender Faulpelz - und das wegen einer solchen Lappalie - he? Der Teufel soll dich holen - pfui, Schande..."

Raunzend und spuckend verliess der Allgewaltige die elende Hütte, während Lokas Weib ihn schnaufend und heulend hinauskomplimentierte und Loka, der arme Loka, sich auf seinem Lager wälzte, Gott und die Welt und sich selbst verfluchte mit der schwarz angelaufenen Hand verzweifelnd in der Luft herumfuchtelnd.... "Herrgott - mein Gott - o - mein hartes Los - eujeu - jeu - jeu".

+ + +

Prov Kusmitsj hatte gut zur Nacht gespeist, unzählige Glas Tee und einige scharfe Schnäpse hinuntergespült und war dann rülpsend und prustend misamt seinem überfüllten Bauch zu Bett gegangen.

Tags darauf packt es ihn. Der allgewaltige Herr kann sich plötzlich nicht erheben. Er zaust sich verzweifelnd den Bart. Alle laufen verstört und händerringend umher. Eine "kluge Frau" wird geholt. Man ruft den Popen. Dieser schlägt das Zeichen des Kreuzes und macht erbauliche Bemerkungen. Sein öliges Haupthaar wallt üppig auf die Schultern herab. Der verlotterte Bart hängt ihm feierlich auf der Brust. Er legt sein fettglänzendes Gesicht in fromme Falten, während sich die Hausgenossen ums "Totenbett" scharen.

Der arme Prov Kusmitsj jammert und stöhnt. Er krümmt sich wie ein Wurm. Er flucht und greint: "O - ist das der Tod? Ich habe keine Kraft mehr - bald ist's wohl aus mit mir - Herrgott - mein Gott - eujeu - jeu - jeu...."

"Heilige Maria, reine Jungfrau, bewirke durch deine göttliche Kraft und durch die aller Heiligen, dass...." plärrt der Pope in selbungsvollem Kirchenton.

Lokas Frau, die unter den "Trauernden" im "Sterbezimmer" steht, fragt flüsternd ein anderes Weib, was denn Prov Kusmitsj eigentlich fehle.

"Etwas sehr Seltsames - etwas sehr Unanständiges --- eine Eiterbeule am am-Hinterteil," zischelt diese, indem sie schelmisch und verlegen mit den Augen zwinkert.

"Hihihi - ein Geschwür am...." wiehert Lokas Weib unwillkürlich los, "so eine Lappalie!" Und sie hält sich vor Lachen den Bauch. "So eine, hi - hi, ein ein Geschwür am - - so eine Lappalie", lacht Lokas Weib und verlässt das "Sterbezimmer", denn sie ist eins jener guten und seltenen Geschöpfe, die immer nur sagen, was sie denken.....

(Nach dem Russischen von Ml. Henniger.)



## Berliner Uraufführungen.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Immer wieder in diesem Winter, wenn auf einige ereignislose Wochen des Berliner Theaterlebens ein paar Uraufführungen folgen, drängt sich die Wahrnehmung auf, dass der Wert der aufgeführten Stücke im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Zahl steht. Dabei wäre es lächerlich, abstreiten zu wollen, dass gar manche guten, wenn auch natürlich unvergleichlich mehr schlechte Stücke geschrieben werden. Schlechterdings unerfindlich bleibt es jedoch, nach welchen Gesichtspunkten die Theaterleiter und Dramaturgen die Auswahl der aufzuführenden Stücke treffen. Die Tatsache beispielsweise, dass Reinhard Goering vor elf, zwölf Jahren mit seinem ungeheuer packenden Drama "Seeschlacht" einen starken Erfolg erzielt hat und erst heute wieder mit einem neuen Bühnenwerk an die Öffentlichkeit tritt, hätte doch eigentlich für sich allein noch nicht genügen dürfen, um diesem neuen Werke zur Uraufführung am "Staatlichen Schauspielhaus" unter Jessners Regier zu verhelfen. Das Stück ist so genau nüchtern, so sachlich-trocken, so undichterisch wie sein Titel "Die Südpolexpedition des Kapitäns Scott". Die dem Werke zugrunde liegenden Tatsachen - der tragische Untergang des englischen Polarforschers Scott und seiner Begleiter im Jahre 1911 - sind vor einigen Jahren weiten Kreisen durch den aufwühlenden Film "Das weiße Schweigen" bekannt geworden. Es wäre sicherlich eine verdienstvolle literarische Tat, wenn auch gerade keine dichterische Leistung gewesen, diese erschütternden Vorgänge in Form einer dramatischen Reportage zu veranschaulichen. Aber Goering gibt lediglich ein reines, ganz einfach ein paar nackte Tatsachenobjektiv wiedergebendes Referat, das von einem unterhalb der Bühne aufgestellten Sprechchor heruntergesagt wird. Als Illustration dazu erscheinen Scott und seine Begleiter auf der Bühne und geben der Qual ihres schreckenvollen Endes in einer - von einigen gehobenen Verszeilen abgesehen - ungemein platten Sprache Ausdruck. Mit Ausnahme der eingelegten Schilderung der Ankunft des erfolgreichen Amundsen in dem tasmanischen Hafen Hobart ist hier also nicht die leiseste Spur einer dramatischen Handlung zu entdecken, gar nicht zu reden von dem Fehlen jeglicher Charakterisierung und jedes menschlichen Konflikts. So ist auch ein Miterleben des Zuschauers nicht möglich.

Ein künstlerischer Fehlschlag war auch die deutsche Uraufführung des von dem Engländer Graham Rawson nach einem wahrscheinlich sehr fesselnden Roman von Leo Peruz bearbeiteten romantischen Schauspiel "Der Marques de Bolibar" im "Deutschen Volkstheater" (im "Neuen Theater am Zoo"). Dem Werke liegt der wahre Vorgang zugrunde, dass ein zur Armee Napoleons gehörendes deutsches Rheinbund-Regiment im Jahre 1812 in Spanien mit Wissen seiner Offiziere oder, wie es Peruz schildert, auf ausdrückliche Veranlassung seines Obersten von einheimischen Freischärlern völlig aufgerieben worden ist. Das geheimnisvolle, über den Tod hinaus erfolgreiche Wirken des standrechtlich erschossenen spanischen Marques de Bolibar spielt dabei eine ausschlaggebende Rolle. Begründet wird die Vernichtung des Regiments als Racheakt des Obersten gegen seine Offiziere, nachdem er ihren Liebesverkehr mit seiner verstorbenen, über alles geliebten Gattin erfahren hat. Das Schauspiel gibt jedoch nur in einer Reihe von Episoden die Exposition, die Vorbereitung zu einem Drama, an die sich dann im siebenten und letzten Bilde mißjähriger Gewalttätigkeit der katastrophale Ausgang schliesst. Paul Wegener, dem solche lebensgierigen Kraftnaturen wie dieser Oberst im allgemeinen gut liegen, suchte einen historischen Menschentypus so lebendig wie möglich zu machen, hatte jedoch keine ausreichende Gelegenheit zur Entfaltung seiner vollblütigen darstellerischen Fähigkeiten.

Als im Grunde reine Zustandschilderung und dramatisch erwies sich das im "Berliner Theater" zur deutschen Uraufführung gelangte Drama "Die Strasse" des Amerikaners Elmer Rice. Mit den heute bei uns schon längst überwundenen darstellerischen Mitteln aus der Blütezeit des Naturalismus schildert der Verfasser da einförmige und doch auch wieder überaus mannigfaltige Alltagsleben der zahlrei-

chen proletarischen Bewohner einer Mietskaserne mit allen ihren Sehnsüchten um Intrigen, ihrer Klatschsucht und ihrem Idealismus, ihrer Lebensnot und ihrem Narrentum. Freilich geht auch etwas vor in dem Stück: der Doppelmord eines betrogenen Ehegatten und seine endliche Verhaftung. Aber das ist ausgemachte Kolportage, wie sie in gewissen Sensationsfilmen üblich ist. Auf einer Bühne mit so bedeutenden szenischen Möglichkeiten, wie sie das "Berliner Theater" bietet, gewinnt ein so hervorragender Regisseur wie Heinz Hilpert immerhin aus diesem Stücke die Möglichkeit zur Erzeugung ausserordentlicher theatralischer Wirkungen, zumal wenn ihm eine glänzende Schar ausgezeichnete Darsteller zur Verfügung steht, unter deren Leistungen sich die von Albert Bassermann und Grete Mosheim in den wichtigsten Rollen am stärksten einprägen.

Aber ein aussergewöhnliches künstlerisches Ereignis durften wir doch noch in den letzten Wochen erleben: die reichsdeutsche Uraufführung der von Franz Werfel textlich neu bearbeiteten Oper "Simone Boccanegra" von Verdi in der "Städtischen Oper". Auch wer angesichts der gegenwärtigen Mode von Verdi-Ausgrabungen die Aufführung dieses zwischen "La Traviata" und dem "Maskenball" entstandenen, jahrzehntelang unbegreiflicherweise verschollen gewesenen Werkes mit denkbar stärkster Skepsis besuchte, war geradezu verblüfft über den Reichtum an hoher musikalischer Schönheit, der ihm hier entgegenklang. Die ungemein Bühnenwirksame Handlung versetzt uns in politisch-historische Klassenkämpfe in der Stadtrepublik Genua im 14. Jahrhundert. Verdi gestaltet sie musikalisch aus innigstem Miterleben mit einer unwiderstehlich mitreissenden dramatischen Leidenschaft. Dabei hält er sich völlig frei von der Unvornehmheit und dem manchmal herzlich trivialen Reissertum der kurz vorher entstandenen, so viel erfolgreicheren "Traviata" und gibt dennoch seiner Musik eine üppige Fülle sinnlicher Reize. Vom ersten bis zum letzten Tone ist der motivische, melodische und rhythmische Reichtum der Erfindung, die kunstvolle Harmonisierung, die Führung der Singstimmen und die Pracht des Orchesters, vor allem in den Finales, Ausdruck höchster kompositorischer Meisterschaft. Die von Dr. Fritz Stiedry musikalisch geleitete glänzende Aufführung darf wohl als die bedeutsamste Neueinstudierung des "Städtischen Oper" seit dem Fortgange Bruno Walters angesprochen werden.

Bz.

---

### Das Wunderreich Aran.

---

SPD. Der Staat Aran ist auf den Landkarten nicht zu finden, auch auf den ganz grossen nicht, und kein Lexikon meldet seinen Namen. Das ist ein Pech des Staates Aran: aber auch sein einziges. Im übrigen ist er mit allem Komfort eines exquisiten Grosstaates ausgestattet. Er besitzt eine Adelsgenossenschaft, eine Mission, eine Universität, vor allem: er verleiht Titel und Orden. Beispielsweise wimmeln Herrschaften im Aran-Staat herum, die sich Missionsdirektor, Chefredakteur, Hoher Ehrenwürdiger Onarch, Kollegienrat, Staatskommissar, Konsul anreden lassen, und die, kraft Aran-Staat-Gesetzes, eine kleidsame und farbenfrohe Uniform zu tragen die Berechtigung haben: eine weisse Mütze mit roten Streifen, ein rotes Jackett, einen blauen Schlips, grüne Hosen. Die Beziehungen des Aran-Staates, des Aran-Geist-Staates, wie er sich auch nennt, zum deutschen Staate sind etwas verwickelter Natur. Der erste Mann des Deutschen Reiches heisst Präsident, hat bestimmt mit dem Aran-Staat nicht das Geringste zu schaffen und bekleidet demgemäss auch keinen Rand in ihm. Der erste Mann des Aran-Staates wiederum heisst "Souveräner Aran" und hat mit dem Deutschen Reich insofern etwas zu schaffen, als er in diesem Reich ein wegen Geistesschwäche entmündigter Tierarzt namens Freytag ist.

Die weiteren Wechselbeziehungen, die zwischen dem irdischen deutschen und

dem geistigen Aran=Staat bestehen, sind folgender Art: Es gibt eine Menge Menschen im Deutschen Reich, die entweder gar keinen oder nur einen unzulänglichen Titel haben, indessen mit Scheinen, die auf Reichsmark lauten, einigermaßen gut versorgt sind. Wiederum gibt es umgekehrt im Aran=Reich Leute, die ein überreiches Assortiment an pompösesten Titeln ihr eigen nennen, aber, da ja der Aran=Staat leider kein eigenes Geldwesen besitzt, einen gewissen Mangel an Reichsmark zu verzeichnen haben. Was liegt also näher, als sich gegenseitig zu ergänzen! Tatsächlich hat denn auch ein lebhafter Austausch von Titeln und Geldern zwischen titelhungrigen Deutschen und geldhungrigen Araniern stattgefunden. Vornehmlich einer der höchsten Würdenträger des Aran=Staates, der "Hohen Ehrwürdige Onarch Heinz Ferdinand I.", der freilich im gemeinen Bürgerleben nur ein gemeiner Heinrich Sauermann ist, hat wacker Handel mit den Aran=Titeln getrieben und die ihm in beliebiger Anzahl zur Verfügung stehenden Attribute Doktor, Konsul, Kollegienrat und so weiter gegen eine Gebühr von 100, 200, 300 oder auch 1000 und mehr Mark - er hat sich nicht sklavisch an Tarife gehalten - seinen Mitmenschen zur Verfügung gestellt, wobei zu erwähnen bleibt, dass es nicht etwa nur geringe Leute des deutschen Bürgerlebens waren, die sich um ein Aran=Prädikat bewarben, sondern dass auch Ingenieure und Direktoren zu der Titelkundschaft des "Hohen Ehrwürdigen Onarchen" gehörten.

Aber schade! Nicht jeder Deutsche ist Mitglied des Aran=Staates, wohl aber ist jeder Aran=Mensch Mitglied des deutschen Staates, der sich unter anderem auch darin unvorteilhaft von dem Geistesreich der Aranier unterscheidet, dass er ein solches Justizwesen besitzt. Der deutsche Staat forderte, ohne sich in diesem Falle viel um das Völkerrecht zu kümmern, die titelverleihende Oreme des Aran=Staates vor das Schöffengericht von Jena und sprach in diesen Tagen für Recht aus, dass Heinrich Sauermann, wie er den Onarchen der Kürze halber nannte, wegen Betrug ein Jahr und drei Monate zu brummen habe. Einige andere Prominente der unbefreundeten Macht wurden zu geringeren Strafen verurteilt.

Am meisten bestraft dürften sich freilich jene Herren fühlen, die von Aran=Staats Gnaden gegen die Zahlung einer Gebühr zum Doktor oder Konsul avanciert waren und diese schmucken Titel in der rauhen Welt der Tatsachen spazieren geführt hatten - gewiss in der Regel nicht, weil sie Betrügerisches im Sinne hatten, sondern einfach, weil sie sich, angetan mit dem Titel, festlich erhoben fühlten. Sie sinken nun wieder ab zu schlichten Direktoren und Ingenieuren oder gar völlig Titellosen, und kein anderer Staat wird sich so leicht finden, der ihnen das Diplom verleiht, nach dem ihre Seele lechzt. Aber dies eine kann ihnen kein Gerichtshof der Welt nehmen: dass der Aran=Staat seine Heimat in ihren schönen Träumen aufschlägt und als tiefster Sehnsüchte Wunder- und Märchenreich weiterlebt, in dem schon die Babys in der Wiege sich Konsul und Kollegienrat nennen dürfen, und in dem der grosse, goldene Onarchenorden mit den 35 Silbersternen die niedrigste Rangstufe unter 100 Dutzend Auszeichnungen darstellt.

Hans Bauer.

---

SPD. Ein lebendig gebärender Fisch der Urzeit.<sup>X</sup> Auf einer im Weissjura von Solnhofen, dem Fundort vieler seltener Versäuerungen, gefundenen Platte ist ein lebendig gebärender fossiler Fisch nachgewiesen worden. In der Bauchhöhle dieses mit seinem wissenschaftlichen Namen *Undina penicillata* genannten Fisches fanden sich zwei Skelette von Embryonen der gleichen Art, die kurz vor der Geburt gestanden haben müssen. Es sind auch unter den heute lebenden Knochenfischen einige wenige Formen bekannt, die lebendige Junge zur Welt bringen. Der kürzlich in Solnhofen gemachte Fund ist aber das erste Beispiel für das Ausstragen von Jungen bei Fischen der Vorzeit.

---

## Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.

Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

37)

SPD. "Komisch, dass sie die Umzingelung zu Pferde nicht eher versucht haben. . . . Sie haben doch ihre Pferde dagehabt! Vermutlich wollten sie nicht riskieren, die zu verlieren. . . . Von sind sie schon lange unterwegs. . . . Gehört zu ihrem Programm. . . . Nur eins. . . . ich wollte, ich wüsste genau, wie viele Besucher ich bekomme, aber sind es drei oder vier? Jedenfalls nicht mehr als vier, wenn überhaupt so viel. . . . Ja. . . . ich glaube, erst waren drei da; und vier fassten Jock und den Maat, brachten sie zurück und ermordeten sie; dann haben wir drei abgeschossen. . . . oder waren es vier? . . . sagen wir drei. . . . blieben vier. . . . Ja. . . . so ist es. Vier. Ja. . . . ja! Die will ich auf mich nehmen. . . . ich will! "

Lauter und lauter strömten unaufhaltsam seine Worte. "Verfluchte Schweine! Stinkende Bande von pockennarbigen Niggern. Ich will euch kriegen, bei Gott. . . . Bin neugierig, wo sie herkommen werden. . . . Den Rücken decken mir die Bäume. . . . Ich muss zwei von ihnen da drüben sehen, ehe sie mich in meinem Loch hier bemerken. Mein kleines Loch! Mein kleines Loch! Ein niedliches, kleines Gräblein! Eine entzückende, kleine Sch. . . . grube! Ein liebes, kleines. . . ."

Plötzlich hörte er sich selbst wieder und wurde sich bewusst, dass er kniete, dass seine Stimme heiser raste, dass er den Tropenhelm beiseitegeworfen hatte und die Sonne auf sein unbedecktes Haupt niederbrannte.

"Herr Jesus!" flüsterte er. "Herr Jesus!" und ergriff eine der Feldflaschen, entkorkte sie und goss den Inhalt über Kopf und Nacken. Dann stülpte er sich schleunigst den Helm wieder auf.

Eine Zeitlang lag er zitternd da, bis er sich wieder in der Gewalt hatte, seine angespannten Muskeln losliess und einige lange tiefe Atemzüge tat. Nun gelobte er sich, nicht wieder zu sprechen, bis seine Besucher angekommen sein würden.

Er fuhr mit seiner feuchten Hand über Wange und Kinn - die Berührung schien ihm zu gefallen, denn er lächelte. . . . Ehe die Dämmerung anbrach, hatte er etwas Merkwürdiges getan, nämlich sich gewaschen und rasiert, so glatt rasiert, als sollte er eine Stunde später zur Parade antreten. Dann hatte er sich seiner Uniform angenommen, die fleckig und fettig und zerrissen war, aber er hatte sein Bestes getan. Blitzende Spuren klirrten an seinen Stiefeln, die Gamaschen sassen tadellos; das Hemd, fest an Schultern und Brust anliegend, war sorgfältig in die Breeches gezogen. Den Ledergürtel hatte er frisch geseift, die Schnallen mit Sand und Wasser poliert. Den Patronengurt trug er, aus Bequemlichkeit quer über der Schulter; sein Leder glänzte, die Messingbeschlüge glitzerten. . . . Unter ihm, in seinem kleinen Graben, lag sogar eine gefaltete Decke, damit der Sand seine parademässige Aufmachung nicht wieder verdürbe. . . .

Das Putzen hatte ihn eine Stunde gekostet, es war schnell und gewandt, fast automatisch vor sich gegangen. . . . Ab und zu hatten, wenn er kratzte und rieb, seine nun stoppelfreien Lippen "dreckige Schweinebande. . . . Misthaufenwilde" vor sich hin gemurmelt.

Er lag nun ganz still wie ein Toter. . . . es konnte. . . . konnte nicht mehr lange dauern. . . . Er kämpfte um Ruhe. . . . es gelang ihm. Eine sonderbare Ruhe; sein Körper war ganz leicht und frei, obgleich unter der unbarmherzigen Sonne warmer und kalter Schweiss in Strömen an ihm herunterlief. . . . Eine merkwürdige, unerklärliche Ruhe, denn seine Ohren horchten unablässig, und vor seinem Geist zogen nun von neuem unablässig die Bilder seiner Phantasie vorüber.

Vielleicht aber verdankte er den Frieden gerade diesen Bildern; denn wenn auch hinter ihnen noch immer feste Entschlossenheit sass, zeigten sie nicht mehr wie vorhin, Morelli und Sanders, Cook und MacKay entsetzlich verstümmelt, das ihre Pferdehiwak mit dem toten kleinen Pearson, oder Bells Leichnam über der

Türschwelle... Szenen, in denen er mit anderen Massnahmen als denen, die er ergriffen hatte, alle seine Leute heil und gesund aus der Patsche führte... nun waren es Bilder aus jener verschollenen Zeit vor dem Kriege, zu dem man sich gemeldet hatte, um zu fechten, und jetzt war man verdammt zu einem langsam=qualvollen Tode von der Hand syphilitischer Wilder... Zuerst kam ihm die Erinnerung an seine Stute, die ihm jüngst gestohlen worden war... ein schnittiges, reizendes Tier mit glänzendem Fell und komisch aufgeblasenen Nüstern, das ihn zärtlich zu begrüßen pflegte und mit schlanken Vorderbeinen zierlich in hartem Sande scharrte... aber schnell wandelte sich das Bild zu dem einer anderen, noch geliebteren Stute, Kitty mit Namen... die hatte ihn über viele, viele Meilen des unvermesslichen Südamerika getragen... Wenn Kitty jetzt hier wäre.....

Aber auch Kitty verging... Unzusammenhängende Bilder jenes Tages tauchten auf, an dem der grosse Krach zu Hause erfolgt war... Sein Vater hatte unrecht gehabt, ..daran hielt er immer noch fest.... sehr unrecht gehabt, ihn als Jungen von sechzehn Jahren ohne einen Pfennig in die weite Welt hinauszustossen .... nur deswegen... Aber trotzdem hätte er, jetzt vielleicht zum erstenmal, den alten Knaben gern wiedergesehen... schliesslich hatte das Verstossenwerden auch sein Gutes gehabt; harte, höllisch harte, aber auch gute, sehr gute Zeiten... und etwas geschafft hatte man auch.....

Aber auch der Vater verschwand, und ein Wirrwarr bunter Szenen folgte... Seine erste Stelle als zweiter Diener... gar nicht schlecht für einen Jungen, der gerade aus den Kreisen der obersten Fünftausend herausgeflogen war... Die zweite Stelle war schlecht, die dritte brachte ihn als zweiten Aushilfssteward an Bord eines viertrangigen Tropendampfers, Dann Südamerika... dann... das Teege= schäft in Assam... weiter... das Mädchen aus Rio, Dolores, mit ihrem eng um die schlanken Hüften gewickelten Schal... Der Bankerott der Sportplatz=Aktiengesellschaft... Ein Vermögen verloren, gerade um eines Haares Breite... Die Kurbel des Erinnerungsfilmes wird zu schnell gedreht... Das merkwürdige Geschöpf mit Hardman und Söhnen in Denver... Immer weiter, weiter... Einzelnes fliegt so schnell vorüber, dass es kaum zu erkennen ist.....

Dann... Gott... Gott... Noel! Noel! In grünem Kleid winkte sie ihm, vom Kai aus zu... er konnte in ihren Augen den sanften Schimmer der Tränen bemerken, denen sie keinen freien Lauf lassen durfte, er sah die gütige Sonne auf ihrem rotgoldenen Haar unter dem Hutrande glänzen... Neben ihr stand Michael, auch er winkte... Kummer auf dem Gesicht, aber wilde Freude im Herzen....

Noel... Noel... was würde er darum geben, sie noch einmal sehen zu können... Die Folge der Bilder brach ab; seine Ohren hatten einen Ton... den Hauch eines Tones... vernommen, den er noch nicht definieren konnte. Aber er war da, im Gegensatz zu dem schmerzenden Schweigen, das ein Teil seiner selbst und der ganzen Welt geworden zu sein schien.

Sein Herz schien zu zerspringen, die Finger zitterten ihm vor Erregung, als er die Sicherung des Karabiners zurückschob. Tiefer und tiefer wühlte er sich in seine Deckung hinein und horchte so unverwandt nach dem Geräusch, wie er niemals vorher seine Ohren angestrengt hatte. Die eben noch trübe nach innen gewandten Augen sprangen ins Leben zurück, leuchteten und funkelten; sein Mund verzog sich zu einem verlorenen Lächeln, als eine Erinnerung an Morelli ihn durchfuhr, der im Schlaf "zehn kleine Negerlein" gesungen hatte.....

(Schluss folgt.)



## Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.

Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

37)

SPD. "Komisch, dass sie die Umzingelung zu Pferde nicht eher versucht haben. . . . Sie haben doch ihre Pferde dagehabt! Vermutlich wollten sie nicht riskieren, die zu verlieren. . . . Nun sind sie schon lange unterwegs. . . . Gehört zu ihrem Programm. . . . Nur eins. . . . ich wollte, ich wüsste genau, wie viele Besucher ich bekomme, aber sind es drei oder vier? Jedenfalls nicht mehr als vier, wenn überhaupt so viel. Ja. . . . ich glaube, erst waren drei da; und vier fassten Jock und den Maat, brachten sie zurück und ermordeten sie; dann haben wir drei abgeschossen. . . . oder waren es vier? . . . sagen wir drei. . . . blieben vier. Ja. . . . so ist es. Vier. Ja. . . . ja! Die will ich auf mich nehmen. . . . ich will!"

Lauter und lauter strömten unaufhaltsam seine Worte. "Verfluchte Schweine! Stinkende Bande von pockennarbigen Niggern. Ich will euch kriegen, bei Gott. . . . Bin neugierig, wo sie herkommen werden. . . . Den Rücken decken mir die Bäume. . . . Ich muss zwei von ihnen da drüben sehen, ehe sie mich in meinem Loch hier bemerken. Mein kleines Loch! Mein kleines Loch! Ein niedliches, kleines Gräblein! Eine entzückende, kleine Sch. . . . grube! Ein liebes, kleines. . . ."

Plötzlich hörte er sich selbst wieder und wurde sich bewusst, dass er kniete, dass seine Stimme heiser raste, dass er den Tropenhelm beiseitegeworfen hatte und die Sonne auf sein unbedecktes Haupt niederbrannte.

"Herr Jesus!" flüsterte er. "Herr Jesus!" und ergriff eine der Feldflaschen, entkorkte sie und goss den Inhalt über Kopf und Nacken. Dann stülpte er sich schleunigst den Helm wieder auf.

Eine Zeitlang lag er zitternd da, bis er sich wieder in der Gewalt hatte, seine angespannten Muskeln losliess und einige lange tiefe Atemzüge tat. Nun gelobte er sich, nicht wieder zu sprechen, bis seine Besucher angekommen sein würden.

Er fuhr mit seiner feuchten Hand über Wange und Kinn - die Berührung schien ihm zu gefallen, denn er lächelte. . . . Ehe die Dämmerung anbrach, hatte er etwas Merkwürdiges getan, nämlich sich gewaschen und rasiert, so glatt rasiert, als sollte er eine Stunde später zur Parade antreten. Dann hatte er sich seiner Uniform angenommen, die fleckig und fettig und zerrissen war, aber er hatte sein Bestes getan. Blitzende Spuren klirrten an seinen Stiefeln, die Gamaschen saßen tadellos; das Hemd, fest an Schultern und Brust anliegend, war sorgfältig in die Breeches gezogen. Den Ledergürtel hatte er frisch geseift, die Schnallen mit Sand und Wasser poliert. Den Patronengurt trug er, aus Bequemlichkeit quer über der Schulter; sein Leder glänzte, die Messingbeschläge glitzerten. . . . Unter ihm, in seinem kleinen Graben, lag sogar eine gefaltete Decke, damit der Sand seine parademässige Aufmachung nicht wieder verdürbe. . . .

Das Putzen hatte ihn eine Stunde gekostet, es war schnell und gewandt, fast automatisch vor sich gegangen. . . . Ab und zu hatten, wenn er kratzte und rieb, seine nun stoppelfreien Lippen "dreckige Schweinebande. . . . Misthaufenwild" vor sich hin gemurmelt.

Er lag nun ganz still wie ein Toter. . . . es konnte. . . . konnte nicht mehr lange dauern. . . . Er kämpfte um Ruhe. . . . es gelang ihm. Eine sonderbare Ruhe; sein Körper war ganz leicht und frei, obgleich unter der unbarmherzigen Sonne warmer und kalter Schweiss in Strömen an ihm herunterlief. . . . Eine merkwürdige, unerklärliche Ruhe, denn seine Ohren horchten unablässig, und vor seinem Geist zogen nun von neuem unablässig die Bilder seiner Phantasie vorüber.

Vielleicht aber verdankte er den Frieden gerade diesen Bildern; denn wenn auch, hinter ihnen noch immer feste Entschlossenheit sass, zeigten sie nicht mehr wie vorhin, Morelli und Sanders, Cook und MacKay entsetzlich verstümmelt, das ihre Pferdehiwak mit dem toten kleinen Pearson, oder Bells Leichnam über der



Türschwelle,...Szenen,in denen er mit anderen Massnahmen als denen,die er ergriffen hatte,alle seine Leute heil und gesund aus der Patsche führte...nun waren es Bilder aus jener verschollenen Zeit vor dem Kriege, zu dem man sich gemeldet hatte,um zu fechten, und jetzt war man verdammt zu einem langsam=qualvollen Tode von der Hand syphilitischer Wilder....Zuerst kam ihm die Erinnerung an seine Stute, die ihm jüngst gestohlen worden war...ein schnittiges,reizendes Tier mit glänzendem Fell und komisch aufgeblasenen Nüstern,das ihn zärtlich zu begrüßen pflegte und mit schlanken Vorderbeinen zierlich in hartem Sande scharrte,...aber schnell wandelte sich das Bild zu dem einer anderen,noch geliebteren Stute, Kitty mit Namen...die hatte ihn über viele,viele Meilen des unvermesslichen Südamerika getragen...Wenn Kitty jetzt hier wäre.....

Aber auch Kitty verging...Unzusammenhängende Bilder jenes Tages tauchten auf,an dem der grosse Krach zu Hause erfolgt war...Sein Vater hatte unrecht gehabt,..daran hielt er immer noch fest....sehr unrecht gehabt,ihn als Jungen von sechzehn Jahren ohne einen Pfennig in die weite Welt hinauszustossen ....nur deswegen...Aber trotzdem hätte er, jetzt vielleicht zum erstenmal,den alten Knaben gern wiedergesehen...schliesslich hatte das Verstossenwerden auch sein Gutes gehabt; harte,höllisch harte,aber auch gute,sehr gute Zeiten...und etwas geschafft hatte man auch.....

Aber auch der Vater verschwand,und ein Wirrwarr bunter Szenen folgte... Seine erste Stelle als zweiter Diener...gar nicht schlecht für einen Jungen,der gerade aus den Kreisen der obersten Fünftausend herausgeflogen war...Die zweite Stelle war schlecht, die dritte brachte ihn als zweiten Aushilfssteward an Bord eines viertrangigen Tropendampfers, Dann Südamerika...dann...das Teege=schäft in Assam...weiter....das Mädchen aus Rio,Dolores,mit ihrem eng um die schlanken Hüften gewickelten Schal....Der Bankerott der Sportplatz=Aktiengesellschaft....Ein Vermögen verloren,gerade um eines Haares Breite...Die Kurbel des Erinnerungsfilmes wird zu schnell gedreht...Das merkwürdige Geschöpf mit Hardman und Söhnen in Denver....Immer weiter,weiter...Einzelnes fliegt so schnell vorüber,dass es kaum zu erkennen ist.....

Dann...Gott...Gott...Noel! Noel! In grünem Kleid winkte sie ihm,vom Kai aus zu...er konnte in ihren Augen den sanften Schimmer der Tränen bemerken denen sie keinen freien Lauf lassen durfte, er sah die gütige Sonne auf ihrem rotgoldenen Haar unter dem Hutrande glänzen...Neben ihr stand Michael,auch er winkte....Kummer auf dem Gesicht,aber wilde Freude im Herzen....

Noel....Noel....was würde er darum geben,sie noch einmal sehen zu können... Die Folge der Bilder brach ab; seine Ohren hatten einen Ton....den Hauch eines Tones...vernommen,den er noch nicht definieren konnte. Aber er war da, im Gegensatz zu dem schmerzenden Schweigen,das ein Teil seiner selbst und der ganzen Welt geworden zu sein schien.

Sein Herz schien zu zerspringen,die Finger zitterten ihm vor Erregung,als er die Sicherung des Karabiners zurückschob. Tiefer und tiefer wühlte er sich in seine Deckung hinein und horchte so unverwandt nach dem Geräusch,wie er niemals vorher seine Ohren angestrengt hatte. Die eben noch trübe nach innen gewandten Augen sprangen ins Leben zurück,leuchteten und funkelten; sein Mund verzog sich zu einem verlorenen Lächeln,als eine Erinnerung an Morelli ihn durchfuhr, der im Schlaf "zehn kleine Negerlein" gesungen hatte.....

(Schluss folgt.)

## Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 19. Februar (Eig. Bericht)

Der Reichstag begann am Donnerstag mit der zweiten Beratung des Haushaltes des Reichsverkehrsministeriums. Als der Präsident Löbe den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quaatz als Berichterstatter aufrief, war dieser nicht anwesend. Das Haus nahm davon mit Heiterkeit Notiz. Uebrigens sind im Laufe des Tages zahlreiche deutschnationale Abgeordnete in der Wandelhalle des Reichstages bemerkt worden. Es scheint, dass die deutschnationale Fraktion allmählich wieder den Weg zu den Sitzungen des Reichstages sucht.

Der kommunistische Abgeordnete Chwalek erhob im Verlauf der Debatte Einspruch gegen die hohen Aufwendungen für Luftfahrt, weil sie nur zu Rüstungszwecken dienten. Er nannte die Reichsbahngesellschaft ein Ausbeutungsinstitut. Die Ausnutzung der Arbeiter werde schamhaft durch das Wort Rationalisierung bemäntelt. Der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Mollath sprach mit grosser Heftigkeit gegen den Vertrag der Reichsbahn mit der Speditionsfirma Schenker. Die Zuweisung der amtlichen Spedition an diese Firma, die zu 2/3 aus Ansländern bestehe, bedeute den endgültigen Zusammenbruch weiter Teile des selbständigen Transportgewerbes und schädige Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten.

Verkehrsminister von Guérard bedauerte, dass die Finanzlage seinen Haushalt immer mehr einschränke. Er habe eine besondere Abteilung gebildet, die jede einzelne Ausgabe auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit nachzuprüfen habe. Die Finanzlage verhindere auch, dass der Hansa-Kanal und Aachen-Rhein-Kanal gebaut würden. Die finanzielle Lage der Reichsbahn habe sich im Berichtsjahr ausserordentlich verschlechtert. Die Einnahmen seien um 790 Millionen gesunken. Die Tageseinnahme sei manchmal unter 10 Millionen Mark geblieben. Das sei seit dem Ruhrkampf nicht mehr dagewesen. Gegen den Schenkervertrag erhob der Minister scharfe Bedenken. Es sei nicht Aufgabe der Reichsbahn, ausserhalb ihres eigenen Gebietes Verkehrspolitik zu treiben, sondern das sei Sache des Verkehrsministers. Darüber werde noch eingehend gesprochen werden müssen. Der Luftfahrt haushalt sei ein besonderes Sorgenkind. Deutschland habe kaum 200 Verkehrsflugzeuge, Frankreich dagegen allein 3 000 Militärflugzeuge, die Verkehrsflugzeuge gar nicht eingerechnet. Trotzdem ähne sich der deutsche Luftplan aus. So erscheine im Jahre 1931 zum ersten Male die Luftlinie Berlin-Rom. Dem Transocean-Luftverkehr widme die Reichsregierung grosse Aufmerksamkeit. Man hoffe, diese Aufgabe im Laufe der nächsten Jahre bewältigen zu können. Die Förderung der Motorenentwicklung sei von grösster Wichtigkeit für die Sicherheit der Luftfahrt. Hierzu müssten grössere Mittel als bisher aufgewendet werden. Zu den kommunistischen Behauptungen erklärte der Minister, dass planmässige Entlassungen von Arbeitern, die im ständigen Arbeitsverhältnis gewesen seien, im grösseren Umfange vermieden werden konnten. Dagegen mussten Zeit- und Aushilfsarbeiter, die für vorübergehende Zeit eingestellt waren, nach Erledigung der Arbeiten, für die sie angenommen waren, wieder entlassen werden.

Der Sozialdemokrat Hünlich bedauerte, dass wichtige Dinge und Pläne im Bereich des Verkehrsministeriums nur in sehr langsamem Tempo oder gar nicht durchgeführt würden, da der Haushaltsplan dies nicht zulasse. Gerade jetzt suchten viele Tausende von Händen Arbeit und könnten sie nicht finden, weil die Staatsverwaltungen nicht genug Arbeit vergeben. Das Tempo der Kanalbauten dürfe nicht weiter so schleppend bleiben, insbesondere beim Mittellandkanal. Der Konkurrenzkampf zwischen Reichsbahn und Kraftwagen dürfe nicht zur Abdrosselung des Kraftwagenverkehrs führen. Die Rede des Wirtschaftsparteilers Mollath über die Wirkungen des Schenkervertrages sei sehr übertrieben gewesen.

Der Tag wurde abgeschlossen durch eine Rede des jungen Staatsparteilers Dr. Wunschuh, der den Etat in vielen Einzelheiten beleuchtete und auch beklagte, dass die Rationalisierung vielfach auf Kosten des Personals zu weit ausgedehnt werde. - Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr.

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

## Greuelsammlung Glienicke.

SPD. In Schloss Glienicke bei Berlin wird die Einrichtung des Prinzen Friedrich Leopold von Preussen meistbietend versteigert. Es ist eine Sensation für jene braven Bürger, die heute noch den Prinzen bis in die Betten und Nachttöpfe ehrfürchtig nachstöbern, eine entsetzliche Angelegenheit für hohenzollernfromme Leute, soweit sie noch nicht ausgestorben sind. In Wahrheit ist es ein gross angelegtes Manöver, das der Prinz Friedrich Leopold von Preussen veranstaltet hat, um unter sanftem Druck auf Verwandtschaft und monarchistisch gesinnte Freunde Geld zu machen. Unter dem Inventar, das zur Versteigerung kommt, befindet sich die Flöte Friedrich II. Der Zeitpunkt ist gut gewählt! Eben erst hat Hugenberg mit seinem monarchistischen Propagandafilm "Das Flötenkonzert von Sanssouci" genügend Reklame gemacht. Da sind Leute, die zahlen müssen! Wie man hört, hat Herr Hugenberg bereits 80 000 Mark bieten lassen, und wenn er nicht zahlen sollte, dann ist immer noch Wilhelm von Doorn da, der zu allerletzt schandenhalber zahlen muss. Die Söhne wetteifern an Geschäftssinn mit dem Vater, und rückt der gutwillig nichts heraus, dann wird er eben auf diese Weise bluten müssen!

Die Versteigerung, die seit Tagen im Gange ist, enthüllt jedoch noch ein weiteres. Man sieht, wie es bei Prinzens daheim aussieht. Unter den Gegenständen, die am ersten Tage versteigert wurden, befanden sich gerahmte Oeldrucke von preussischen Kurfürsten und Königen, von denen fünf Stück 60 Mark erbrachten, kolorierte Photographien, ein drei Quadratmeter grosses Oelbild, das ein mit den Wellen kämpfendes Rettungsboot darstellt, künstlerisch ohne allen Wert, das für 105 Mark einen Abnehmer fand, und schliesslich der künstlerische Clou: drei grosse Oeldrucke in prächtigem Rahmen, Romeo und Julia, Faust und Gretchen, und eine Kahnfahrt. Die erzielten zusammen 11 Mark.

Wirklich und wahrhaftig Oeldrucke, Wert 50 Pfennige, dabei aber unter prima Glas und versehen mit wahrhaft prinzlichen prächtigen Rahmen. In der Kollektion hat nur noch der bekannte Oeldruck vom Trompeter von Säckingen gefehlt: Behüt Dich Gott, es wär zu schön gewesen! Hier enthüllt sich das kulturelle und künstlerische Niveau der Familie Hohenzollern. Die Oeldrucke im Schloss Glienicke beim Hohenzollernprinzen, das ist stilecht und passt zusammen. Was vor dem Kriege schon Zeugnis des Ungeschmacks und des Banausentums war, ist in dieser Greuelsammlung treulich konserviert worden. Eine Rumpelkammer des neunzehnten Jahrhunderts ist in Schloss Glienicke aufgetan worden.

## Hitlers rauhe Kämpfer.

Hitler hat soeben auf das strengste verboten, dem Privatleben und dem Vorstrafenregister von SA-Leuten und SA-Führern nachzuspüren. Denn der Mensch versuche die Götter nicht und begehre nie und nimmer zu schauen, was sie gnädig bedecken mit Nacht und Grauen! Am selben Tag findet man in der Tagespresse wieder zwei Schreckenskinder aus dem Hitlerlager porträtiert.

Nummer 1: SA-Mann Otto Oberle, Hauptheld der Hitlerschen SA. in Karlsruhe. Wegen Sittlichkeitsverbrechens zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung entrollte ein ausserordentlich trübes Sittenbild.

Nummer 2: Redakteur Tg. Wagner vom "N.S.-Courier" in Stuttgart. Vorbestraft wegen Fahnenflucht und Unterschlagung. Der Mann bot, obgleich er im Dienste der Hakenkreuz-Presse steht, dem Stuttgarter Zentrumsblatt und dem "Tagblatt" seine journalistischen Dienste an.

Zwei wackere rauhe Kämpfer, der eine ein Mädchenhändler, der andere ein wegen gemeiner Vergehen vorbestrafter Schmock, der kann schreiben rechts und links. Da lohnt es sich, die Nachforschungen zu verbieten. Glückwunsch, Herr Hitler, zu so feinen Gesinnungsgenossen !

### Einheitsfront.

---

Die kommunistische Taktik hat sich wieder einmal gewandelt. Man versucht, sich bei den sozialdemokratischen Arbeitern anzubiedern und ihnen eine Einheitsfront mit den Kommunisten schmackhaft zu machen. Hier sind drei Beispiele dafür wie die kommunistische Einheit in Wahrheit aussieht :

In Radeberg bei Dresden drangen sechs Kommunisten in die Geschäftsräume eines Friseurs ein, der zur kommunistischen Opposition gehörte. Sie besetzten die Ausgänge, terrorisierten die Kunden, verprügelten den Geschäftsinhaber und flüchteten tapfer, als die Polizei erschien.

In Lübeck musste die Polizei im kommunistischen Verkehrslokal einschreiten weil die wackeren Kommunisten sich untereinander so verprügelten, dass mehrere Personen erheblich verletzt wurden. Und dabei waren noch nicht einmal Oppositionelle vorhanden, sondern es war die wahre und allein richtige Einheitsfront der ganz richtigen Parteikommunisten.

Manchmal aber können sie eben auch anders. So die beiden Führer der Kommunisten in Dohna bei Dresden, die sich von Dresdener SA-Führern zu einem kräftigen Mittagessen mit Bier in der Hakenkreuzkneipe in Dohna einladen liessen und sich auf Kosten der spendierenden Hakenkreuzler toll und voll tranken.

Und so etwas sucht mit verlogener Einheitsfrontschwindel Eindruck auf sozialdemokratische Arbeiter zu machen.

### Eingeschlafene Magyaren.

---

Während die Mannen des grossen Adolf in Deutschland landauf, landab "Deutschland erwache - Juda verrecke" schreien, ist anderswo im Kampfe gegen Juda ein grosses Unglück geschehen. Die erwachenden Magyaren, das Vorbild des erwachenden Deutschland des Herrn Hitler, sind inzwischen wieder eingeschlafen und rettungslos verjudet. Der Sohn des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Bethlen, hat am 12. Februar die Tochter des zionistischen Schriftstellers und Redakteurs des jüdischen "Pester Lloyd" Max Viola geheiratet. Schmerzbewegt schreibt dazu der "Völkische Beobachter":

"Die Familie Bethlen ist eine der ältesten protestantischen Familien Ungarns. Ein Ahne des Grafen Bethlen war Fürst von Siebenbürgen. Das Geschlecht der Bethlen blieb während acht Jahrhunderten rein magyarisch. Man findet in der ganzen Genealogie des Bethlen-Geschlechtes keinen anderen als ungarische Namen. Die Ehe des jungen Grafen mit einer reinrassigen Jüdin ist ein deutlicher Beweis des Verfalls der Sitten der ungarischen Aristokratie. Die Verjudung des Landes hatte in den vergangenen Jahren einen dermassen fürchterlichen Umfang angenommen, dass man ohne Uebertreibung sagen kann, dass Ungarn heute ein jüdisch regiertes Land ist. Die jüdische Krebskrankheit hat sich in das ungarische Blut derart hineingefressen, dass nicht einmal ein so uraltes aristokratisches Geschlecht, wie das des ungarischen Ministerpräsidenten mehr widerstandsfähig ist."

Wenn das schon bei den erwachenden Magyaren geschieht, was soll dann aus dem erwachenden Deutschland werden? Immerhin - die um Hitler ziehen bereits mutig die Konsequenzen. Sie haben in München einen Sturm auf ein Caféhaus unternommen, in dem eine ungarische Kapelle musizierte. Es ist aus mit der Freundschaft der Nationalsozialisten für die Magyaren, und daran ist nur die geborene Viola schuld!

# Aus aller Welt

## Ausverkauf bei Hohenzollerns.

Die Versteigerung des Inventars von Schloss Glienicke bei Potsdam - Seine Königliche Hoheit lächelt.

SPD, Unmittelbar hinter der Glienicker Brücke bei Potsdam lehnt seit zwei Tagen ein grosses weisses Schild. Gewaltige rote Buchstaben lassen von weitem den Text erkennen: "Zur Versteigerung".

Die Versteigerung der Einrichtung des alten Schloss Glienicke ist zurzeit die Sensation von Potsdam. Ueber das Schloss selbst verfügt seit dem Jahre 1927 der preussische Staat, der Inhalt an Möbeln und Kunstgegenständen aber gehört "S.k.H. Prinz Friedrich Leopold von Preussen", um im Stile des Versteigerungskataloges zu sprechen. Monarchistische Kreise sind wenig begeistert darüber, dass altes Hohenzollernerbgut hier verramscht werden soll. Man kann die Betrübnis umso eher verstehen, als es sich hier nicht nur um Stücke von künstlerischem, sondern auch um Gegenstände von preussisch-historischem Wert handelt. Aber Prinz Friedrich Leopold führt seit Jahren in Lugano ein nicht gerade sehr bescheidenes Leben und scheint sich des Potsdamer Besitzes nicht ungern zu entledigen. Prinz Leopold ist übrigens nicht anwesend, hat aber zur Versteigerung seinen Sohn delegiert, der mit erstaunlicher Ausdauer von morgens bis abends in der ersten Publikumsreihe sitzt und den Auktionsbeamten auf die unermüdlichen Finger sieht. Die malen phantastisch hohe Ziffern: Königliche Hoheit sehen zu und lächeln....

+

Wer das Schloss in diesen Tagen betreten will, muss entweder über einen Presseausweis verfügen oder aber an der Kasse 30 Mark deponieren. Einige, die weder über den Ausweis noch über das Geld verfügen, stehen, etwas traurig, in dem grossen Schlosshof herum, spazieren nach hier und nach dort in den weiten Park hinein, trösten sich an dem schönen Bild der winterlich trüg und eisweiss dahinfließenden Havel. Ein alter Herr mit unwahrscheinlich, fast historisch wirkendem weissen Bart hält einen etwas gelehrsam, aber doch recht interessanten Vortrag über die Geschichte des schönen Schlosses, das nun in eine neue Phase seines ereignisreichen Lebens treten soll. Man erfährt, dass Schloss Glienicke gegen 1660 vom Grossen Kurfürst erbaut wurde, später als Soldatenlazarett diente, dann von dem Berliner "Industriellen" Isaac Joel zur Einrichtung einer Tapetenfabrik gepachtet wurde, bis sich im Jahre 1810 Minister Freiherr von Hardenberg hier einmietete, nach dessen Tod das Schloss wieder im Hohenzollernbesitz übergang. In den folgenden Jahren erhielt der Bau, in erster Linie durch Schinkel, sein heutiges, schönes Gesicht.

+

Unendlich viel Wirrgänge durchziehen den Bau. Man würde sich bestimmt verlaufen, wenn nicht überall livrierte Diener und Pagen herumständen, die dem Wanderer den Weg weisen. Die beiden zusammenhängenden Versteigerungssäle sind von einer interessierten Menge gefüllt, fast überfüllt. Soweit die zur Versteigerung gelangenden Dinge einen grösseren künstlerischen Wert repräsentieren, was man immerhin von zahlreichen Möbeln aus der Schinkelzeit und aus früheren Epochen sagen kann, finden sie meist ihren Weg zu bekannten Berliner Kunsthändlern, die entweder über sehr hohe Kapitalien verfügen müssen oder schon wieder bestimmte Auftraggeber hinter sich haben. Für fast alle Gegenstände werden Preise erzielt, die normalerweise im Antiquitätenhandel ungewöhnlich sind. Für einen aus der Zeit Schinkels stammenden Tisch wandert das

Angebot bis zu 1300 Mark, für einen verhältnismässig kleinen und einfachen Musiksalon bis zu 1500; auch für einige Sofas werden aussergewöhnlich hohe Summen geboten. Doch auch Dinge, die nicht den geringsten Kunstwert besitzen, sondern den Kitsch in Reinkultur repräsentieren, klettern im Wert ausserordentlich hoch. Hier greifen allerdings nicht Kunsthändler zu, sondern Private, denen ganz offenbar der Gedanke, Dinge aus Hohenzollernbesitz zu erwerben, den guten Geschmack vertrieb. Treue um Treue, Kitsch um Kitsch: fast rührend ist es, mit anzusehen, was der ewige Untertan im Glücke der grossen Stunde hier zusammenkauft.

+

Der Sohn "Seiner Königlichen Hoheit" hat wirklich allen Grund, zu lächeln. Der Auktionator gibt sich mit bewundernswerter Stimmleistung alle Mühe, das Publikum zu immer höheren Geboten zu reizen. Ein an sich schauerlich buntes Oeldruckbild vom König Umberto von Italien will er nicht allzu billig herausgeben, weil sichs doch immerhin um einen "Suveräng" handelt. Einen der Bieter, der dem Mann mit der Glocke nicht rechtzeitig genug ins Zahlenspiel einfällt, tadelt er leise: "Darf ich Ihnen gestehen, dass ich schon eine halbe Stunde darauf gewartet habe, dass Sie den Mund aufmachen". Als wieder ein anderer für einige sehr schöne Wandlampen zu wenig zahlen will, erkundigt sich der Auktionator teilnahmsvoll, ob der Interessent vielleicht noch eine weitere Garagenbeleuchtung braucht. Berlin steht im Zeichen der Automobilausstellung, der Vergleich liegt nahe. Bloss für einen riesengrossen Renaissance-Thronsessel aus italienisch Nussholz findet sich merkwürdigerweise kein Interessent. Sollten selbst in Potsdam Thronsessel als nicht mehr sehr praktisches und gesuchtes Möbelstück angesehen werden?

Die Hohenzollern bleiben im Besitz des Renaissance-Thrones; man gönnt ihn ihnen. Ebenso hat Prinz Eitel Friedrich die Uhr Friedrichs des Grossen für 5 000 Mark dem Haus Doorn erhalten. Und dann der Kampf um die Flöte Friedrich II. Haus Doorn ist, wachgerüttelt durch einige Proteste in Rechtsblättern, pietätvoll genug, als Interessent aufzutreten, aber auch Hugenberg erschien der Flöte wegen auf dem Kriegsplan der Auktion...

+

638 Nummern umfasst der Katalog. Ende der Woche wird die Versteigerung beendet sein. Die Möbel werden abtransportiert, Handwerker ziehen ins Schloss, um es zu erneuern. Wenn der Frühling da ist, wird Schloss Glienicke, ein Baujuwel zwischen alten Bäumen, ein Glanzpunkt am glanzpunktreichen Havelufer, ein Hotel sein. Für die Gründung des Grossen Kurfürsten beginnt jetzt das demokratische Zeitalter. Das Red der Geschichte dreht sich, es dreht sich vorwärts. Ego.

+                    +                    +

Geflüchteter Notar. Der bekannte Berliner Rechtsanwalt beim Kammergericht und Notar Dr. Ludwig Goldberg ist seit einigen Tagen flüchtig. Dr. Goldberg vergriff sich an Stempelgebühren, die bei Abschluss von Notariatsverträgen an ihn gezahlt worden waren und die er den Finanzämtern hätte abliefern müssen. Das Vergehen des bisher sehr geachteten Anwalts dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Dr. Goldberg aufgrund eines Formfehlers, der ihm in einer Wechselklage unterlaufen war, an einen seiner Mandanten 40 000 Mark Schadenersatz zu zahlen hatte. Diese Summe musste Dr. Goldberg sofort aufbringen. Da Wucherer, die ihm ausgeholfen hatten, von ihm ungewöhnlich hohe Zinsen verlangten, war Dr. Goldberg, dessen Einnahmen in der letzten Zeit zurückgegangen waren, nicht in der Lage, hinsichtlich der Kapital- und Zinsenzahlung seinen Verpflichtungen nachzukommen. Als bei einer Revision des Notariats durch die zuständigen Behörden das Fehlen der Stempelgelder in Höhe von 7 000 Mark entdeckt und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet wurde, erlitt Dr. Goldberg einen Nerven zusammenbruch. Nachdem er einem befreundeten Anwalt Generalvollmacht erteilt hatte, verliess er Berlin. Dr. Goldberg wird jetzt steckbrieflich verfolgt, Man fürchtet um sein Leben.

+                    +                    +



Drama der Zeit. Aus Gründen wirtschaftlicher Not erschoss am Donnerstag Nachmittag in Berlin=Charlottenburg ein 50 Jahre alter Bäcker seine 21jährige taubstumme Tochter und sich selbst.

+ + +  
Plünderung eines Güterzuges. Eine etwa 60 Mann starke Räuberbande überfiel in der Nähe von Bromberg auf offener Bahnstrecke einen Güterzug der polnischen Staatsbahn. Die Banditen sprangen auf den Zug, brachten die Lokomotive zum Halten, fesselten die mitfahrenden Beamten und beraubten die Wagen ihres Inhalts. Vorläufig blieb die polizeilich eingeleitete Verfolgung ohne Ergebnis.

+ + +  
Nazirüpel. Mehrere junge Burschen verübten einen Anschlag auf die Heinrich Heine=Buchhandlung in Hamburg, die anlässlich des 75. Todestages des deutschen revolutionären Dichters Festschmuck trug. Zwei der Täter, die die Fensterscheiben demolierten, wurden festgenommen. Einer ist Mitglied der NSDAP.

+ + +  
Fliegerpech. Ein Postflugzeug der Linie Amsterdam=Batavia, das am Donnerstag Amsterdam verlassen hat, wurde bei einer Notlandung in Popelin in Böhmen schwer beschädigt. Die beiden Piloten und der Mechaniker des Flugzeuges blieben unverletzt. Der Zustand der Maschine machte die Fortsetzung der Reise jedoch unmöglich.

+ + +  
Nebelkatastrophe. Auf dem Lek=Fluss bei Sikkerveer (Holland) wurde am Donnerstag ein Passagierboot, auf dem sich 100 Personen, grösstenteils Schüler aus Rotterdam, befanden, im dichten Nebel von einem Leichter gerammt. Da das Schiff bald nach dem Unglück zu sinken begann, entstand an Bord eine grosse Panik. Indes gelang es den von allen Seiten herbeifahrenden Hilfsbooten, die Gefährdeten zu retten und das gerammte Schiff an Land zu schleppen. Zahlreiches Vieh, das in den unteren Räumen des Bootes untergebracht war, ertrank.

+ + +  
47 100 Pfund Sterling Strafe! Vom Gericht in Alexandrien wurden acht Haschischschmuggler zu insgesamt 47 100 Pfund Sterling Strafe verurteilt. Für den Fall, dass die Schmuggler zur Zahlung dieser Summe nicht imstande sind, wurde die Zollbehörde zum Verkauf des gesamten Besitzes der Verurteilten ermächtigt.

+ + +  
Noch ein Alsdorf=Opfer. In Kellersberg bei Alsdorf erschoss sich ein 17-jähriger Bergmann, der bei dem grossen Explosionsunglück auf Grube Anna II. zwar unversehrt geblieben war, aber alle seine Kameraden verloren hatte. Seit dieser Zeit plagte den jungen Mann Schwermut, die ihn jetzt in den Tod trieb.

+ + +  
Ein wilder Kanonier. Die Bewohner des Berliner Westens wurden am Donnerstag Abend durch einige heftige Kanonenschüsse nicht wenig erschreckt. Die Schüsse, die von dem Balkon eines Hauses in der Pfalzburgerstrasse abgegeben wurden, rissen mehrere Ziegel von den Dächern gegenüberliegender Häuser, verletzten aber glücklicherweise niemand. Der Schütze wurde verhaftet: es ist ein früherer Offizier namens Lautin; er behauptet, eine Kanone konstruiert zu haben, die ohne Pulver schießen soll. Eine Behörde, der er die Erfindung eingereicht habe, habe aber abschlägigen Bescheid erteilt. Er habe deshalb durch eine Demonstration beweisen wollen, dass sein Geschütz funktioniere. Offenbar hat der Erfinder, der im Krieg verschüttet gewesen war und seit einiger Zeit ein befremdendes Wesen zur Schau trug, in einem Anfall von Geistesverwirrung gehandelt.

+ + +  
Erfroren. Auf einem Feldweg bei Bruck an der Leitha (Oesterreich) fand man die Leiche eines seit einigen Tagen vermissten Ehepaares aus Wien, das vom Schneesturm überrascht und unter einer meterhohen Schneedecke erfroren war.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Wenn tief in der Grube....

Zum Kampf um die Sanierung der Knappschaft.

SPD. Seit Monaten schweben bereits Verhandlungen über die Sanierung der knappschaftlichen Pensionsversicherung. Wie wir hören, wird das Reichsarbeitsministerium über die von ihm ausgearbeitete Kabinettsvorlage zur Sanierung der Knappschaft in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit Aufschluss geben. Nicht nur die Bergarbeiter, sondern die gesamte deutsche organisierte Arbeiterschaft erwarten mit Spannung den Vorschlag der Regierung. Denn an ihm muss sich zeigen, ob die Reichsregierung nicht nur für die bereits mit Hunderten von Millionen subventionierten Industriellen und Grossgrundbesitzer sondern auch für die Bergarbeiter etwas übrig hat.

Vor kurzem hat im Reichstag der Zentrumsabgeordnete Dr. Dessauer, also ein Mann, der von wirtschaftlichen Dingen etwas versteht und dem niemand eine Feindseligkeit gegen die Landwirtschaft vorwerfen dürfte, mit Nachdruck betont, dass noch in keiner Zeit seit weit über 100 Jahren so viel von einer deutschen Regierung für die Landwirtschaft geschehen ist wie durch die gegenwärtige und die letztvoraufgegangene republikanische Regierung. Die Toleranz der deutschen Industrie und insbesondere der deutschen Industriearbeiterschaft gegenüber den landwirtschaftlichen Wünschen sei beispielgebend. An öffentlichen Mitteln seien für die Landwirtschaft aus der steuerzahlenden und aus der Konsumentenschicht annähernd 4 Milliarden Mark aufgewandt worden.

Angesichts dieser Tatsache müsste ein Versagen des Reichs bei der Sanierung der Knappschaft von der Arbeiterschaft als eine kränkende Zurücksetzung empfunden werden; denn was die Bergarbeiter verlangen, ist ja nur eine Kleinigkeit gegenüber dem, was auf tausend Wegen durch Subventionen, zollpolitische Massnahmen, Fonds und Unterstützungsgelder der verschiedensten Art, durch Frachterleichterungen und Sonderunterstützungen auf Kosten der Gesamtheit der Bevölkerung Leuten zugeflossen ist, die nicht entfernt so hart und schwer ihr Brot verdienen müssen wie die in der Tiefe, von Gefahr und Tod umlauerten, Bergleute. Das Defizit im Etat der Reichsknappschaft beträgt, wie gegenüber verschiedenen falschen Angaben betont werden muss, etwa rund 85 Millionen Mark. Der Reichsfinanzminister will, wie verlautet, höchstens 40 Millionen Mark zur Beseitigung des Defizits aus Reichsmitteln geben. Danach müssten 45 Millionen in Form einer Selbsthilfe von der Knappschaft aufgebracht werden, d.h. durch eine empfindliche Kürzung der Renten. Ein Finanzminister soll gewiss den Daumen auf dem Geldbeutel halten, aber so wie sich der Reichsfinanzminister anscheinend die Sanierung der Knappschaft vorstellt, geht es denn doch nicht. Bei aller Sparsamkeit dürfen bei der Regelung der Sanierungsfrage sehr beachtenswerte soziale Tatsachen nicht übersehen werden. An der Existenz der Knappschaft hängt das Schicksal von 700 000 versicherten Bergleuten und 300 000 Invaliden und Waisen. Soll die einzigste Hoffnung dieser Menschen, im Alter vor bitterer Not geschützt zu sein - eine Hoffnung, die sie sich durch geradezu unerhörte Beitragsopfer im Laufe eines harten Lebens erkaufte haben - zunichte gemacht werden? Vor dieser Frage müssen fiskalische Erwägungen verblassen, und wenn dem Reichsfinanzminister dafür das nötige Verständnis fehlt, dann muss ihm eben vom Reichskanzler und vor allem vom Reichsarbeitsminister gesagt werden, was zu tun ist. Vor allem vom Reichsarbeitsminister darf man erwarten, dass

sein Ruf, neben dem Reichskanzler Brüning im Kabinett der starke Mann zu sein, sich nun auch einmal bewahrheitet, wo es sich nicht um Lohnabbau, sondern um Erhaltung dessen handelt, was sich die Bergarbeiter sauer genug verdient haben. Wie man uns versichert, will das Reichsarbeitsministerium sich bei der Entscheidung über die Sanierungsvorlage im Kabinett mit aller Energie für die Bergarbeiter einsetzen. Es will sich nicht mit einem blossen Notbehelf begnügen sondern eine Sanierung auf weite Sicht anbahnen. Zu diesem Zweck seien, so heisst es an unterrichteter Stelle, auch die von verschiedenen Seiten gemachten Sanierungsvorschläge bei der Vorbereitung der Kabinettsvorlage sehr wohl beachtet und geprüft worden. Wenn dem so ist, dann hat man hoffentlich den Vorschlag der Bergarbeiter, künftig die Beiträge pro geförderte Tonne des Produkts zu erheben statt wie bisher pro Kopf der Mitglieder, nicht übersehen. Nur Beiträge und Reichszuschuss - das schafft keine Dauerlösung, sondern führt immer wieder infolge des Rückgangs der Zahl der Bergarbeiter und des Steigens der Zahl der Rentenempfänger zu einem Defizit. Zu beachten ist auch, dass der Rückgang der Belegschaft keineswegs auch einen Rückgang an Krankheit und Invalidität bedeutet. Die Benutzung von Maschinen im unterirdischen Bergbau verursacht eine Menge neuer Erkrankungen, z.B. der Muskel, der Nerven, Ohren usw., und ebenso bringt sie eine Häufung von leichteren und schwereren Unfällen, da der Lärm der Maschine jeden anderen Laut übertönt. Jedenfalls kann die sinkende Zahl der Belegschaftsmitglieder unmöglich auf die Dauer die Lasten tragen, die ihr durch die grosse Zahl der vorher (hauptsächlich in Handarbeit) beschäftigten Arbeitergeneration aufgebürdet werden. Die Umlegung der Beiträge auf die geförderte Produktion bedeutet keine abnorme Belastung der Betriebe; denn sinkende Belegschaftsziffer und steigender Schichtförderanteil bedeuten ja auch eine wirtschaftliche Erleichterung. Der Umlagegedanke kann also keineswegs ohne weiteres zurückgewiesen werden und er braucht auch nicht zu einer Aenderung der Kräftegruppierung in der Selbstverwaltung zu führen, womit man die Bergleute jetzt gern schrecken möchte.

Wer die Knappschaft ohne genügende Reichshilfe, d.h. dadurch sanieren will, dass lediglich schematisch die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang gebracht werden, fordert nichts anderes als eine weitere Kürzung des Bergarbeitereinkommens um 40%. Das wäre eine Verurteilung der Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen zum Hungertod und die Vorbereitung einer Massenflucht der Belegschaft aus dem Bergbau bei eintretender besserer Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt. Die Reichsregierung muss helfen und zwar ausreichend. Sie ist dazu auch moralisch verpflichtet; denn die Bergarbeiter haben mehr als alle anderen Berufe im Interesse des Volksganzen gearbeitet und gelitten - im Krieg und nach der Katastrophe, als es galt, unzählige Ueberschichten zu verfahren und Reparationskohle zu liefern, beim Ruhreinbruch der Franzosen, wo durch Mehrarbeit Rekordleistungen vollbracht werden mussten usw. Wo wären in der Stunde der Not Volk und Staat geblieben, wenn tief in der Grube der Bergmann nicht gewesen wäre.

SPD. Am Sonnabend beginnen in Weimar zur Neuregelung der Löhne der Herren- und Damenmassschneiderei Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters Dr. Brahn.

Die Adav-Forderungen zeigen, dass der Abbauappetit der Arbeitgeber von Tag zu Tag grösser wird. Die Adav-Leute haben zwar nur das Lohnabkommen zu Ende Februar gekündigt, sie fordern jedoch auch noch für 55 Städte eine Rückversetzung in der Städtegruppierung und eine Kürzung des Heimarbeiterzuschlags um 5%. Die Einführung von Doppeltarifen spielt in ihren Forderungen die Hauptrolle. In den Parteiverhandlungen wurde von den Vertretern der Unternehmer sehr dick aufgetragen. So behaupteten sie, der Weg von der Rohwolle bis zum fertigen Stück verschlinge 90% Löhne und Unkosten und nur 10% für Rohmaterialien.

Weiter betonten sie, dass das Ausmass der Lohnsenkung im Vergleich zu anderen Berufen noch um die vorjährige Zulage gesteigert werden müsse, weil die Arbeitgeber zu Unrecht mit dieser Lohnerhöhung bedacht worden seien.

Auf diese Aufschneiderei antwortete der "Bekleidungsarbeiter", dass in der Massschneiderei der Lohnanteil auf Grund der Erhebungen der Enquetekommission 29-35% betrage, also durchschnittlich denselben Teil wie in der Vorkriegszeit. In der Lohnbewegung hätten alle Gewerbegruppen seit dem 1. Januar 1928 bis zum Juli 1930 eine Erhöhung des gewogenen Durchschnitts-Stundenlohns von 101,9 auf 111,9 erreicht, während der gewogene Durchschnitts-Stundenlohn des Herrenschnegers im Reichsmasstab jetzt erst 100,6 betrage.

Auch in der Herren- und Damenmassschneiderei wittern die Arbeitgeber jetzt Morgenluft. Sie wollen reinen Tisch machen. Sie wollen nicht nur Lohnabbau, sondern Bewegungsfreiheit auf der ganzen Linie. "Das Gesetz von Angebot und Nachfrage muss sich eine zeitlang wenigstens in einem tariflosen Zustand auswirken." Das ist auch ihre Parole.

---

SPD. Der Angriff der Bezirksarbeitgeberverbände gegen die Löhne der Gemeindearbeiter wird an verschiedenen Stellen mit grosser Rücksichtslosigkeit durchgeführt. Sehr rigoros ist z. B. der Bezirksarbeitgeberverband für den Stadtbezirk Köln vorgegangen. Köln beantragte eine Lohnkürzung von 8% und Angleichung der Kölner Löhne an die niedrigen Lohnsätze der rheinischen Gemeinden, während die Arbeitnehmer Beibehaltung der bisherigen Lohnsätze fordern. Die Bezirksschiedsstelle entschied, dass die Tariflöhne ab 21. Februar um 5%, am 2. Mai um weitere 2% gekürzt werden sollen. Die Kölner Gemeindearbeiter haben diesen Schiedsspruch einmütig abgelehnt. Die Entscheidung wird am kommenden Montag vor dem Zentralausschuss in Berlin gefällt werden.

Für die mitteldeutschen Gemeindearbeiter sind die Löhne bis zum 31. März festgelegt. Ueberstunden sind grundsätzlich zu vermeiden und in Schichtwechselbetrieben sollen 48 Stunden nicht überschritten werden.

In Oberschlesien bleiben ebenfalls die Löhne bis zum 31. März bestehen. Ab 1. April werden sie in Ortsklasse I um 6%, in II bis IV um 4% gekürzt. Bei weniger als 45 Stunden Wochenarbeitszeit bleiben die alten Löhne bestehen. Im Regierungsbezirk Liegnitz trat ab 16. Februar eine Lohnkürzung um 5% ein; auch hier ist vorgesehen, dass bei 45 Stunden verkürzter Wochenarbeitszeit keine Lohnkürzung erfolgt. Das gleiche gilt für den Regierungsbezirk Breslau.

Für den Freistaat Bayern ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach ab 1. März die Löhne um 3 Pfennige, ab 1. April um weitere 2 Pfennige (4,5 bis 5,6%) gekürzt werden. Bei einer Arbeitszeit von 47 und 46 Stunden ermässigt sich die Lohnsenkung um je 1 Pfennig, bei 45 Stunden um 2 und bei 44 um 3 Pfennig; bei 43 und weniger Stunden bleiben die bisherigen Löhne bestehen. Für den Freistaat Baden trat ab 1. Februar eine Lohnsenkung um 2 Pfennige ein; ihr folgt ab 1. Mai eine weitere um 3 Pfennige; bei 42 Stunden bleiben die alten Löhne bestehen. Für Württemberg beträgt der Lohnabbau 4-5%, auch hier erfolgt bei 42 Wochenstunden keine Lohnkürzung.

---

SPD. Die Schlichterkammer in Leipzig fällte am Donnerstag nach langwierigen Verhandlungen zwei Schiedssprüche zur Neuregelung der Löhne und der Arbeitszeit in der Textilindustrie. Der Lohnschiedsspruch sieht für die männlichen Textilarbeiter eine Kürzung der Grundlöhne ab 1. März um 6% und für die weiblichen eine solche von 5% vor. Die Neuregelung soll erstmalig am 1.7. zum 31.8. gekündigt werden können.

Der Schiedsspruch für die Arbeitszeit gestattet den Arbeitgebern jährlich

156 Überstunden anzuordnen, die mit 25% zu bezahlen sind. Auch das Arbeitszeitabkommen soll ab 1. März in Kraft treten, jedoch erst ab 1. Januar 1932 zu Ende Februar gekündigt werden können.

SPD. In der Generalversammlung der Ortsgruppe Erfurt des Zentralverbandes der Schuhmacher erhielt die kommunistische RGO eine entscheidende Niederlage. Die von der Amsterdamer Richtung vorgeschlagene Liste für die neue Besetzung der Ortsverwaltung wurde mit 60 und 75 Stimmen Mehrheit gegenüber den Listen der RGO und der kommunistischen Opposition gewählt. Damit ist das letzte Bollwerk der Erfurter Kommunisten, das sie seit Jahren innehatten, in die Hände der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung übergegangen.

SPD. Das offiziöse Organ des Vatikans, der "Osservatore Romano" behandelte dieser Tage in einem bedeutungsvollen Artikel das Thema "Der soziale Friede und die Arbeitslosigkeit". Die 20 Millionen Arbeitslosen in der Welt - so wird in dem Artikel ausgeführt - müssten klar als zwangsläufige Folge des Krieges erkannt werden. Wenn nicht sonst schon alles gegen einen Krieg sprechen würde, dann müsste schon diese grauenhafte Epidemie der Arbeitslosigkeit zum Kampf gegen den Krieg drängen. Wenn sich bisher in den Massen der Arbeitslosen der Keim zur Revolte noch nicht entwickelt habe, so sei das vor allem dem "gesunden Sinn der Arbeiter" zu danken. Die Arbeiter hätten allen Grund zur Selbstverteidigung, aber sie hätten mit klarem Verstand erkannt, dass eine Besserung der Dinge auf einmal nicht möglich sei. Diese Haltung sei ein grosses Verdienst der Arbeiter und müsse rückhaltslos anerkannt werden. Trotzdem dürfe man sich nicht täuschen und alles auf eine noch härtere Probe ankommen lassen. Der Papst habe bereits wiederholt und von neuem in seiner letzten Funkbotschaft dringend darauf hingewiesen, dass den Arbeitern Gerechtigkeit in ihrem Lohn und ihren Arbeitsmöglichkeiten gewährt werden müsse. Wenn die Wirtschaftsordnung vor dem Bolschewismus gerettet werden solle, dann sei es höchste Zeit, die wirtschaftliche Missordnung, die Folge des Krieges, mit Mitteln eines einheitlichen international organisierten Friedenswerkes zu beseitigen. Rückkehr zu einer entschlossenen Friedenspolitik, und zu internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit - das sei die Forderung der Stunde. Man müsse heraus aus den geschlossenen Wirtschaftskreisen der Länder, aus der zerstörenden Zollpolitik. Das sei der erste Schritt zur Wirtschaftseinheit Europas, ohne die es eine Gesundung nicht gebe, ohne die ein wirksames Mittel gegen die Arbeitslosigkeit nicht gefunden werden könne. Wenn die entsetzliche Krise etwas Gutes in sich berge, dann dies, dass die Regierungen und Völker den Wahnsinn des Krieges, den Egoismus der Wirtschaftsabgeschlossenheit und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit einsehen müssen.

SPD. Der Deutsche Metallarbeiterverband beschloss den Arbeitgeberverband Nordwest für die mit Hilfe der Vereinigten Stahlwerke von Jarres durchgeführte Kampagne zur Herabsetzung der Löhne in Ruhrort-Meiderich um 20% gerichtlich haftbar zu machen. Der DMV steht mit dem Arbeitgeberverband Nordwest in Tarifvertrag.



## Der "Einkaufskorb".

### Ernährungsindex der Konsumgenossenschaften.

SPD. Dass die Errechnung eines Teuerungsindex immer eine zweifelhafte Angelegenheit ist, dürfte ausgemachte Sache sein. Das liegt nicht am bösen Willen, sondern mehr an der Schwierigkeit der ganzen Materie. So ist man sich über die Reformbedürftigkeit des amtlichen Lebenshaltungsindex einig und eine Kommission hat schon vor Monaten die Vorarbeiten in Angriff genommen, um die Berechnungsgrundlage des vom Reichsstatistischen Amt aufgestellten Teuerungsindex mehr den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Wie weit das gelingen wird, ist eine Frage für sich.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat während der die Lehre aus den Preisdebatten der verflossenen Monate gezogen und ist daran gegangen, einen Ernährungsindex aufzustellen, der ja für den konsumgenossenschaftlichen Warenverkehr in erster Linie in Frage kommt. Danach soll der konsumgenossenschaftliche Preisstand für jeden Monat ermittelt werden. Die Erhebung wird bis auf das Jahr 1926 zurückgreifen. Bis auf weiteres muss allerdings die Feststellung des konsumgenossenschaftlichen Index nach den nicht mehr zeitgemässen Erhebungsgrundsätzen erfolgen, die für den Ernährungsindex des Reichsstatistischen Amtes gelten. Sobald das Reichsstatistische Amt jedoch seine angekündigten Reformen durchgeführt hat, wird sich die Berechnung bei den Konsumgenossenschaften diesen natürlich anpassen. Im übrigen wird der Index der Genossenschaft auf den "konsumgenossenschaftlichen Einkaufskorb" zugeschnitten.

Das Netz der berichtenden Konsumgenossenschaften ist entsprechend dem Aufbau der für die Aufstellung des amtlichen Ernährungsindex vorgesehenen Berichterstattung gleichmässig über die städtische Bevölkerung des Deutschen Reiches verteilt. Sowohl die Grosstädte als auch die Mittelstädte und Kleinstädte sind in einem dem amtlichen Aufbau gleichzustellenden Verhältnis an der Berichterstattung beteiligt. Zur Feststellung des konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex wird zunächst für die Bezirke der Berichtsstellen der durchschnittliche Preisstand der wichtigsten Bedarfsgüter, die bei der Berechnung des amtlichen Ernährungsindex als Grundlage dienen (Brot, Mühlenerzeugnisse, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Fleischwaren, Fette, Käse, Eier, Milch, Zucker, Kaffee, Kakao, Salz, Heringe usw.) ermittelt. Die Berechnung der Bedarfsgüterpreise im Reichsdurchschnitt erfolgt auf Grund der von allen Berichtsstellen gemeldeten Preisermittlungsergebnisse. Unter Benutzung der Reichsdurchschnittspreise wird der Wert des "Einkaufskorbes", dessen Inhalt dem normalen vierwöchigen Bedarf einer Arbeiterfamilie (zwei Erwachsene und drei Kinder im Alter von 14, 7 und 1½ Jahren) entsprechen soll, errechnet. Der Wert des "Einkaufskorbes" bildet dann die Grundzahl zur Feststellung des Ernährungsindex.

Die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine vorgenommene Erhebung und Berechnung für die Jahre 1926 bis 1930 und für den Monat Januar 1931 sind bereits abgeschlossen. Das Ergebnis ist aus der folgenden Gegenüberstellung des amtlichen und des konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex zu ersehen:



Ernährungsindex

	<u>amtlicher</u>	<u>konsumgenossen= schaftlicher</u>
--	------------------	-----------------------------------------

im Durchschnitt des Jahres 1926	144,4	99,1
im Durchschnitt des Jahres 1927	151,9	101,5
im Durchschnitt des Jahres 1928	152,3	102,2
im Durchschnitt des Jahres 1929	154,5	102,0
im Durchschnitt des Jahres 1930	142,9	95,4
im Durchschnitt des Monats Januar 1931	133,5	90,5.

Vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1931 ist der vom Statistischen Reichsamt errechnete Ernährungsindex von 144,4 auf 133,5, also um 10,9 Punkte oder 7,5 % gesunken. Im gleichen Zeitraum ging der konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex um 8,6 Punkte oder um 8,7 % zurück. Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes haben also in den letzten fünf Jahren ihre Preise für die wichtigsten Massenbedarfsgüter in einem grösseren Umfange gesenkt als der an den amtlichen Preisstandserhebungen beteiligte deutsche Lebensmitteleinzelhandel.

Die vorteilhafte Preisbildung der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes - die von den sachlich urteilenden Wirtschaftskreisen stets anerkannt worden ist - gewinnt durch die vorstehende Bestätigung eine verstärkte Beweiskraft. Die Gegenüberstellung lässt jedoch noch eine weitere sehr wichtige Tatsache erkennen. Während der konsumgenossenschaftliche Index in den drei Jahren von 1926 bis 1928 nur um 3,1 Punkte oder reichlich 3 % stieg, erhöhte sich der amtliche Ernährungsindex in diesen drei Jahren um 7,9 Punkte oder um 5,5%. Und obwohl im Jahre 1929 der konsumgenossenschaftliche Index trotz der geringeren Steigerung in den Vorjahren um 0,2 Punkte zurückging, stieg der amtliche Index in dem gleichen Jahre um weitere 2,2 Punkte oder um 1,4 %.

Die Vergleichung zwischen der Entwicklung des amtlichen und des konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex wird erleichtert, wenn der amtliche Index (dessen Grundzahl mit 100 für das Jahr 1913 errechnet wurde) und der konsumgenossenschaftliche Index (dessen Grundzahl mit 100 für das Jahr 1925 gilt) unter Zugrundelegung eines einheitlichen Nenners (1926 = 100) umgerechnet werden. Diese Umrechnung ergibt das nachstehende Bild:

Ernährungsindex

	<u>amtlicher</u>	<u>konsumgenossen= schaftlicher</u>
--	------------------	-----------------------------------------

im Durchschnitt des Jahres 1926	100,0	100,0
im Durchschnitt des Jahres 1927	105,2	102,4
im Durchschnitt des Jahres 1928	105,2	103,1
im Durchschnitt des Jahres 1929	107,0	102,9
im Durchschnitt des Jahres 1930	99,0	96,3
Im Durchschnitt des Monats Januar 1931	92,5	91,3

Diese Gegenüberstellung beweist sehr deutlich, wie unangebracht das Geschrei der Konsumgenossenschaftsgegner über das angebliche Zurückbleiben der konsumgenossenschaftlichen Preissenkung war. Eine Durchrechnung ergibt, dass die Lebensmittelpreise im Einzelhandel im Durchschnitt der Jahre 1927, 1928 und 1929 um 3 % höher gelegen haben als die Preise der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften. Das sind aber rund 1,8 Milliarden Mark. Diese hätten durch konsumgenossenschaftliche Organisation erspart werden können. Die Verteuerung im privaten Handel besteht auch heute noch. Daran ändern auch Mätzchen wie Rabattgewährung usw. gar nichts.

SPD. Die Entwicklung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) im Jahre 1930 ist im Gegensatz zum allgemeinen Bankengeschäft relativ stark nach oben gegangen. Die Bilanzsumme stieg von 1083 auf 1182 Millionen Mark, die Summe der fremden Gelder, worunter mindestens die Hälfte Staats- und Reichsgelder sind, vermehrte sich von 1054 auf 1143 Millionen Mark. Auf der Aktivseite der Bilanz ergab sich allein bei dem Bestand von unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechseln des Reichs und der Länder eine Vermehrung um 38,8 auf 136,7 Millionen, was fast genau der eintretenden Erhöhung der Bilanzsumme entspricht.

Die Staatsbank hat sehr günstig gearbeitet. Die Einnahmen aus dem Kreditgeschäft (ohne Gewinnvortrag) sind von 10,46 auf 12,39 Millionen Mark gestiegen, der Reingewinn hat sich von 4,81 auf 6,86 Millionen Mark, also sehr beträchtlich erhöht. Von diesem Reingewinn erhält der preussische Staat 2 Millionen Mark, 4 Millionen Mark werden zur Erhöhung des Grundkapitals von 17 auf 21 Millionen Mark, 0,5 Millionen zur Erhöhung der Reserven auf 8,0 Millionen Mark verwendet.

Der wieder sehr sorgfältig gehaltene Geschäftsbericht der im vergangenen Jahre durch Staatsgesetz auf kaufmännische Grundlagen gestellten Staatsbank gibt einen deutlichen Einblick in die Finanz- und Kreditkatastrophe, die im zweiten Halbjahr 1930 durch das Eintreten der Nationalsozialisten in die deutsche Politik hervorgerufen worden ist. Bis zum 14. September hatte sich die Entwicklung auf den deutschen Geld- und Kapitalmärkten genau entsprechend der Entwicklung auf den ausländischen Märkten vollzogen, d.h. die zunehmende Wirtschaftskrise hatte auch in Deutschland zur Verbilligung des Kredits und zur Belebung des Anleihemarktes, besonders für festverzinsliche Papiere, geführt. Welcher riesenhafte Umschwung nach dem 14. September erfolgte, dafür bringt die Staatsbank in ihrem Geschäftsbericht zahlenmässige Belege. Am deutschen Geldmarkt war Tagesgeld bis zum August auf 2 % heruntergegangen, Monatsgeld auf  $3 \frac{7}{8}$  Prozent. Während diese Verbilligung sich entsprechenden Vorgängen auf den ausländischen Kapitalmärkten hätte fortsetzen müssen, führte die innen- und aussenpolitische Beunruhigung nach dem 14. September bis zum Jahreschluss zu einer Verteuerung des Tagesgeldes um 1,8, des Monatsgeldes um 2,7 und der Warenwechsel um 1,7 %! Auf dem deutschen Kapitalmarkt hatte das erste Halbjahr eine Entspannung gebracht. Bis zum 14. September waren nur die Gewinne des ersten Halbjahres verloren gegangen, seitdem stürzten die Kurse um 30 %! Während in der ganzen Welt die Verzinsung der Staatsanleihen herabgesetzt werden konnte, hat sie sich in Deutschland erheblich verteuert. Die Reichsbank hat seit dem 14. September, während überall der Diskont weiter herunterging, ihren Diskontsatz erhöhen müssen, die Grossbanken haben 1,8 Milliarden Mark oder 9 Prozent ihres Kreditorenbestandes verloren. Aber auch auf dem deutschen Rentenmarkt, wo die Kurse in der Krise hätten steigen müssen, zeigen sich bei den Pfandbriefen Kursverluste von 2 bis 4 Prozent, bei den festverzinslichen Anleihen von 7 Prozent. Während im ersten Halbjahr monatlich 200 Millionen Pfandbriefe verkauft wurden, waren es im zweiten Halbjahr unter gleichzeitiger Verteuerung der Hypothekengelder nur 100 Millionen. Vom 13. September bis zum Jahresende ist die  $6\frac{1}{2}$ prozentige preussische Dollaranleihe in New York von  $92\frac{1}{4}$  auf  $74 \frac{7}{8}$  Prozent, die 6prozentige Dollaranleihe von  $87\frac{3}{4}$  auf  $69\frac{1}{4}$  Prozent gestürzt; die Rendite für die ausländischen Besitzer, der Preis also, den diese für neues Geld jetzt verlangen dürften, hatte sich auf  $10\frac{3}{4}$  % erhöht! In solch phantastischer Weise hat sich die Kreditschädigung Deutschlands seit dem 14. September ausgewirkt.

SPD. Die Berliner Handelsgesellschaft hat am Donnerstag als erste der Grossbanken ihren Jahresabschluss veröffentlicht.

Es ist kein Geheimnis, dass die privaten deutschen Grossbanken miteinander

verabredet haben, wieviel Dividende sie für 1930 verteilen wollen. Früher hat es zwar in der Dividendenfrage unter den Grossbanken auch so etwas wie ein stilles Einvernehmen gegeben; in diesem Jahr aber hat man ausdrückliche Verabredungen getroffen. Denn im allgemeinen war das Bankjahr 1930 schlecht. Das gilt besonders für die grössten Privatbanken mit ihren jeweils mehreren hundert Filialen und Depositenkassen. Die Gründe dafür sind bekannt: Es gingen 1930 rund 170 kleine Banken pleite, viele Kredite wurden faul, noch mehr sind eingefroren. Das Effektingeschäft war nur für Pfandbriefe und festverzinsliche Werte gut. Und auch das nur bis zum 14. September, von wo aber der Wahlsieg der Nazis eine verlustreiche Vertrauens- und Finanzkrise herbeiführte. An den eigenen Wertpapieren haben die Banken durch die Kursentwicklung mindestens die bisherigen stillen Reserven verloren und schliesslich hat sich auch die grosszünftig betriebene Kursspekulation in New York alles weniger als bezahlt gemacht.

Aber es gibt Banken, die ihre Dividende herabsetzen müssen und dabei selbst noch stille Reserven heranziehen und Banken, die ihre Dividenden herabsetzen können und dabei noch stille Reserven bilden. Zu den letzteren gehört (neben der vom Reich beherrschten Reichskredit A.G.) in Berlin auch die Berliner Handelsgesellschaft. Die Berliner Handelsgesellschaft hat keinerlei Filialen und Depositenkassen, sie hat nur grosse Kundschaft und die Bank erzählt stolz, dass sie ihre Kreditkontingente im Ausland Ende vorigen Jahres noch nicht einmal voll ausgenützt hatte. Aber die Verabredung zwischen den Grossbanken will es und so setzte auch die Berliner Handelsgesellschaft ihre Dividende gründlich herab und zwar von 12 auf 8 %. Da man in aller Welt die Dividendenreduktion verkündet hat, schadet das der Berliner Handelsgesellschaft natürlich erst recht nicht; im Gegenteil, sie profitiert davon und kann auch ihren Angestellten, die ja mit Tantiemen und Gratifikationen seit altersher am Gewinn beteiligt sind, die Gewinnanteile kürzen, was wiederum die Bankreserven stärkt. So profitiert sie also von dem schlechten Ruf, den das Bankjahr 1930 nun einmal hat.

Die Geschäfte sind freilich auch bei der Berliner Handelsgesellschaft zurückgegangen. Die Bilanzsumme verringerte sich von 503 auf 468 Millionen Mark, die Gesamtsumme der fremden Gelder von 436,6 auf 397,2 Millionen Mark. Der Umsatz betrug 24,7 gegen 26,2 Milliarden Mark im Vorjahr. Auf der Aktivseite zeigen sich die stärksten Veränderungen auf dem Konto der Börsenkredite; es hat sich von 32,5 auf 21,4 Millionen Mark gesenkt, also um mehr als ein Drittel. Die im Exportgeschäft gewährten Kredite (Warenvorschüsse) gingen von 114,4 auf 104,3 Millionen Mark zurück. Die Schuldner in laufender Rechnung, bei denen kaum Verluste eingetreten sein sollen, haben sich von 172,5 Millionen auf 167,7 Millionen Mark verringert. Bemerkenswerter Weise zeigen sich bei den eigenen Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen Zugänge um 1,5 und 0,6 Millionen Mark, was mit der Vermehrung der festverzinslichen Wertpapiere, die ja unter der Kursentwicklung weniger gelitten haben, zu erklären ist.

Sind die Bilanzzahlen noch einigermaßen zuverlässig, so ist die Gewinnrechnung natürlich von Grund auf frisiert. Die Einnahmen aus Zinsen und Provisionen werden mit 9,48 Millionen gegen 11,95 Millionen im Vorjahr um volle 2½ Millionen Mark niedriger ausgewiesen. Die Bank sagt selbst, dass die tatsächlichen Gewinne erheblich höher waren; ausserdem sind die Effekten und Konsortialgewinne in die Gewinnrechnung überhaupt nicht aufgenommen worden. Bei den Verwaltungskosten zeigt sich ein Rückgang (hauptsächlich durch Kürzung der Tantiemen und Gratifikationen) von 5,78 auf 5,06 Millionen Mark. Die Steuerleistungen sind, was zu beachten ist, von rund 1,82 auf 1,28 Millionen Mark gesunken. Als Reingewinn werden 2,80 Millionen gegen 3,92 Millionen im Vorjahr ausgewiesen.

SPD. Der Umsatzrückgang im Zentralverband deutscher Konsumvereine hat im Monat Januar zum ersten Mal eine Abschwächung erfahren. Das will nicht viel bedeuten, soll aber hoffnungsvoll als Zeichen hingenommen werden, dass der Tiefstand überwunden ist. Der Wochenumsatz stellte sich im Monat Januar 1931 auf 7,28 Mark gegenüber 8,36 Mark im Januar 1930, 8,89 Mark im Januar 1929 und 7,45 Mark im Januar 1928. Bei Berücksichtigung dieser Zahlen muss natürlich der gerade im letzten Jahr erfolgte Preisrückgang eingeschaltet werden. Der konsumgenossenschaftliche Wochenumsatz sank im

Juli 1930	um 3 %	November 1930	um 13 %
August 1930	um 8%	Dezember 1930	um 13,5 %
September 1930	um 9 %	Januar 1931	um 12,9 %
Oktober 1930	um 13 %.		

Die Berechnungsgrundlage hat sich im Monat Januar geändert. Bisher erfasste die Aufstellung 61 Konsumgenossenschaften mit 1,664 Millionen Mitgliedern. Jetzt werden 163 Konsumgenossenschaften mit 2,301 Mitgliedern erfasst. Da im Zentralverband deutscher Konsumvereine rund 2,94 Millionen Haushaltungen zusammengeschlossen sind, liegen der Berechnung der Wochenumsätze etwa vier Fünftel des gesamten Umsatzes der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes zugrunde.

SPD. Die Rationalisierung in der deutschen Grossschiffahrt ist abermals um einen Schritt vorwärts gekommen. Nach langem Hin und Her ist die Verständigung zwischen der Hamburg=Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft mit der Hapag=Lloyd=Union geglückt. Die Verständigung wird zunächst wohl auf einen Abbau der übersetzten Tonnage in der Südamerikafahrt hinauslaufen.

#### Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 20. bis 26. Februar: für A=Milch 10,5 Pfennige, für B=Milch 12,6 Pfennige, für tiefgekühlte Milch 19 Pfennige, für molkereimässig bearbeitete Milch 20,25 Pfennige. Die A=Milchmenge ist für dieselbe Zeit auf 90 % des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt.

#### Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 19. Febr.: I. 150 Mark, II. 142 Mark, III. 128 Mark je Zentner. Tendenz: ruhiger.

SPD. Der Kupferpreis ist abermals erhöht worden und zwar von 10,30 auf 10,55 Cents pro englisches Pfund.

## Weizen knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 19. Februar)

SPD. Bei geringen Umsätzen verkehrte die Berliner Produktenbörse am Donnerstag in stetiger Haltung. Die in sich feste Tendenz für Weizen hielt an. Obwohl das Angebot an prompter Ware etwas grösser geworden ist, fand das gesamte auf den Markt gebrachte Material glatte Aufnahme, zumal die rheinischen Mühlen etwas stärker kauften. Für Roggen zeigte sich mehr Zurückhaltung der Käufer. Da aber auch das Angebot knapp blieb, konnten sich die Preise behaupten. Am Markte der Zeitgeschäfte waren bei kleinen Umsätzen die Preise für beide Brotgetreidearten nur ganz unwesentlich verändert. Am Mehlmarkt blieb die Kauflust klein. Die Stimmung im Hafergeschäft ist ruhiger geworden.

	<u>18. Februar</u>	<u>19. Februar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	271 - 273	271 - 273
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industriergerste	190 - 204	190 - 204
Hafer	137 - 144	137 - 144
Weizenmehl	31,50-38,25	31,75-38,25
Roggenmehl	23,10-26,10	23,20-26,10
Weizenkleie	11,00-11,25	11,00-11,25
Roggenkleie	9,60-10,10	9,60-10,10

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 285-285½ (Vortag: 283), Mai 293-293½ (292½), Juli 196½ Brief (296½). Roggen März 174¼ (174½), Mai 182½ plus Geld (182½), Juli 184½ (185). Hafer März 150¼-150½ (151), Mai 158½ (159¼), Juli 166 (166¼).

## Amtliche Kartoffelnotierungen.

(19. Februar)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,20 bis 1,40, Rote und Odenwälder Blaue, 1,30 bis 1,50, Gelbfleischige (ausser Nierenkaroffeln) 1,70 bis 1,90 Mark. Fabrikkartoffeln 6½ Pfennige je Stärkeprozent.

## Amtliche Eiernotierungen.

(19. Februar)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte, über 65 gr 12¼, 60 g 11½, 53 g 10¼, 48 g 9½, aussortierte kleine und Schmutzeier 7-8. Auslandseier: Dänen 18er 13, leichtere 9¼, Holländer 60-62 g 11-11¼, 57-58 g 10¼-10½, leichtere 9-10, Italiener 57-59 g 9-10, Rumänen 8-8¼, Ungarn und Jugoslawen 8-8½, Polen normale 7¼-8, kleine- Mittel-, Schmutzeier 6-7. In- und ausländische Kühlhauseier: Chinesen und ähnliche 5¼-9. Witterung: schön, Tendenz: ruhig.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

№. 14

Berlin, den 19. Februar 1931

## Geschlechtmoral in Spanien.X

SPD. Spanien gehört zu jenen Ländern, wo der eine Teil der Weiblichkeit der Prostitution angehört, damit der andere seine Jungfräulichkeit bis zur Ehe bewahren kann. Die Keuschheit der Frau stellt hier den ausschliesslichen Gegenwert dar für den lebenslänglichen Unterhalt, den der Mann zu gewähren hat. Dies ist die grundsätzliche Einstellung des Spaniers, angefangen vom Arbeiter, Bauern und Nichtstuer bis zur höchsten Aristokratie. Die Trennung zwischen Frauen, "die man heiratet", und solchen, "die man nicht heiratet", weil sie einen unkeuschen Lebenswandel führen, ist eine absolute. Es gibt noch eine kleine, unbedeutende Zwischenstufe. Zu dieser gehören Mädchen aus dem dienenden Stande, die einen sogenannten Fehltritt begangen haben, im Volksmunde "Unglück" genannt, was es in Wahrheit für die Spanierin ist, weil sie dadurch ihr Anrecht auf die Ehe verwirkt.

Die Prostituierten bezeichnet man als die "Unglücklichen". Für sie hat man in Spanien nicht so sehr Verachtung als vielmehr Mitleid. Es gibt in Spanien ein ungeheures Aufgebot von sogenannten Unglücklichen, weil die Nachfrage sehr gross ist; ganze Stadtteile und Strassenzüge sind den Sexualbedürfnissen des Südländers gewidmet, denn andere Frauen sind ihm nicht zugänglich. Die Mädchen werden von ihren Müttern und Tanten ängstlich behütet und in einem unnatürlich zurückgezogenen Leben für den Mann und die Ehe herangezüchtet. Das Kennenlernen der Geschlechter geschieht hinter eisernen Gittern und Toren oder von der Strasse aus zum Balkon eines Stockwerkes. Bis zur Vermählung erfreuen sich die Brautleute der Gardeperson, auf dass nur ja der teure Schatz nicht verloren gehe und mit ihm die Aussichten auf die Ehe.

Im Norden des Landes haben sich die Sitten ein wenig gelockert, ohne jedoch die Einstellung zum Eheproblem selbst auch nur im geringsten berührt zu haben. Madrid ist wegen seines grossen Mätressenwesens bekannt. Jeder einigermaßen begüterte Spanier hält sich eine oder mehrere Freundinnen, je nach seinem Vermögensstande. Angebot und Nachfrage werden täglich im Anzeigenteil des "Liberal" veröffentlicht.

Das grosse Heer der Prostituierten rekrutiert sich aus Mädchen, die einmal "gefallen" sind und dann langsam diesem Leben zutreiben, und aus solchen, die in dieser Atmosphäre gross geworden und eigentlich schon durch Geburt diesem Schicksal verfallen sind. Meistens sind diese unglücklichen Geschöpfe des Lesens und Schreibens unkundig, haben nie etwas Nützliches gelernt; niemand hat sie beschützt und ihren Charakter erzogen, und so bleibt diesen Armen oft kein anderer Weg offen. Diejenigen, die aus purer Lüsterheit sich diesem Beruf widmen, sind sehr selten, und es kommt kaum vor, dass eine Prostituierte ihre natürlichen Instinkte verloren hätte. Die meisten haben Kinder und sind ihnen eine zärtliche und besorgte Mutter. Von Abtreibungen hört man merkwürdigerweise ausserhalb der Prostitution viel häufiger.

Eins der eigenartigsten Kapitel im spanischen Geschlechtsleben ist die Homosexualität. Andalusien scheint der Boden zu sein, wo für die Entwicklung der gleichgeschlechtlichen Liebe besonders günstige Vorbedingungen gegeben sind. Es gibt dort ganze Städte und Dörfer, die berüchtigt sind wegen ihrer ungeheuren Zahl von Homosexuellen. Das Gesetz kümmert sich nicht um diese besonderen Neigungen; soweit nicht das moralische Empfinden der Öffentlich-



Zeitverletzt wird, können diese "Invertierten" ihrem Hange ungestört nachgehen, und das Publikum selbst behandelt sie mit der ihm eigenen Toleranz. Man betrachtet sie mit jener natürlichen Selbstverständlichkeit, die die Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen einschliesst. Der Homosexuelle hier schämt sich weder seiner Neigung, noch sucht er sie zu verbergen. Es hat im Gegenteil den Anschein, als ob er geradezu stolz auf seine Andersgeartetheit sei. Arm in Arm, gepudert und geschminkt, das Haar an den Schläfen gekräuselt, in den Hüften sich wiegend und eng aneinander geschmiegt spazieren diese jungen Männer am hellen Tage durch die Gassen, und wenn die Jugend diesen Freunden ein Scherzwort zuwirft, das auf ihre Sexualität anspielt, dann lachen sie geschmeichelt, durchaus nicht beleidigt. Sie wollen als Frauen gelten und übernehmen in den Bordellen die Arbeiten der Frauen wie Scheuern, Waschen und Einholen, tragen weibliche Namen wie Lolita, Carmen, Marietta usw. und legen grossen Wert darauf, dass man sie so ruft.

Der Prozentsatz der Geschlechtskranken in Spanien ist erschreckend hoch. Die Ursache liegt grösstenteils am Mangel der hygienischen Einrichtungen, wie überhaupt an der Reinlichkeit, die in diesen Bezirken noch in paradiesischen Urgründen schlummert. Mit dem Aufklärungswerk macht man es sich noch sehr leicht, trotzdem man sonst den Dingen des Geschlechtslebens mit einer schönen Offenherzigkeit und Natürlichkeit begegnet. - Es gibt wohl eine Pflicht der Prostituierten, sich in gewissen Zeitabständen beim Arzte zu melden - aber was lässt sich nicht alles umgehen mit Geld und guten Worten!

Spanien ist ein Land, für das es keine Sexualprobleme gibt. Sein Geschlechtsleben ist unkompliziert, animalisch und von keinem Gefühlskomplex beschwärt, solange es sich nicht um die Wahl einer Ehepartnerin handelt. Konflikte können nicht entstehen, weil die beiden Gruppen der Frauen zu weit auseinander liegen und ausserdem ein psychologischer Abgrund die eine von der anderen trennt. Im Brautstand ändert sich wenig für den Mann: Hier die Sinne für die Prostituierte, dort die Seele mit Romantik und ewiger Liebe für die zukünftige Mutter der Kinder. Reinliche und scharfe Trennung; ohne Gefühlsballast für die eine, ohne erotische Schwierigkeiten für die andere.

Corneta.

---

### Angeborener Kropf.<sup>x</sup>

---

SPD. Es gibt Gegenden, in denen die meisten Bewohner mit einem Kropf bereits geboren werden. Besonders in Süddeutschland, Tirol und in Teilen der Schweiz gibt es Familien, wo von der Urgrossmutter bis zum jüngsten Enkelkinde jeder einen Kropf hat. Man nimmt an, dass eine gewisse Jodarmut in der dortigen Erde und im Wasser herrscht, und die Regierungen haben jodiertes Salz einführen lassen, um der Jodarmut (auf die man zum Teil die Kropfbildung zurückführt) abzuhelpen. Es kommt dort nur Salz in den Handel, das mit homöopathischen Dosen von Jod untermischt ist. Wie weit der Entstehung des Kropfes dadurch entgegengewirkt wird, ist noch nicht einwandfrei erwiesen. Fest steht nur, dass eine Anzahl der Verbraucher dieses Salzes plötzlich Beschwerden durch ihren Kropf haben; erst nachdem sie wieder jodfreies Salz verbrauchten, liessen die Beschwerden (gestörter Stoffwechsel, unruhiges Herz, Druck im Kopf, leichtes Zittern) nach. Auch in Norddeutschland tritt der angeborene Kropf gelegentlich familiär auf. Ich möchte hier aus einigen Fällen eine Familie herausgreifen und von den verschiedenen Familienmitgliedern und ihrem Ergehen, das besonders charakteristisch ist, berichten.

In dieser Familie hatte der Vater einen starken angeborenen Kropf, den er auf seine beiden Töchter gewissermassen vererbte. Der Vater ist noch heute

(trotz schwerer körperlicher Arbeit während seines ganzen Lebens) ein kerngesunder sechzigjähriger Mann! - Seine älteste Tochter, die auch recht schwer arbeiten und langwierige Krankheiten durchmachen musste, hat trotz ihres erheblichen Kropfes durch ihn nie Beschwerden gehabt. Die jüngere Tochter war ein auffallend kräftiges Mädchen von 17 Jahren. Bis einschliesslich Pfingsten des vorigen Jahres war sie nie krank. Besonders betont sei, dass sie sogar neben schwerer körperlicher Arbeit noch Sport trieb, ohne je in ihrem Wohlbefinden gestört zu sein.

Als sie zu Pfingsten des vorigen Jahres ihre Eltern besuchte, erzählte sie ihnen, dass sie in ärztliche Behandlung gehen wollte, um sich den Kropf beseitigen zu lassen, weil er sie als Schönheitsfehler störte. Sie erzählte, dass es jetzt Mittel geben sollte, um den Kropf durch Einnehmen von Pillen innerhalb weniger Wochen, wenn nicht ganz, so doch zum grössten Teil, verschwinden zu lassen.

Bei ihrem folgenden Besuch an einem der nächsten Sonntage war sie bereits in Behandlung. Sie war ziemlich nervös, leicht gereizt und missgünstig. Dies fiel zwar auf, da es zu ihrem eigentlichen Charakter - grosser Gutmütigkeit und Liebenswürdigkeit - in schroffem Gegensatze stand, wurde aber leider nicht weiter beachtet. Man nahm an, dass sie schlecht aufgelegt war. Sie sah nicht so frisch aus wie sonst und war sehr stolz darauf, dass sie 6 Pfund abgenommen hatte. Auch darüber machte man sich weiter keine Gedanken.

14 Tage später wurde den Eltern mitgeteilt, dass das junge Mädchen zur Beobachtung in ein Krankenhaus aufgenommen worden sei, da sie innerhalb dieser 14 Tage abermals 20 Pfund abgenommen hatte und über starkes Herzklopfen und Druck auf den Kopf geklagt hätte. Innerhalb weiterer 14 Tage verschlechterte sich ihr Zustand im Krankenhause derartig, dass man eine Kropfoperation für unerlässlich hielt. Trotz des guten Verlaufs der Operation besserte sich der Allgemeinzustand nicht, und einige Tage später verstarb die Patientin.

Hier ist mit ziemlicher Sicherheit festzustellen, dass die Behandlung, die den Kropf verkleinern sollte, den tragischen Tod verschuldet hat. Die Pillen, die das Mädchen verordnet bekam, und die Jod usw. enthielten, sind die Veranlassung zur schlimmen Entartung des angeborenen harmlosen Kropfes. Vielleicht hat das junge Mädchen die Vorschrift des Arztes überschritten und mehr Pillen täglich genommen, weil sie dachte: viel hilft viel.

Unsre medizinische Wissenschaft weiss, dass Jod den Kropf beeinflusst. Leider ist sie jedoch noch weit entfernt von dem Wissen: wie ein Kropf entsteht, wie seine innersekretorischen Funktionen sind, wie man einer zu kleinen oder übergrossen Sekretion abhelfen kann, wenigstens mit absoluter Sicherheit. (Der Kropf ist eine anormal vergrösserte Schilddrüse. Fest steht, dass die Schilddrüse einen Saft, Sekret genannt, in den Körper absondert, der zur Regelung des Stoffwechsels beiträgt). Eine Behandlung, die diese Absonderung der Schilddrüse in irgendeiner Weise beeinflussen will, kann nur unter dauernder ärztlicher Beobachtung vorgenommen werden, d.h. bei einem Aufenthalt in Krankenhäusern, weil man nie weiss, wie die Medikamente von den verschiedenen Menschen vertragen werden. Ganz geringe Mengen Jod, die in ihnen enthalten sind, können den Stoffwechsel so erhöhen, dass Abnahmen des Körpergewichts von 20 Pfund pro Woche, wie in dem erwähnten Fall, vorkommen; eine ungeheure Pulsbeschleunigung ergibt sich als krankhafte Reaktion des Herzens.

Durch diese Beispiele will ich jeden dringend warnen, irgend etwas zu tun, um den Kropf zu beseitigen, der ausschliesslich als Schönheitsfehler zu bewerten ist. Das Einzige, was in unsrer Medizin in bezug auf angeborenen Kropf wissenschaftlich festgestellt ist, lautet: "Kröpfe, die das Gesundheitsgefühl in keiner Weise beeinträchtigen, sollen nicht behandelt werden". Selbstverständlich muss bei den geringsten auftretenden Beschwerden, auch bei angeborenen Kröpfen, die sich in Gewichtsabnahme, steigender Nervosität und Reizbarkeit zeigen, sofort der Arzt hinzugezogen werden. Denn gerade seelische Veränderungen sind oft

mit das erste Anzeichen für diese Krankheit, bezw. krankhafte Entartung des gutartigen angeborenen Kropfes.

Häufig hört man, dass junge Frauen, die einen angeborenen Kropf haben, keine Kinder bekommen dürfen. Das ist Altweibergerede. Wenn während der Schwangerschaft gelegentlich der Arzt konsultiert wird, so ist eine Geburt auch in diesem Falle eine normale Angelegenheit.

Dr.B.

### Die Dame auf der Plattform.<sup>x</sup>

SPD. Es regnete. Mehrere Herren standen auf der hinteren Plattform der Strassenbahn, darunter auch ich. An einer Haltestelle kam eine Dame zu uns auf die Plattform geklettert, ohne Hut, mit triefend nassem Bubikopf, mit acht Pa=ketchen unter dem Arm und einem grossen schwarzen Hund, Cocktail=Promenaden=mischung. "Gunahmd", sagte sie laut. Als von den Anwesenden keine Antwort erfolgte, fuhr sie fort: "Na, da gann wohl geir andwordn. Das is ein Misdweddr heude, jja."

Der Schaffner kam und kassierte zwanzig Pfennig von ihr. "Sie", sagte sie zu ihm, "ich hawwe da einen Hund. Da muss ich wohl nach vorne drmid gehn?"

"Ja" gab der Schaffner zur Antwort.

"Hähä! Das mach'ch aber nich! Ich bleiwe hübsch hier hindn!"

"Na ja", meinte der Schaffner gutmütig, "dann drädn Sie awr 'n bissjn beiseide, damid dass der Hund nich den anderen Herrschaften zwischen den Beinen rumzuddld".

"Ich beiseide drädn? Näh, das gommd bei mir gar nich in Anbedrachd! Ich hawe bezahld, und da bleiwe ich nun grade in dr Mitte schädhn."

In diesem Augenblick ruckte die Strassenbahn an, und die Gute sauste um und stiess sich an einer Messingstange. Na, nun legte sie aber los. "Sowas gann eben bloss in där dummen Schdadt vorgommen! Das is 'ne Schdadt, da gönnde mr sich den ganzen Daach iewergäben, wemmr bloss dran denkd! Dreimal sind wir hier schon umgezoochen; alles so neie Wohnungen; da is alles feuchd; die ganzen Wände sind da nass; da läufd das Wasser von den Wändn rundr; hunderdzwanzch Marg sollen wir dafür bezahlen; hähä, sowas gibd's in Leibzch nich!"

Plötzlich wendet sie sich an den Schaffner: "Wohin färhd denn der Waachn? Der färhd doch nach dem Bismargplatz?"

"Nein, da missese drieben an dr anderen Haldeschdelle einschdeichn."

"Muss? Ich muss? Nu will ich Ihnen mal was vrradn: Ich muss garnischd! So eine Behandlunk! Das will nu ä Beamdr sein! Und der saachd zu einer Dame: Sie muss mal! Ich muss garnich! Na ja, in Leibzch wäre so was noch meeglich".

Ein dicker Herr sagte an dieser Stelle wütend: "Da missn die Leibzcher erschd hierhergommen und uns erzählen, was anschdändig is. So sähn Sie grade aus."

"Meinen Sie mich?" schreit ihn die Rabiante an.

"Wen denn sonsd?"

"So, na warde! Wer sind Sie denn iewerhaubd? Nennen Sie mal Ihren Namen! Ich werde meinen Mann auf Sie hetzen; der drehd Ihnen die Gurchl rum!"

Alles lacht. Sie sieht sich wild im Areise um. Ihr Blick fällt auf mich. Plötzlich schreit sie mich an: "Lachen Sie nich!" Sie macht eine drohende Handbewegung. "Fiffi, hierher, gomme mal hierher!" Der Cocktailhund kommt angekrochen. "So, wenn jädzd noch mal einer lachd, da hetze ich dich auf ihn drauf! Nu wollmr doch mal sähn, ob hier noch einer lachd!"

An einer Kurve sausen ihr sämtliche acht Pakete unter dem Arme hervor. Keiner der Herren bückt sich, um sie ihr aufzuheben. Wir haben alle Angst vor ihr. Sie sammelt ihre Pakete. Der Schaffner kommt und fragt: "Is hier noch jemand zugestiejn?"

"Nein" sagt unsre Freundin. "Selbstverschdändlich gann geinr von den Gaf= falieren andwordn, wenn der Mann hierher gommd un fraachd. Na, hier is das gein Wundr. So eine Schdadt gibd's noch nochmal! Hundertzwanzch Marg Monadsmiede. Und dadrbei läufd das Wasser von den Wänd rundr. Da wachsn förmlich die Bilsen dran!"

Sie sieht den Schaffner stehen: "Sind wird denn bald am Bismargplatz?"

"Nein, mid der Nummer gommen Sie iewerhaubd nich zum Bismargplatz. Da häddense in die andere Linje einschdeijn missen!"

"Und das saachn Sie mir jädzd erschd?"

"Das hawe ich Ihnen doch vorhin schon gesaachd."

"Da häddenses eben zweimal saachn missen. Das wäre eben Ihre Flichd gewä= sen; wenn Sie mergn, dass ich besoffn bin. Sie beziehn von mir Ihr Gehald; da gammr das auch vrlangen".

"Ich hawe von Ihnen noch gein Gehald bezoochn."

"Wohär denn?"

"Von dr Schdadt."

"Von dr Schdadt? Sie Abblfatzge! Und woher beziehd's die Schdadt? Von mir! Ja, da guggnse. Was meinen Sie, was die Schweinehunde mir Schaeuern ab= gnöbbn! Awr denen hawe ich's zudiggdierd! Da gehe ich nächsdens mal mid Fiffi hin. Nich wahr, Fiffi? Da frissd du die ganze Bagasche auf!"

Sie unterbricht sich und wendet sich an mich, mit der sanftesten Stimme der Welt fragend: "Vrzeihunk, sind wir denn hier nich eben am "Gasdhaus zur grienen Linde" vorbeigegommen?"

"Ja".

Sie reicht mir die Hand: "Danke, da gehe ich jädzd raus. Auf Widdersähn und einen schönen Gruss zu Hause!" Sie siehd sich suchend um und schreit: "Fiffi! Wirschdu wohl gleich hergommen! So, nu belle die ganze Bande noch mal an! Gib Laud!" Der Hund bellt in heulenden Tönen. "So ordinär bin ich in meinem ganzen Läben noch nicht behandld worden wie auf der hinderen Bladdform von dieser Schdrassenbahn! Sie awr..." - hierbei wendet sie sich an den dicken Herrn, der den Mut aufgebracht hatte ihr etwas zu sagen - "Sie awr, hüdn Sie sich! Mein Mann, der zergnaudschd Ihnen nächsdens noch Ihren Adamsabfel!"

Die Strassenbahn hält. Die Rabiäte springt ab. Wir warten vorsichtig, bis sich der Wagen wieder in Bewegung gesetzt hat. Dann stimmen wir eine dröhnen= de Lache an und fühlen uns alle wie Brüder...

Kurt Miethke.

### Elli Wichtig feiert Hochzeit.<sup>x</sup>

SPD. Fräulein Elli Wichtig, seit zweieinhalb Jahren verlobt, wollte Hoch= zeit feiern. Lange genug hatte sie mit ihrem schlanken Mechaniker gewartet und gespart. Jetzt endlich konnte man das Aufgebot bestellen. Die Sache ist ein= fach, wenn beide Verlobte am gleichen Orte geboren bzw. gross geworden sind. Die standesamtlichen Geburtsurkunden, die beiderseitigen Aufenthaltsbescheini= gungen für die letzten sechs Monate und ein Nachweis der Staatsangehörigkeit wurde beschafft, und dann gingen die Beiden zum Standesamt. In drei Wochen sollte geheiratet werden. Sie kamen früh genug. Nach den gesetzlichen Vor= schriften muss das Angebot volle vierzehn Tagelang öffentlich aushängen, wobei der Tag des Aushanges und der Abnahmetag nicht mitgerechnet werden. Hat ei= ner der beiden Brautleute in den letzten sechs Monaten auswärts gewohnt oder ist auswärts geboren, so ist das Aufgebot auch dort aufzuhängen. Das verlangt dann eine entsprechend frühere Anmeldung der Brautleute auf dem hiesigen Stan= desamt, da durch Ueberweisung und Rücksendung des Aufgebotes immerhin einige Tage verstreichen.

Elli und Johann wurden auf dem Standesamt im Verlauf des Einführungsge= sprächs über allerlei Wissenswertes belehrt. Sie erfuhren, dass bei der Minder= jährigkeit des Bräutigams die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters zur Eheschliessung beigebracht werden müsse, dass bei Verwitweten die Sterbeur= kunde des früheren Ehegatten vorzulegen sei; ferner, dass bei geschiedenen Frauen das Ehescheidungsurteil und bei der Aufgebotsbestellung von Militär= personen die Erlaubnis der zuständigen Militärbehörde zur Heirat vorgelegt werden müsse. Es wurde ihnen auch mitgeteilt, dass Ausländer ein Ehefähigkeits= zeugnid nachzuweisen haben, dass nicht Volljährige zur Eheschliessung für voll= jährig erklärt werden müssen, und dass schliesslich u.a. noch beim Vorhanden= sein von Kindern aus einer ersten Ehe vor Eingehung einer neuen Ehe dem Stan= desbeamten eine Bescheinigung des Vormundschaftsgerichts vorgewiesen werden müsse, aus der hervorgehe, dass eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung erfolgt oder nicht notwendig sei.

Nachdem Elli und Johann ihre Gebühr für die Aufgebotsanmeldung entrich= tet hatten, waren die zwei auf vierzehn Tage wieder heimgegangen. Als sie wieder den Weg zum Standesamt antraten, geschah es, um die Stunde der Eheschliessung genau festzulegen, denn sie wollten überflüssigerweise auch kirchlich getraut werden und nach der Festlegung dem Pfarramt sofort Mitteilung machen, damit sie, wie es üblich ist, die standesamtliche und die kirchliche Trauung an ei= nem Tage abmachen könnten.

Die Eheschliessung war herangerückt. Die jungen Menschen hatten sich aus dem beiderseitigen Verwandtenkreise zwei im Besitze von Ausweisen und der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Personen als Trauzeugen ausgesucht und gingen nun abermals zum Standesamt. Nach Prüfung der Papiere geleitete der Standesbeamte die Gesellschaft in sein Trauungszimmer. Hier hatten die Verlob= ten auf die Frage des Beamten mit lautem "Ja" zu erklären, dass sie gewillt sei= en, die Ehe miteinander einzugehen. Unterschriften von Ehegatten, Trauzeugen und vom Standesbeamten folgten, und die Welt war um ein Ehepaar reicher. Das junge Paar bekam seine Bescheinigung über die Eheschliessung sogleich in die Hand gedrückt, und heim ging es zum Hochzeitsschmaus.-

Von der - natürlich nicht erforderlichen - kirchlichen Trauung hatte der Pastor früh genug Bescheid erhalten, sobald Elli Wichtig und ihr Bräutigam an zwei Sonntagen hintereinander in der Kirche ebenfalls aufgeboden worden waren. Als Kirchenmitglieder hatten sie die Trauung kostenfrei. Bezahlt wer= den mussten dagegen Orgelspiel, Teppichlegen und Reinigung des Gotteshauses. Auch eine Trauung im Hause kostet eine entsprechende Sondergebühr.

Zwischen Bestimmungen und Paragraphen und Wirtschaftsnot hindurch ver= suchte von jetzt ab ein weiteres Paar, gemeinsam in Glück und Freude seinen Lebensweg zu vollenden.

Max Dutke.

---

SPD. Russische Preissenkung. "Die Heringe kosten ja zwei Kopeken mehr als in der vorigen Woche..."

"Ja, das ist notwendig, um die Kosten des neuen Autos zu decken!"

"Was für ein Auto?"

"Das des Kontrolleurs!"

"Wozu braucht der ein Auto?"

"Bist Du beschränkt?! Verstehst Du denn nicht? Natürlich um die Geschäf= te zu kontrollieren, ob die Preissenkungen durchgeführt sind...."

---

# Deutscher Reichstag

27. Sitzung vom 19. Februar 1931.

SPD. Auf der Tagesordnung der Sitzung, an der die Nationalsozialisten und Deutschnationalen nicht teilnehmen, steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Präsident Löbe fragt zunächst, ob der Berichterstatter Abg. Dr. Quaatz das Wort wünscht. Heiterkeit antwortet ihm, denn der Deutschnationale Abg. Dr. Quaatz fehlt ebenso wie seine ganze Fraktion. - Nachdem der Präsident festgestellt hat, dass Wortmeldungen zum Etat nicht vorliegen, kommt von den Kommunisten eine Wortmeldung.

Abg. Chwalek (Komm) verlangt die Einstellung grösserer Mittel für Talsperrnbauten und andere Arbeiten, mit denen die Arbeitslosigkeit gemildert werden könnte. Der Redner bringt dann Klagen des Reichsbahnpersonals vor. Der sozialdemokratische Führer der Eisenbahnergewerkschaft Abg. Scheffel habe nicht für die Interessen des Personals gekämpft, sondern geradezu zum Abbau der Beamtengehälter aufgefordert. (Ein Kommunist ruft: "Angeklagter Scheffel, aufstehen!")

Abg. Mollath (Wirtschaftspt.) bezeichnet eine einheitliche Verkehrspolitik als eine Lebensnotwendigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Die Mindereinnahmen der Reichsbahn würden im laufenden Geschäftsjahr sicherlich zwischen 800 und 900 Millionen Reichsmark betragen, obwohl die Frachtsätze gegenüber der Vorkriegszeit um 11,5 % und mehr überhöht seien (hört! hört!). Der Redner wendet sich dann gegen den Schenkermonopol-Vertrag und erklärt, dieser Vertrag sei mit Recht der Versailler Vertrag für das deutsche Transport- und Fuhrgewerbe genannt worden. (Sehr wahr!) Der Vertrag bedeutet den endgültigen Zusammenbruch grosser Teile des deutschen Transportgewerbes. Nachdem es mit schwerer Mühe gelungen ist, die Reichsbahn aus den internationalen Fesseln zu befreien, liefert diese Reichsbahngesellschaft freiwillig das Speditionsgeschäft einem internationalen Konsortium aus unter Brückierung und Schädigung der deutschen Wirtschaft. Die österreichischen Bundesbahnen haben vor kurzem einen gleichen Vertrag mit diesem internationalen Konsortium entrüsted abgelehnt

Reichsverkehrsminister v. Guérard:

Der Etat des Reichsverkehrsministeriums ist seit 1927 ziffernmässig ständig im Rückgang begriffen als Wirkung der Not der Zeit. Die Beschränkung des Etats zeigt sich naturgemäss in erster Linie auf dem Gebiet der Wasserbauverwaltung. Da müssen auch Aufgaben zurückgestellt werden, die geeignet wären, Arbeit zu schaffen. Ich habe in meinem Ministerium als vollkommene Neuerung eine besondere Haushaltsgruppe eingerichtet, deren einzige Aufgabe es ist, ganz unabhängig jede Ausgabe auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit hin zu untersuchen. Wir brauchen Einheitlichkeit im Verkehrswesen, aber ich kann diese Einheitlichkeit nicht darin sehen, dass die Konkurrenz ausgeschaltet wird. Konkurrenz ist notwendig. (Beifall) In der Organisation der Verkehrsverwaltung ist endlich die notwendige Einheitlichkeit erreicht worden. Wir dürfen nicht mit dem Schlagwort arbeiten: Deutsche reist nicht ins Ausland! Das wäre ein Fehler wegen der Folgen für den ausländischen Besuch in Deutschland. Im Wasserstrassenbau muss die Finanzierung wieder aus Anleihenmitteln versucht werden. Auf dem ausländischen Geldmarkt zeigt sich heute ja schon eine gewisse Erleichterung. Die finanzielle Lage der Reichsbahn hat gerade im Jahre 1930 eine ganz bedauerliche Verschlechterung erfahren. Von der Mindereinnahme entfallen 649 Millionen auf den Güterverkehr und 77 Millionen auf den Personenverkehr sowie 64 Millionen auf sonstige Posten. Bisher bietet auch das neue Geschäftsjahr 1931 ein sehr unbefriedigendes Bild. In diesem Januar sind die Betriebseinnahmen um 64 Millionen hinter den entsprechenden Einnahmen des Vorjahrs zurückgeblieben. Wir haben sogar eine Tageseinnahme erlebt, die unter



10 Millionen lag. (Hört!Hört!) Bei dieser schlechten Finanzlage ist es leider aussichtslos, Anträge zu verfolgen, die eine Tarifiermässigung bezwecken. Ich habe schon im Ausschuss darauf hingewiesen, dass ich einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln erstrebe. Ich muss offen zugeben, dass der sogenannte Schenker=Vertrag mir diesen Weg durch seine Bestimmungen über den Lastkraftwagenverkehr selbstverständlich sehr erschwert und zum Teil verbaut. Ich bin der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Reichsbahn ist, Verkehrs=politik ausserhalb ihres Gebiets zu treiben, sondern dass das meine Aufgabe ist. (lebh. Zustimmung) Der Schenker=Vertrag ist ganz überraschend wie eine Bombe in die deutsche Wirtschaft eingeschlagen. Auch ich bin durch seinen Abschluss völlig überrascht worden (grosse Bewegung und Rufe: "Das ist ja unerhört!") Ich erfuhr durch einen Abgeordneten davon und habe dann sofort an die Reichsbahngesellschaft geschrieben, dass ich in diesem Verhalten nicht eine Förderung des vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen Reichsbahn und Ministerium sähe, auf das ich Wert legen müsste und immer Wert gelegt habe. (Beifall) Ich habe weiter sofort bemerkt, dass der Vertrag nach meiner Auffassung der Genehmigung der Reichsregierung bedarf, die um Vorlage des Vertrages ersuche. Die Reichsbahn hat mir dann diesen Vertrag ohne eine weitere Bemerkung zugesandt (Hört!Hört!) Ich habe den Vertrag sehr eingehend studiert und muss offen erklären, dass ich auf Grund dieses Studiums nicht zu einem abschliessenden Urteil bisher gekommen bin. Ich habe deshalb an die Reichsbahn eine Reihe ganz konkreter Fragen in finanzieller Beziehung gestellt unter Berufung auf § 32 des Reichsbahngesetzes, der die Reichsbahn verpflichtet, der Reichsregierung jede gewünschte finanzielle Auskunft zu geben. Diese Fragen sind mir bis jetzt nicht beantwortet worden. (lebh. hört!hört!) Ich nehme aber an, dass die Reichsbahn diese Fragen beantworten wird. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Reichsbahn mir diese finanziellen Auskünfte geben muss, und werde deshalb betonen, dass nicht nur ich, sondern auch die deutsche Reichsregierung der Auffassung ist, dass die Reichsregierung sich auf Grund des § 31 des Reichsbahngesetzes die Genehmigung dieses Schenker=Vertrages vorbehalten muss, und ich stelle auch vor diesem Hause fest, dass nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ohne diese Genehmigung das Abkommen zwischen diesen beiden Parteien rechtsungültig ist. (lebh. Beifall) Wir werden Gelegenheit haben, uns über den Schenker=Vertrag noch weiter zu unterhalten. (Rufe: "Um ihn zu beseitigen!")

Der Minister beschäftigt sich dann mit dem Luftverkehrswesen. Er weist auf die gewaltigen Aufwendungen hin, die Frankreich, Russland und andere Staaten auf diesem Gebiete machen. Deutschland könne wegen seiner beschränkten finanziellen Möglichkeiten leider nicht die Pläne schnell genug verwirklichen, die auf dem Gebiet des Transozeanverkehrs erwünscht wären. Im Rahmen seiner Möglichkeiten werde das Reich die internationale Luftverbindung fördern, um zu zeigen, dass es sich hier um ein Unternehmen handelt, das die Völker verbündet und nicht trennt. (Beifall).

Abg. Hünlich (Soz.):

Bei aller Einschränkung müssten doch wenigstens manche öffentlichen Arbeiten fortgeführt werden. Wenn schon der Mittellandkanal noch immer nicht fertig gestellt wird, so sollten doch gewisse kleinere Kanalbauten, die damit in Zusammenhang stehen, nicht noch länger hinausgeschoben werden. Dasselbe gilt von der Verbreiterung und Vertiefung des Dortmund-Ems=Kanals und von dem Ausbau der Oder.

In dem Konkurrenzkampf zwischen Reichsbahn und Lastkraftwagenverkehr muss ein Ausgleich geschaffen werden. Da das Kraftwagensteuergesetz am 31. März abläuft, wird bald Gelegenheit sein, die steuerliche Bevorzugung der Lastkraftwagen, die doch die Strassen ungeheuer stark beanspruchen, zu beseitigen und einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Die Behauptungen, als ob der Schen=

kervertrag nun das ganze Speditionsgewerbe zum Untergang verurteile, sind eine gewaltige Uebertreibung. Es bestehen im Speditionsgewerbe Misstände, an deren Beseitigung zu arbeiten auch für die Reichsbahn verdienstlich wäre. Wir stimmen dem Schenkervertrag nicht etwa zu, und auf keinen Fall hätte die Reichsbahn so vorgehen und den Reichsverkehrsminister übergehen dürfen. Gegen eine so bedauerliche Art des Verhältnisses zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichsbahn kann nicht scharf genug protestiert werden. (Sehr richtig!)

Der Zwang, dem Autobenzin Spiritus beizumischen, hat längst unseren Tadel herausgefordert. Um dem deutschen Kartoffelbau eine Unterstützung zu gewähren, verbrennt man Kartoffeln für 12 - 15 Millionen zu Spiritus, der dann zu 10 % dem Autobenzin beigemischt werden muss. Aber der deutsche Kraftverkehr zahlt für diese Beimischung 46 - 50 Millionen Mark, weil die Verwaltungskosten für diese 800 000 hl Spiritus 30 Millionen Mark betragen. (Hört!Hört!) Das ist eine ganz unnötige und nutzlose Belastung. Wenn aber nun gar noch der Beimischungszwang auf 25 % gesteigert würde, wie es agrarische Wünsche fordern, so würde man damit der Autoverkehrswirtschaft einen tödlichen Schlag versetzen. Deutschland muss im Luftfahrwesen eine bestimmte Entwicklungslinie erreichen, um nicht vollständig ins Hintertreffen zu gelangen. Das ist nur möglich durch beträchtliche Aufwendungen aus der Reichskasse. Andere Länder können durch ihre Militärluftfahrt einen gewissen Ausgleich schaffen, wir nicht, wohl aber Russland. Wir müssen also trachten, den Vorsprung einzuholen, den andere Länder im Flugzeug- und Motorenbau gewonnen haben. Dringend notwendig ist die Errichtung eines Luftamtes als sachkundige, unbefangene und unabhängige Behörde zur Untersuchung der Ursachen von Unfällen, wie das die Seeämter in der Schifffahrt längst mit grösstem Erfolg tun. - Das Reichsverkehrsministerium hat die Aufgabe, den gesamten Verkehr im Reiche möglichst zusammenzufassen. Erschwert wird das durch die Selbständigkeit der Reichsbahn und durch die Länderrechte an den Strassen und Wasserstrassen. Wenn aber das Ministerium die grossen Linien einer einheitlichen Verkehrspolitik aufstellt, so wird die Zustimmung der Öffentlichkeit und des Reichstags ihm die Kraft geben, auch die Vereinheitlichung herbeizuführen. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Hugo (DVP) wendet sich aus Gründen der Wirtschaftsfreiheit scharf gegen den Schenkervertrag.

Abg. Wunschuh (Staatsp.) verweist die unter der Reparationslast stehenden Reichseisenbahner auf den Weg der Revision des Youngplanes und wirft der Reichsbahn vor, dass sie im Gegensatz zur Privatwirtschaft sich am Preisabbau nicht beteilige. Der Schenkervertrag sei genehmigungspflichtig; er müsse verbessert und seine Durchführung von einem besonderen Ausschuss überwacht werden.

Abg. Dr. Nolte (D., -Hann.) verlangt u. a. die Wiedereinführung der früheren Verbilligung der Feriensonderzüge und starke Fahrpreisermässigung auch für Kinder über 10 Jahre und für Reisegesellschaften von 10 Personen. Frankreich, Belgien; und andere Länder gäben Familien bedeutende Ermässigung. U. a. sollte man Kilometerhefte und ermässigte Bäderrückfahrkarten einführen.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (DVP.): Die Fertigungsindustrie befördert ihre Erzeugnisse vielfach nur noch mit Lastautos, zumal die Reichsbahn gerade die Beförderung leichterer Güter auf kurze Strecken bis auf 380 % der Vorkriegshöhe verteuert hat.

Gegen 20 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 15 Uhr; ausser dem Abstimmungen über die Aenderung des Pressegesetzes, Haushalte der Kriegslasten, der Ruhegehälter und des Rechnungshofes.